

# **N i e d e r s c h r i f t**

**der 24. Sitzung des Stadtrates am 19.07.2006**  
***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Festsaal  
Markplatz 2  
06100 Halle (Saale)

**Zeit:** 14:00 Uhr bis 18:10 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

**Anwesend sind:**

Frau Oberbürgermeisterin Ingrid Häußler		
Herr Harald Bartl	CDU	
Herr Martin Bauersfeld	CDU	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Bernhard Bönisch	CDU	
Herr Milad El-Khalil	CDU	
Herr Joachim Geuther	CDU	
Herr Thomas Godenrath	CDU	
Herr Dr. Holger Heinrich	CDU	
Herr Wolfgang Kupke	CDU	
Herr Werner Misch	CDU	
Herrn Gernot Töpfer	CDU	
Frau Isa Weiß	CDU	
Herr Dr. Erwin Bartsch	Die Linkspartei. PDS	
Frau Ute Haupt	Die Linkspartei. PDS	
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	Die Linkspartei. PDS	
Herr Hendrik Lange	Die Linkspartei. PDS	
Herr Dr. Bodo Meerheim	Die Linkspartei. PDS	
Frau Elisabeth Nagel	Die Linkspartei. PDS	
Herr Erhard Preuk	Die Linkspartei. PDS	
Herr Hans-Jürgen Schiller	Die Linkspartei. PDS	
Frau Frigga Schlüter-Gerboth	Die Linkspartei. PDS	
Herr Rudenz Schramm	Die Linkspartei. PDS	
Frau Dr. Petra Sitte	Die Linkspartei. PDS	
Frau Heidrun Tannenberg	Die Linkspartei. PDS	
Herr Dr. Mohamed Yousif	Die Linkspartei. PDS	
Herr Dr. Justus Brockmann	SPD	
Herr Dr. Frank Eigenfeld	SPD	
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Thomas Felke	SPD	
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	
Frau Hanna Haupt	SPD	
Herr Gottfried Koehn	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	
Herr Dr. Andreas Schmidt	SPD	ab 14.15 Uhr anwesend
Herr Michael Zeidler	SPD	
Herr Andreas Hajek	FDP	
Herr Heinz Maluch	GRAUE	
Herr Friedemann Scholze	FDP	
Herr Manfred Schuster	WG-VS 90 e. V. Halle	
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	
Herr Prof. Dr. Dieter Schuh	UNABHÄNGIGE	
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	

Herr Prof. Ludwig Ehrler	MitBürger	
Frau Thea Ilse	WIR. FÜR HALLE.	
Herr Joachim Knauerhase	WIR. FÜR HALLE	
Frau Elke Schwabe	WIR. FÜR HALLE	ab 14.10 Uhr anwesend
Herr Dietmar Weihrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	ab 14.15 Uhr anwesend
Herr Mathias Weiland	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	ab 14.30 Uhr anwesend
Frau Dr. Gesine Haerting	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Frau Andrea Machleid	NPD	
Herr Eberhard Doege	BG	
Herr Egbert Geier	BG	
Herr Dr. Hans-Jochen Marquardt	BG	
Herr Dr. Thomas Pohlack	BG	
Frau Dagmar Szabados	Bgm	
Herr Thomas Willecke	Verw	

**Entschuldigt fehlen:**

Herr Oliver Christoph Klaus	CDU
Herr Frank Sanger	CDU
Herr Uwe Heft	Die Linkspartei. PDS
Frau Brigitte Thieme	GRAUE
Frau Prof. Dorothea Vent	MitBürger

## Einwohnerfragestunde

---

Die Einwohnerfragestunde wurde eröffnet und geleitet vom Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn **Harald B a r t l**.

**Frau Apel**, informierte, dass ihr Vorzahlungsantrag, welcher seit dem 21.6.2006 bewilligt ist, seit dieser Zeit in der Kontrollabteilung bei der ARGE liege und nicht weiterbearbeitet werde. Sie fragte, ob die Stadtverwaltung helfen könnte.

**Frau Oberbürgermeisterin Häußler** verwies Frau Apel an das Bürgerbüro der Stadtverwaltung. Hier wird die Frage über Frau Bürgermeisterin Szabados an die ARGE herangetragen. Dies werde sicherlich zur Beschleunigung der Sache beitragen.

**Herr Embacher** fragte, ob die Stadträte wissen, dass es eine Initiative gibt, die Unterschriften gesammelt hat. Das Thema Schwimmhalle steht schon seit 7 Jahren auf dem Programm und nichts geschieht.

**Frau Oberbürgermeisterin Häußler** antwortete, dass es hierzu ein Gespräch zu den Projekten in der Stadt Halle mit Frau Ministerin Kuppe gegeben hat. Die Fördermittel wurden avisiert. Zurzeit werden die Planungsmittel im Haushalt gesucht, damit die Planung in Auftrag gegeben werden kann.

**Frau Mehlis** drückte den Unmut vieler Vereine des Sportbundes, die in Schwimmhallen Sport treiben, darüber aus, dass auf ihren Antrag hinsichtlich zusätzlicher Öffnungszeiten für Trainingsmöglichkeiten eine Ablehnung erfolgte. Auch dem Präsidenten des Stadtsportbundes sei es nicht gelungen, auf höherer Verwaltungsebene das Ganze einer Lösung zuzuführen. Nach Eingang eines Zuweisungsbescheides im Stadtsportbund durch den zuständigen Verwaltungsbereich wurde mitgeteilt, dass am Montag das Training wieder aufgenommen werden kann. Somit sei das Problem erst einmal vordergründig gelöst. Sie fragte, ob dieser eingeschlagene Verfahrensweg der zukünftige sein soll.

**Herr Doege, Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit, Umwelt und Sport**, antwortete, dass aufgrund eines vorangegangenen Gespräches mit Frau Mehlis im zuständigen Fachbereich der Stadtverwaltung ein entsprechender Vorschlag erarbeitet wurde. Dieser gehe letztendlich mit dem Antrag der Einreicher konform. Es werde versucht, die Verfahrensweise von diesem Jahr auch im nächsten Jahr aufrecht zu erhalten.

**Frau Mehlis** warf ein, das man aus den heutigen fehlerhaften und unvollständigen Bescheiden, die die Vereine erhalten, ersehen kann, dass sich die Probleme fortsetzen. Sie befürchtet, dass die Verwaltung diesen Bereich personell vernachlässigt, weil evtl. ein Betreiberwechsel bevorsteht.

**Herr Doege** antwortete, dass bei einem Betreiberwechsel die Personalfrage das größte Problem sei. Er habe die Anfrage von Frau Mehlis auf die Freibadsaison bezogen und nicht auf die Hallenzeiten. Er werde dieses Problem aufnehmen und sich rechtzeitig mit ihr hinsichtlich eines Gesprächsangebots in Verbindung setzen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

**zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Die 24. öffentliche Tagung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Harald B a r t l**.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegenwärtig seien 41 Mitglieder des Stadtrates (72,3 %) anwesend.

**zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, informierte, dass ein Dringlichkeitsantrag der Fraktion der SPD:

**Freigabe von Mitteln zur Umsetzung des beschlossenen Konzeptes zum Abbau des Altdefizits in Höhe von 10.000 Euro für die Beauftragung eines Wertgutachtens für den Eigenbetrieb Psychiatrisches Krankenhaus Halle (Saale) durch die BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)**

Vorlage: IV/2006/05931

vorliegt:

**Herr Koehn, Fraktion der SPD**, bat im Namen seiner Fraktion, den Dringlichkeitsantrag unbedingt auf die Tagesordnung zu setzen. Im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften hat dieser Antrag keine Mehrheit gefunden. Wenn er nicht behandelt wird, geht eine dringend erforderliche Zeitschiene verloren, um die ganzen Verhältnisse, auch im Zusammenhang mit der Haushaltskonsolidierung, zu regeln.

**Frau Oberbürgermeisterin Häußler** sagte, dass sie das unterstützt und bat, wenigstens das Thema auf die Tagesordnung zu nehmen. Es geht viel Zeit verloren, wenn erst im zweiten Halbjahr angefangen werde, ein Wertgutachten in Auftrag zu geben. Die Stadt stehe jetzt schon in der Kritik beim Landesverwaltungsamt. Es wird bezweifelt, dass die Jahresscheibe zum Abbau des Altdefizits gebracht wird, da die Stadt bisher nichts vorweisen konnte. Es ist notwendig, dass die Mittel frei gegeben werden, damit die BMA arbeiten kann.

**Herr Misch, Fraktion der CDU**, bestätigte, dass der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften den Dringlichkeitsantrag abgelehnt hat, weil die BMA nicht nachweisen konnte, warum diese Vorlage nicht fristgemäß eingebracht wurde. Er wies die Stadtverwaltung eindringend auf die Einhaltung bestimmter Kriterien zur Aufnahme einer Dringlichkeitsvorlage hin. Trotzdem werde er diesen Antrag nicht ablehnen.

**Abstimmungsergebnis zur Aufnahme des Dringlichkeitsantrages auf die Tagesordnung:**

**a b g e l e h n t**  
mit 32 Ja-Stimmen

Herr Bartl wies auf folgende **Änderungsanträge** hin:

**5.1.1 Änderungsantrag des Finanzausschusses zur Beschlussvorlage  
„Satzungsänderung und Verkauf der städtischen Anteile an der ‚Akazienhof‘  
gGmbH“**

Vorlage: IV/2006/05929

**5.8.1 Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zu TOP 5.8 - Fortführung der  
mehrjährigen Projektförderung für die Freien Komödianten in den Jahren  
2007- 2009**

Vorlage: IV/2006/05932

Weiterhin teilte er mit, dass zu folgenden Tagesordnungspunkten **Austauschblätter** vorliegen:

**5.13 Umbenennung von Straßenbahnhaltstellen**

Vorlage: IV/2006/05918

**5.16 Bbauungsplan Nr. 50 Opernhaus/Unterberg – Abwägungsbeschluss**

Vorlage: IV/2006/05838

**Herr Bönisch, Fraktion der CDU**, sagte zum TOP 5.1, dass im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften der Änderungsantrag gestellt wurde, dass das Psychiatrische Krankenhaus durch Ausschreibung zu veräußern ist, welchem auch stattgegeben wurde. Dieser Antrag soll nun lt. Stadtverwaltung nicht zulässig sein, weil er ein anderes Thema hat. Gegenstand des Beschlusses ist gewesen, dass es bei dem Verkauf der „Akazienhof“ gGmbH darum ging, die Möglichkeit zu eröffnen, dass das Psychiatrische Krankenhaus durch die „Paul-Riebeck-Stiftung“ erworben werden kann. Wenn der Stadtrat es prinzipiell geschäftsordnungsmäßig als zulässig erachtet sieht, würde seine Fraktion es bei dem Änderungsantrag belassen. Ist der Stadtrat der Meinung, dass dieser Änderungsantrag nicht zulässig ist, dann würde dieser Antrag als gesonderter Dringlichkeitsantrag eingebracht werden. Er bat um Befragung des Stadtrates, ob dieser Änderungsantrag, wie er im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften auch beschlossen worden ist, ein zulässiger Antrag ist.

**Frau Oberbürgermeisterin Häußler** antwortete, dass es nicht möglich ist, durch einen Änderungsantrag einen neuen Gegenstand auf die Tagesordnung zu bringen. Hieran hat sich der Rat immer gehalten. Deshalb wurde vorgeschlagen, wenn das Thema so wichtig ist, es in Form eines Dringlichkeitsantrages auf die Tagesordnung zu bringen. Wenn man anfängt zuzulassen, dass durch eine neue Fachdiskussion ein anderer Gegenstand eingeführt wird, dann tritt eine Unübersichtlichkeit ein. Sie ist für eine strenge Einhaltung der Geschäftsordnung. Aus diesem Grunde bat sie den Stadtrat, dies nicht zuzulassen.

**Frau Dr. Haerting, WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger**, unterstrich die Meinung von Frau Oberbürgermeisterin Häußler. Die Diskussion im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften habe gezeigt, dass es ein anderer Gegenstand der Diskussion war und viele Sachen unberücksichtigt geblieben sind, die eine umfassendere Beratung erfordern, zumal die ursprüngliche Verwaltungsvorlage sich genau an dem ursprünglichen Stadtratsbeschluss zur Haushaltskonsolidierung orientiert hat. Denkverbot gibt es nicht und mit einer europaweiten Ausschreibung müsste dann an anderer Stelle ausführlich diskutiert werden. Sie schlug vor, die ursprüngliche Vorlage zu beschließen.

**Herr Bönisch** korrigierte, das nicht die Rede war, von einer europaweiten Ausschreibung, sondern nur von einer öffentlichen Ausschreibung. Für ihn sei dieser Änderungsantrag kein anderer Gegenstand, weil in der ursprünglichen Vorlage nichts zur Form der Veräußerung steht, sondern nur: „im Rahmen der gemeindenahen Psychiatrie“ usw. Dieser Begriff ist sehr interpretierbar, dem die Vertreter im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften zugestimmt haben. Wenn heute zugestimmt werde, könnten, da keinerlei andere Beschlüsse gefasst wurden und die Voraussetzungen dafür da sind, Fakten für den Verkauf geschaffen werden. Es könnten Vorarbeiten geleistet werden, wenn der Stadtrat meint, dies durch eine Ausschreibung machen zu müssen. Das darf eine beschränkte, also öffentliche Ausschreibung sein, wie allgemein formuliert wurde. Grund, warum der Zusammenhang hergestellt wurde, ist, dass nicht Arbeiten in der Richtung BMA erfolgten, sich mit der Veräußerung an die „Paul-Riebeck-Stiftung“ zu befassen. Dies könnte weitergeführt werden. Es könnte ins Leere laufen, wenn der Rat in seiner Mehrheit der Meinung ist, es sei durch öffentliche Ausschreibung zu veräußern. Insofern ist da durchaus ein sehr unmittelbarer Zusammenhang gegeben.

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion Die Linkspartei. PDS**, sagte, dass seine Fraktion die Meinung der Verwaltung teile. Er schlug vor, wie Herr Bönisch, einen separaten Dringlichkeitsantrag einzubringen und die Vorlage der Verwaltung zu behandeln, weil das eine mit dem anderen inhaltlich und sachlich nichts zu tun hat. Über den zweiten, eigentlichen Dringlichkeitsantrag müsste separat abgestimmt werden.

**Herr Scholze, Fraktionsgemeinschaft FDP + GRAUE + WG VS 90**, betonte, dass er den Punkt 4 der Vorlage, wie ihn der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschlossen hat, inhaltlich genau mit diesem Tagesordnungspunkt in einem sehr wichtigen Zusammenhang für wesentlich halte. Wenn dieser Punkt nicht enthalten ist, werde eine Vorentscheidung getroffen. Hauptziel war bei der BMA-Liste die Konsolidierung des Haushaltes. Es gehe darum, ob der Haushalt konsolidiert werde oder nicht. Deshalb sehe er einen inhaltlichen Zusammenhang mit der zu beschließenden Beschlussvorlage.

**Frau Oberbürgermeisterin Häußler** zerstreute diese Befürchtung. Sie leugnete nicht, dass das eine Vorbereitung für den evtl. Fall eines Kaufes wäre. Eine Vorentscheidung wird überhaupt nicht getroffen. Es soll heute nur über eine Veränderung der Gesellschafterkonstellation beim Akazienhof entschieden werden. Es werde nicht lange dauern, dass die Stadtverwaltung aufgefordert werde, sich aus der Akazienhof GmbH zurück zu ziehen, weil der Aufsichtsrat zurzeit die Beteiligung sortiert. Weil überall da, wo nicht mehr nachgewiesen werden kann, dass ein öffentlicher Zweck erfüllt wird, sich die Stadt von diesen Beteiligungen trennen muss. Dieser ist hier der erste vorgezogene Fall, da dass schon in diesem Zusammenhang gesehen wird, welcher aber keinerlei Auswirkungen auf die Entscheidung danach, wie mit dem Psychiatrischen Krankenhaus umgegangen wird, hat. Dies ist aus der Beschlussvorlage abzulesen.

**Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE**, bemerkte, dass der Stadtrat sich schon in der inhaltlichen Diskussion befindet. Sie hätte gern gewusst, ob es denn rechtmäßig war, dass der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften dem Änderungsantrag zugestimmt hat oder, ob es rechtmäßig ist, dass die CDU-Fraktion hier einen Dringlichkeitsantrag gestellt hat.

**Frau Dr. Haerting** zeigte an, dass in der Geschäftsordnung Dringlichkeitsanträge überhaupt nicht vorkommen. Sie hält es für wichtig, wenn öffentlich ausgeschrieben wird und das PKH verkauft werden soll, dass dies auch im Amtsblatt zu lesen sein müsste.

**Frau Oberbürgermeisterin Häußler** antwortete, dass die Stadtverwaltung, der Fachbereich Recht, der Auffassung ist, dass der Punkt 4 nicht rechtmäßig ist.

Herr Bartl sagte, dass er die Wortmeldungen von Frau Dr. Haerting und Herrn Dr. Meerheim als Antrag zur Geschäftsordnung verstanden habe, so dass abgestimmt wird, ob der Änderungsantrag auf die Tagesordnung bleibt.

**Abstimmungsergebnis zum Verbleib  
des AA auf der Tagesordnung:**

**a b g e l e h n t**  
mit 18 Ja-Stimmen  
30 Nein-Stimmen

Herr Bönisch stellte nun den Antrag, den Änderungsantrag der Fraktion der CDU als Dringlichkeitsantrag einzubringen.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler sprach sich gegen den Dringlichkeitsantrag aus, weil dieser eine wichtige Entscheidung beinhalte, die ausführlicher diskutiert werden müsste und somit auf eine normale Tagesordnung mit Unterlagen gehört.

Der Stadtratsbeschluss hat ein Konzept verabschiedet, wie das Altdefizit abgelöst werden soll. Dieser Stadtratsbeschluss müsste aufgehoben und ein neuer in diesem Punkt gefasst werden. Sie verstehe die Dringlichkeit nicht und bat um Begründung dieser.

---

**Herr Misch widersprach Tonaufnahmen.**

---

Herr Misch, Fraktion der CDU, sagte, dass er die Position von Frau Oberbürgermeisterin Häußler nicht verstehe. Im Beschluss des Stadtrates war von einer gemeindenahen Versorgung die Rede. Das sei auch in anderen Konstellationen möglich, selbst wenn an das „Riebeck-Stift“ verkauft werden sollte. Von Seiten der Stadt werde aber versucht, vollendete Tatsachen zu schaffen. Das sieht man daran, dass in der Vorlage, die ursprünglich als Dringlichkeitsvorlage von der Fraktion der SPD eingebracht wurde, 10 TEuro für die BMA stand. Dagegen stand in der Vorlage, die im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften nicht auf die Tagesordnung gekommen ist, für die Wertermittlung jeweils 5 TEuro für das „Paul-Riebeck-Stift“ und 5 TEuro für die BMA. Das heißt, der Stadtrat soll dem zustimmen, was vorher schon festgelegt wurde.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler erwiderte, dass vorher keine Tatsachen geschaffen wurden. Alles, was die Stadtverwaltung tun möchte, wird dem Stadtrat vorgelegt. Dieser entscheidet, ob und wie behandelt werden soll. Sie fragte, was an dieser Vorgehensweise falsch ist. Sie wies noch einmal auf die Wichtigkeit des Gegenstandes hin und dass dieser in einer anderen Sitzung behandelt werden sollte.

Herr Bönisch verwies auf seine Stellungnahme, und zwar in der Hinsicht, dass Aktivitäten bereits ausgelöst worden sein müssen. Es kommt nicht von Ungefähr, dass sich z. B. die „Paul-Riebeck-Stiftung“ beteiligen wollte bei der Ermittlung der Kosten des Wertgutachtens. Hier sind doch Aktivitäten der Stadtverwaltung entfaltet worden. **(unverständlicher Zwischenruf)** Er wisse nicht, welche Aktivitäten. Diese sind nicht klar dargelegt worden. Auch nicht, welche Aufträge die BMA bisher bekommen hat, um in Bezug auf die Veräußerung des Psychiatrischen Krankenhauses tätig zu werden. Er möchte verhindern, dass weitere Aktivitäten unternommen werden, welche in die falsche Richtung gehen. So z. B., wenn der Stadtrat erklärt, dass er per Ausschreibung die Veräußerung vornehmen will. Da nicht bekannt ist, was in der BMA passiert ist, und es nicht sein kann, dass nichts passiert ist, deshalb dieser Dringlichkeitsantrag, durch Ausschreibung zu veräußern.

**Herr Krause, Fraktion der SPD**, sagte, dass seine Fraktion den Dringlichkeitsantrag ablehnt. Bei dieser Sachlage könne es gar nicht anders gehen, als dass jetzt die grundsätzliche Richtung durch den Stadtrat bestimmt wird. Bei diesem Antrag braucht es Zeit, die Auswirkungen ausführlich zu diskutieren.

**Abstimmungsergebnis zur Umwandlung des ÄA in einen Dringlichkeitsantrag:**                    **a b g e l e h n t**

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

**Abstimmungsergebnis zur Tagesordnung:**                    **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Es wurde folgende **T a g e s o r d n u n g** festgestellt:

**Einwohnerfragestunde**

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**
2. **Feststellung der Tagesordnung**
3. **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 21.06.2006**
4. **Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung am 21.06.2006 gefassten Beschlüsse**
5. **Vorlagen**
  - 5.1. **Satzungsänderung und Verkauf der städtischen Anteile an der "Akazienhof" gGmbH**  
Vorlage: IV/2006/05876
  - 5.2. **Feststellung Jahresabschluss 2004 der MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH**  
Vorlage: IV/2006/05854
  - 5.3. **Feststellung Jahresabschluss 2005 der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH**  
Vorlage: IV/2006/05878
  - 5.4. **Feststellung Jahresabschluss 2005 der Halleschen Wohnungsgesellschaft mbH**  
Vorlage: IV/2006/05879
  - 5.5. **Feststellung Jahresabschluss 2005 der Verwaltungsgesellschaft für Versorgungs- und Verkehrsbetriebe der Stadt Halle (Saale) mbH**  
Vorlage: IV/2006/05882
  - 5.6. **Zahlung der Verwaltungsgesellschaft für Versorgungs- und Verkehrsbetriebe der Stadt Halle (Saale) mbH zum Zwecke des Abbaus des Altdefizits im städtischen Haushalt**  
Vorlage: IV/2006/05883

- 5.7. Projekt "Frauen-Nacht-Taxi" Halle (Saale)  
Vorlage: IV/2006/05568
- 5.8. Fortführung der mehrjährigen Projektförderung für die Freien Komödianten in den Jahren 2007 bis 2009  
Vorlage: IV/2006/05850
- 5.8.1 Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zu TOP 5.8 - Fortführung der mehrjährigen Projektförderung für die Freien Komödianten in den Jahren 2007-2009  
Vorlage: IV/2006/05932
- 5.9. Beitritt zu europäischen Netzwerken auf der Grundlage eines kommunalen Integrationsleitbildes  
Vorlage: IV/2006/05707
- 5.10. Fortschreibung Psychiatrieplanung der Stadt Halle 2006  
Vorlage: IV/2006/05713
- 5.11. Beschluss zur Bildung eines Zweckverbandes für die gemeinsame Flächennutzungsplanung im Stadtumland Halle  
Vorlage: IV/2006/05874
- 5.12. Vergabe von zwei Straßennamen  
Vorlage: IV/2006/05885
- 5.13. Umbenennung von Straßenbahnhaltstellen  
Vorlage: IV/2006/05918
- 5.14. Information zu Mehrausgaben für die Baumaßnahme Ausbau Weststraße einschl. Brückenbauwerk  
Antrag auf überplanmäßige Haushaltsmittel  
Vorlage: IV/2006/05598
- 5.15. Bebauungsplan Nr. 50 Opernhaus/Unterberg - Abwägungsbeschluss  
Vorlage: IV/2006/05837
- 5.16. Bebauungsplan Nr. 50 Opernhaus/Unterberg - Satzungsbeschluss  
Vorlage: IV/2006/05838
- 5.17. Bebauungsplan Nr. 74 Eislebener Straße/Soltauer Straße, 1. Änderung - Offenlagebeschluss  
Vorlage: IV/2006/05647
- 6. Wiedervorlage
- 7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 7.1. Antrag der Stadträte Milad El-Khalil (CDU), Andreas Hajek (Fraktionsgemeinschaft FDP + Graue + WG VS 90) und Ute Haupt (Die Linkspartei. PDS Fraktion im Stadtrat Halle) - zur zusätzlichen Öffnung der Freibäder der Stadt Halle (Saale) für Trainingsmöglichkeiten der Mitglieder der Schwimmvereine während der Schwimmhalenschließung  
Vorlage: IV/2006/05912

- 7.2. Antrag der Fraktion Die Linkspartei. PDS im Stadtrat Halle (Saale) - zur Entsendung eines Mitgliedes in den Aufsichtsrat der Energieversorgung Halle GmbH (EVH)  
Vorlage: IV/2006/05908
- 7.3. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Umbesetzung eines Mitgliedes der Fraktion im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften  
Vorlage: IV/2006/05890
- 7.4. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Beteiligung der Stadt Halle (Saale) an der Initiative "SolarLokal"  
Vorlage: IV/2006/05891
- 7.5. Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - zur Verlängerung der Nutzungsvereinbarung an der Charlotte II  
Vorlage: IV/2006/05910
- 7.6. Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur Präsentation der Arbeiten des Zürcher Forums zum Projekt "Phänomene" in Halle (Saale)  
Vorlage: IV/2006/05913
- 7.7. Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur Erstellung eines Baulücken- und Leerstandskatasters für Halle (Saale)  
Vorlage: IV/2006/05916
8. Anfragen von Stadträten
- 8.1. Anfrage des Stadtrates Dr. Mohamed Yousif - Die Linkspartei. PDS Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) - über die Integration von AusländerInnen in der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: IV/2006/05792
- 8.2. Anfrage des Stadtrates Dr. Mohamed Yousif - Die Linkspartei. PDS Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) - zu Aussiedler- und Flüchtlingsheimen in der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: IV/2006/05898
- 8.3. Anfrage des Stadtrates Uwe Heft - Die Linkspartei. PDS Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) - zu Investitionen im Kurt-Wabbel-Stadion  
Vorlage: IV/2006/05899
- 8.4. Anfrage des Stadtrates Uwe Heft - Die Linkspartei. PDS im Stadtrat Halle (Saale) - zur Auenschule  
Vorlage: IV/2006/05900
- 8.5. Anfrage des Stadtrates Uwe Heft - Die Linkspartei. PDS Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) - zu sicheren Schulwegen für Grundschüler  
Vorlage: IV/2006/05902
- 8.6. Anfrage der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - zum eventuell vorzeitigen Baubeginn des Abschnittes 3b2 der HES  
Vorlage: IV/2006/05909

- 8.7. **Anfrage der Stadträtin Elke Schwabe - WIR. FÜR HALLE. - zur Gestaltung des Umfeldes am Händeldenkmal**  
Vorlage: IV/2006/05911
- 8.8. **Anfrage des Stadtrates Tom Wolter - MitBürger - zum Kröllwitzer Gänsebrunnen**  
Vorlage: IV/2006/05917
- 8.9. **Anfrage des Stadtrates Oliver Christoph Klaus - CDU - zur nichtkommerziellen und politischen Plakatierung**  
Vorlage: IV/2006/05914
- 9. **mündliche Anfragen von Stadträten**
- 10. **Mitteilungen**
- 10.1. **Ergebnisse aus der Überprüfung des Wirtschaftsplanes 2006-2010 der Halleschen Verkehrs-AG**  
Vorlage: IV/2006/05844
- 10.2. **Information des Projektsteuerers IPM an den Stadtrat der Stadt Halle (Saale) "34. Quartalsbericht Straßenbahnneubaumaßnahme Riebeckplatz/ Hauptbahnhof"**  
Vorlage: IV/2006/05871
- 10.3. **Jahresrechnung 2005 und Haushaltsplan 2007 der Oelhafe-Zeysesche-Stiftung**  
Vorlage: IV/2006/05894
- 10.4. **Jahresrechnung 2005 und Haushaltsplan 2007 der Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung**  
Vorlage: IV/2006/05895
- 10.5. **Information zum Antrag der Stadträte Wolff/Schuh – Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE – zur Erarbeitung eines Raum- und Gebäudekonzeptes**  
(Vorlage: IV/2006/05685)
- 11. **Anträge auf Akteneinsicht**

**zu 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 21.06.2006**

---

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, informierte, dass die in der vorherigen nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse zukünftig immer in der öffentlichen Niederschrift ausgewiesen werden. Aus diesem Grund ergab sich in der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des 23. Stadtrates eine Verschiebung der Seitenzahlen. Weitere Anmerkungen zur Niederschrift der 23. öffentlichen Sitzung des Stadtrates am 21.6.2006 gab es nicht.

**Die Mitglieder des Stadtrates genehmigten die Niederschrift der 23. öffentlichen Sitzung des Stadtrates am 21.6.2006 in der vorliegenden Fassung.**

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

**zu 4 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung am 21.06.2006 gefassten Beschlüsse**

---

Der Vorsitzende des Stadtrates gab den Inhalt der in nichtöffentliche Sitzung am 21.6.2006 gefassten Beschlüsse bekannt:

- zu 3.2 FB 66 Vergabe von Planungsleistungen nach VOF**  
**4. Abschnitt der HAUPTerschließungsstraße Gewerbegebiete Halle Ost**  
**Vorhaben: Delitzscher Straße bis B 100**  
**Vergabe von Dienstleistungen für die Planung von Verkehrsanlagen und Ingenieurbauwerken,**  
**Baugrund, Freianlagen, Verkehrstechnik, besonderen Leistungen und zusätzlichen Leistungen**  
**Vorlage: IV/2006/05828**
- 

**Beschluss:**

1. Der Stadtrat beschließt, für die Dienstleistungen
  - Planung von Verkehrsanlagen und Ingenieurbauwerken, Baugrund, Freianlagen, Verkehrstechnik –  
besondere Leistungen und zusätzliche Leistungen mit einer Bruttosumme von 1.188.383,41 Euro den Zuschlag an die Bietergemeinschaft IB Vössing GmbH, IB Obermeyer GmbH, IB Stork Plan GmbH zu erteilen.
2. Die Planungsleistungen der Entwurfs- und Genehmigungsplanung in Höhe von 471.841,12 Euro (brutto) werden sofort beauftragt. Die Leistungsphasen 5-9 mit einer vorläufigen Honorarsumme von 716.542,29 Euro (brutto) werden optional vertraglich gebunden und sind nach HH-Freigaben und Planungsfortschritt zu veranlassen.

zu 3.3 Vergabebeschluss FB 37 01/2006 Los 1 bis Los 8: Lieferung von 3 Stück  
Rettungstransportwagen (RTW) nach EN 1789  
Vorlage: IV/2006/05822

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt, den Zuschlag für

Los 1: S & G mbH, Halle-Sennewitz	90.114,60 Euro
Los 2: System-Strobel GmbH, Aalen	185.443,08 Euro
Los 3: ETF Eislebener Tele-Funk GmbH, Eisleben	16.005,22 Euro
Los 4: System-Strobel GmbH, Aalen	18.249,12 Euro
Los 5: Medi Care GmbH, Langenhagen	17.290,38 Euro
Los 6: Medi Care GmbH, Langenhagen	5.846,40 Euro
Los 7: Medi Care GmbH, Langenhagen	75.284,00 Euro
Los 8: ETF Eislebener Tele-Funk GmbH, Eisleben	13.355,31 Euro

mit einer Gesamtbruttosumme von 421.588,11 Euro zu erteilen.

zu 5 Vorlagen

zu 5.1 Satzungsänderung und Verkauf der städtischen Anteile an der "Akazienhof"  
gGmbH  
Vorlage: IV/2006/05876

**Auf Antrag der Fraktion der SPD erfolgt ein wortwörtliches Protokoll:**

**Herr Bönisch, Fraktion der CDU**

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, Frau Bürgermeisterin, Frau Oberbürgermeisterin, ich habe leider Frau Szabados nicht da. Aber vielleicht ist auch jemand anderes aussagefähig dazu. Ich würde gerne wissen, ob die „Akazienhof“ bzw. die „Paul-Riebeck-Stiftung“ schon in der psychiatrischen Versorgung tätig ist. Bisher. Ich glaube nicht. Psychiatrische Versorgung nennt man, denke ich Krankenhäuser und auch ambulante psychiatrische Versorgung. Psychiater sind nicht Psychologen und Psycho-Sozialarbeiter und sonst was, sondern, Psychiater sind Ärzte. Und ich glaube nicht, dass in dem „Riebeck-Stift“ schon Psychiater tätig sind in der psychiatrischen Betreuung. Das wollte ich gern mal wissen.

Gelöscht: ,

Gelöscht: fragte, ob der

Gelöscht: GbmH

Gelöscht: tätig ist

**Frau Szabados betritt den Raum.**

Formatiert: Schriftart: Fett

**Herr Bönisch, Fraktion der CDU**

Ich kann die Frage gern mal wiederholen. Die Frage ist, ob das „Riebeck-Stift“ jetzt schon in der psychiatrischen Versorgung tätig ist.

Gelöscht: .

**Frau Bürgermeisterin Szabados**

Ja, und zwar in der, Röpziger Straße.

Gelöscht: bestätigte, dass diese in der

**Herr Bönisch**

Sind denn dort Psychiater, Ärzte, im Einsatz?

Gelöscht: tätig sind

Gelöscht: fragte weiter, ob dort auch Psychiater im Einsatz sind.

### Frau Bürgermeisterin Szabados

Dort sind auch Ärzte im Einsatz, allerdings, nicht fest angestellt. Aber, Psychologen, die sind poststationär. In der Röpziger Straße sind Menschen mit psychischen Problemen. Sie werden dort betreut.

### Herr Bönisch

Ich sage das deshalb, weil die Begründung nämlich, die Begründung für den Verkauf und für die Satzungsänderung, damit der Verkauf an die „Akazienhof“ GmbH denkbar ist, steht ja drin, dass soll den Erwerb des psychiatrischen Krankenhauses nach sich ziehen können, soll die Möglichkeit eröffnen. Wir haben jetzt ein Schreiben bekommen vom Psychiatrie-Ausschuss des Landes, unterzeichnet von Privatdozent Dr. Böcker, der jetzt dort Vorsitzender ist, und er schreibt z. B. was man beachten sollte, wenn man ein Psychiatrisches Krankenhaus veräußert. Hier steht u. a.: „Es sollten nur Bewerber berücksichtigt werden, die bereits Einrichtungen der psychiatrischen Versorgung in ihrer Trägerschaft haben und auf fundierte Erfahrungen in der Betreuung psychisch kranker Menschen in der Gemeinde verweisen können.“ Ich zweifle sehr daran, dass das gemeint ist. Also, denn psychiatrische Versorgung, darunter versteht man in der Regel tatsächlich eben hier psychiatrische Krankenhäuser. Mindestens Bereiche in Krankenhäusern. Und wir würden so oder so, auch, um nicht vorwegzunehmen, dass wir ja evtl. einen Beschluss fassen, der schon präjudiziert, dass der Verkauf an „Akazienhof“ stattfinden soll, die Begründung ausschließlich abweisen wollen. Die Begründung zu der Vorlage. Wir sehen aber trotzdem keinen Grund, dem nicht zuzustimmen, denn eine halbe GmbH nützt uns im städtischen Eigentum auch nichts. Geld brauchen wir. Und wenn die „Riebeck-Stiftung“ bereit ist, das entsprechend zu bezahlen, dann sollten wir auch diese Anteile an der GmbH dorthin verkaufen. Aber ausdrücklich in der Leugnung der Begründung.

### Frau Bürgermeisterin Szabados

Ich will nur noch mal ganz kurz. Also, die Röpziger Straße fällt unter die psychiatrische Versorgung. Unter die Versorgung psychisch kranker Menschen und wird auch, z. B., ist auch besucht wurden, durch diese Besuchskommission. Da werden ja immer Einrichtungen besucht und da darüber ist die mit beurteilt wurden. Hat im Übrigen eine sehr gute Beurteilung bekommen. Also, das fällt mit dort drunter. Ganz eindeutig.

### Herr Wolter, WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Mitbürger

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, uns hat es ja im Finanzausschuss, in der Fraktion jetzt schon wieder zur Tagesordnung ziemlich viel beschäftigt. Ich empfinde es als eine, sage ich mal, schon ungeordnete Form von Vorlage. So vorab in dem Sinne, dass dort wirklich zwei Dinge vermengt werden. Das, was Sie klarstellen, Frau Oberbürgermeisterin, ist ja, dass man dort eigentlich nur eine Veräußerung einer gGmbH tätigt. Natürlich ist es vollkommen verzerrt durch die Vorlage, dass dort eben natürlich ein dritter und vierter Schritt schon gleichzeitig mit gedacht wurde. Nichts desto Trotz aller Beschlüsse, die der Stadtrat hier gefasst hat, zwei kleine Fragen hätte ich noch zur dieser sachlichen Übertragung einer Gemeinnützigen GmbH an die Stiftung. Wir besitzen ja, soweit ich das aus den Unterlagen, die uns auch erst jetzt, und nicht zum Finanzausschuss vorlagen, also die Satzung, die Gesellschafterunterlagen für diese gGmbH, besitzen ja diese 12 ... 2 nein 25 500, wenn ich richtig bin, 12 000, einige Tausend Euro haben wir ja eingelegt, das wird jetzt in der Vorlage als Kaufpreis definiert. Dazu hätte ich gern noch einmal eine sachliche Richtigstellung. Ist das ein Kaufpreis oder bekommen wir das Geld nur wieder zurück aus der Einlage?

### Frau Oberbürgermeisterin Häußler

Selbstverständlich ist das ein Kaufpreis, den wir jetzt zahlen. Wir sind zufällig dieselben, die damals diese Einlage getätigt haben. Aber wenn jetzt diese Anteile an einen anderen verkauft würden zum Nominalwert, würde der diesen Preis ja auch bezahlen. Das können Sie schon als Kaufpreis definieren.

- Gelöscht: antwortete, dass dort
- Gelöscht: e
- Gelöscht: im Einsatz sind, die
- Gelöscht: kranke Menschen
- Gelöscht: en
- Formatiert: Keine Aufzählungen oder Nummerierungen
- Gelöscht: brachte zum Ausdruck, dass er deshalb fragt, weil in der Begründung fü
- Gelöscht: r den Verkauf und die
- Gelöscht: und
- Gelöscht: ¶ die Möglichkeit eröffnet werden,
- Gelöscht: zu
- Gelöscht: . Er zitierte aus einem Schreiben des
- Gelöscht: e
- Gelöscht: s
- Gelöscht: wo darauf hingewiesen wird, was man beachten soll,
- Gelöscht: ::
- Gelöscht: Er be
- Gelöscht: in der
- Gelöscht: so gemeint ist. ¶ Seine Fraktion werde, wenn ein Beschluss gefasst wird, die Begründung zu der Vorlage ausschließlich abweisen. Es bestehe aber kein Grund, dem
- Formatiert: Schriftart: 11 pt
- Formatiert: Schriftart: 11 pt
- Formatiert: Schriftart: 11 pt
- Gelöscht: weil
- Formatiert: Schriftart: 11 pt
- Formatiert: Schriftart: Fett

Ich würde aber gerne noch mal darauf hinweisen, weil immer von dieser Verquickung gesprochen wird. Das ist eben die Ehrlichkeit der Stadtverwaltung, dass möchte ich mal deutlich sagen. Ja, Herr Misch, wir haben ganz klar aufgeschrieben, weshalb die Voraussetzung geschaffen werden sollen, damit dieser Weg überhaupt eröffnet wird. Da verstecken wir uns doch auch gar nicht. Und es war für jeden Bewerber hier in dieser Stadt der Weg offen. Wir haben doch hier offen darüber diskutiert, dass wir so eine gemeindenahe psychiatrische Versorgung konstruieren wollen. Das hat der Rat diskutiert und der Rat hat zugestimmt. Jedes andere Krankenhaus, was für sich Sinn darin gesehen hätte, sich zu bewerben, hätte kommen können und auf uns zugehen können und zu sagen, dass sie das gerne machen möchten. Und der Bewerberkreis wäre damit größer gewesen. Das ist aber nicht passiert. Also haben wir mit denen gesprochen, die Interesse geäußert haben. Das ist ja wohl auch der normale Weg. Jetzt ist dieser vor... Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, weil immer gesagt wird, man würde hier gegebenenfalls was vorwegnehmen und Herr Bönisch hat gesagt, man soll die Begründung weglassen. Ich möchte auf den Satz aufmerksam machen. Ergänzend wird darauf hingewiesen, in der Begründung, dass mit der vorliegenden Beschlussvorlage kein Beschluss zur Veräußerung des Psychiatrischen Krankenhauses erfolgt. Das steht in der Begründung drin. Ich weiß nicht, warum Sie die Begründung ablehnen wollen? Das ist doch genau das, was Sie möchten. Und das haben wir hier auch ganz klar ausgeführt. Also, ich denke nicht, dass hier irgendwas zu Irritationen führen kann.

### Herr Bönisch

Ich nehme jetzt mal Bezug auf die Begründung, da steht unter der Überschrift „Kommunale Stiftungsaufsicht“, und das verweist wieder darauf, dass es Aktivitäten gegeben hat, nach Abstimmung mit der kommunalen Stiftungsaufsicht ist beabsichtigt, dass die „Paul-Riebeck-Stiftung“ alleiniger Gesellschafter der „Akazienhof“ gGmbH wird und dass das Psychiatrische Krankenhaus an die „Akazienhof“ gGmbH veräußert wird und somit einer Umwandlung des Psychiatrischen Krankenhauses in eine gGmbH beschlussgemäß Rechnung getragen würde. Und das ist doch aber schon. Hier sind wirklich Aktivitäten erfolgt und das akzeptierend könnten wir hier zustimmen und können (wurde unterbrochen - unverständlich) Ja, das ist aber vorhin genau geleugnet worden. Es gab keine Aktivitäten und wir brauchen nichts zu befürchten. Es kann eh jetzt nichts passieren. Meine Dringlichkeit vorhin wies ja darauf hin, dass wir jetzt schon sagen, wohin es gehen soll. Es sind ja hier durchaus schon Vorkehrungen getroffen, wohin es gehen könnte, wenn es nach der Stadtverwaltung geht. Was aber in keinem Stadtratsbeschluss gedeckt ist, weil dort nirgendwo über die Art und Weise der Veräußerung gesprochen worden ist. Und, ich muss sagen, es gibt, wenn sie sagen es gibt keine weiteren Interessenten. Es ist niemand aufgefordert worden. Es ist niemand offiziell davon informiert worden, dass das Psychiatrische Krankenhaus verkauft werden soll. Ich wüsste nicht, durch wen. Dass es irgendwann man passieren könnte, und hat es Gespräche mit der Universitätsleitung, mit dem Universitätsklinikum gegeben oder nicht? Hat es oder hat es nicht? Es hat. Und es gibt also weitere Interessenten.

Formatiert: Schriftart: Fett

Formatiert: Schriftart: Kursiv

### Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE

Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren, ich kann nur noch einmal unterstützen, was Herr Wolter gesagt hat. Die Vorlage ist sehr verwirrend und auch die Begründung ist sehr verwirrend, weil sie eigentlich in sich gar nicht homogen ist. Ich finde, hier muss eine politische Entscheidung getroffen werden. Nämlich, wollen wir, dass in dem gemeindenahen Zentrum, wo es ja unterschiedliche Definitionen gibt, oder wollen wir hier eine Haushaltskonsolidierung. Beides wurde im Finanzausschuss miteinander vermischt. Ich denke, wenn die politische Entscheidung in das Psychiatrische Krankenhaus und „Paul-Riebeck-Stiftung“ geht, dann können wir nicht mehr von der größtmöglichen Haushaltskonsolidierung reden. Das wissen wir ja auch alle hier. Ich denke, darum geht es hier im Großen und Ganzen, und was die Verwirrung auch ausmacht. Und von daher, denke ich, sollte man da eine klare Entscheidung treffen, was man denn eigentlich will.

Formatiert: Schriftart: Kursiv

Formatiert: Schriftart: Fett

### Herr Godenrath, Fraktion der CDU

Formatiert: Schriftart: Fett

Frau Oberbürgermeisterin, Herr Vorsitzende, meine Damen und Herren, jetzt bringen Sie mich noch mehr in eine Zwickmühle durch den nicht aufgenommenen Antrag des Finanzausschusses. Denn der Finanzausschuss, da hat der Herr Fritschek gesagt, dass, wenn es so kommt, dass eben ausgeschrieben wird, man die „Riebeck-Stiftung“ sich eben wahrscheinlich nicht beteiligen wird oder nicht beteiligen wird, weil sie eben aus den und den Gründen. So. Ich bin jetzt auch Stiftungsvorstand in der „Riebeck-Stiftung“ für die CDU-Fraktion und wir haben damals zugestimmt, natürlich unter der Maßgabe, dass sich die „Riebeck-Stiftung“ beteiligt. Jetzt wäre für mich die Frage, und das wäre wirklich ein Schritt der Klarheit gewesen, man hätte wirklich diesen Antrag aufnehmen müssen, dann hätte der Rat sich hier klar entscheiden müssen, schreibt er aus oder nicht. Denn die Frage ist doch jetzt, wenn der Rat gesagt hätte, er schreibt aus und Herr Fritschek sagt, dann beteiligt sich die „Riebeck-Stiftung“ nicht, dann wäre doch die Frage, warum solle denn dann die „Paul-Riebeck-Stiftung“ eigentlich noch die Anteile kaufen. Dann müsste ich mich, frage ich mich als Stiftungsvorstand, ist für mich eine ganz neue Situation. Wir kaufen jetzt, ich sag es mal als „Riebeck-Stiftung“ die Anteile, die wir vielleicht gar nicht dann brauchen, weil der Rat sich für eine Ausschreibung entscheidet. Also da bringen Sie mich jetzt auch in eine Zwickmühle. Deshalb wäre es sehr wichtig gewesen, wenn hier heute Klarheit geschaffen worden wäre.

### Frau Bürgermeisterin Szabados

Formatiert: Schriftart: Fett

Lieber Herr Godenrath, wir beide sitzen im Stiftungsrat und ich habe nicht von Herrn Fritschek gehört. Ich war nicht in der Sitzung dabei, aber ich denke, er hat es nicht gesagt. Und er hätte auch nicht das Mandat gehabt zu sagen, wenn denn eine Ausschreibung liefe, dass sich die „Riebeck-Stiftung“ nicht beteiligt. Ich denke, das müssten wir dann auch in jedem Fall im Stiftungsrat besprechen. Und außerdem hatten wir gesagt, diese „Akazienhof“ zu kaufen, um diese Hülle zu haben, Sie kennen die Aktivitäten der „Riebeck-Stiftung“, Sie wissen, dass wir auch noch andere Intentionen haben, und diese „Akazienhof“ als Hülle zu haben, ich denke, die Entscheidung haben wir im Stiftungsrat getroffen. Und nur darum geht es jetzt. Ja, also ich habe jetzt nur jetzt als Stiftungsrat gesprochen und ganz bewusst und ich denke, dass konnte Herr Fritschek nicht sagen, ohne mit uns darüber zu sprechen und ich denke, er hat es auch nicht gesagt.

### **Herr Bartl**

Herr Koehn als nächste Wortmeldung, danach Frau Dr. Bergner und dann Herr Wolter. Und bitte Ruhe.

### Herr Koehn, Fraktion der SPD

Formatiert: Schriftart: Fett

Herrn Godenrath, damit sich die Wogen etwas glätten, ich saß auch im Finanzausschuss. Es wurde formuliert, wenn wir ausschreiben und der Preis dann so hoch wird, wie ihn die Großen bezahlen, dann können wir uns nicht beteiligen. Das war seine Aussage. Selbstverständlich wird er bezahlen. Aber er kann, und da komme ich jetzt zu meinem Anliegen herüber, wir wollen Haushaltskonsolidierung A, B, wir wollen aber auch unsere sozialen Strukturen behalten. Diese, hier städtisch gewachsenen. Und da denke ich mal, ist jedem klar, dass, dass, wie das jetzt hier gesprochen wird, welt- oder ausgeschrieben wird und die ganz Großen kommen, dann können wir das vergessen. Eindeutig. Und deshalb haben wir dafür plädiert, dass das Verfahren so läuft, wie es jetzt eingeleitet ist, und dass das Geld so fließt, und das ist dann auch Haushaltskonsolidierung, dass wir diesen Spagat zwischen möglichst viel Geld einnehmen, aber auch die Strukturen, die wir für Gut behalten, die wir alle beschlossen haben, die zu behalten, deshalb dieses Verfahren.

### Frau Dr. Bergner, Fraktion der CDU

Formatiert: Schriftart: Fett

Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, ich möchte jetzt einfach noch mal die Verwaltung auffordern, die Begründung doch zurückzuziehen, ansonsten könnten wir dieser Vorlage nicht zustimmen. Denn es sind ja zwei verschiedene Dinge, die hier miteinander vermischt werden. Das Eine ist die Übernahme des „Aka-

zienthofes“, die wir ja durchaus für sinnvoll halten, dass Andere ist, dass in der Begründung schon an mehreren Stellen Irritationen auftreten, die dahingehend den Schluss nahe legen, dass nur an eine Veräußerung an das „Riebeck-Stift“ gedacht ist. Ich zitiere jetzt noch mal den letzten Satz: „Es sollen lediglich die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass der Stadtrat zu gegebenem Zeitpunkt über die Veräußerung des Psychiatrischen Krankenhauses beschließen kann.“ Wir können ja beschließen. Wir können jedes andere Krankenhaus bitten, sich zu, wir haben Bewerber, und es ist nicht so, dass andere Krankenhäuser in der Stadt sich nicht interessieren. Das ist eine falsche Auffassung. Ich hab jedenfalls andere Informationen. Insofern denke ich, es würde eine Klarheit schaffen, und wir würden uns hier leichter auf diese Beschlussfassung verständigen können, wenn Sie die Begründung zurückziehen würden, die ja sowieso nicht Bestandteil des Beschlusses ist.

Formatiert: Schriftart: Kursiv  
Formatiert: Schriftart: Kursiv  
Formatiert: Schriftart: Kursiv  
Formatiert: Schriftart: Kursiv  
Formatiert: Schriftart: Kursiv

#### **Herr Wolter**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, lieber Herr Koehn, ich saß ja auch im Finanzausschuss. Also, dass was ich vorhin dargestellt habe und was die Diskussion ja jetzt auch zeigt, heißt ja, dass man schon mit der Vorlage sich in die politische Diskussion begibt, begeben will. Als Rat, sie als Verwaltung, und dass wir eben als Finanzausschuss ganz stark den Eindruck hatten, dass eben diese Entscheidungen sehr weit gediehen sind, das es Überlegungen gibt, was in der Begründung ist. Deswegen begrüße ich auf jeden Fall sehr den Änderungsantrag. Ich will nur nicht den Eindruck erwecken Frau Oberbürgermeisterin, dass wir prinzipiell etwas dagegen haben, ob das jetzt in unserer Fraktion, auf gar keinen der Fall ist, die „Riebeck-Stiftung“ zum neuen Eigentümer, egal, in welcher Rechtsform auch immer, das PKH zu haben. Nur, dass man darüber diskutiert, dass wir sozusagen auf einmal wie ein Bienenest hier wirklich so viele, innerhalb kurzer Zeit, Fachdiskussionen führen mussten, um uns in irgend einer Form kompetent zu machen, um da zu sagen, wollen wir das. Insofern würde ich dem gerne zustimmen, wenn Sie die Begründung runter nehmen und wir die politische Diskussion über die Veräußerung des PKH später führen.

#### **Frau Oberbürgermeisterin Häußler**

Also, selbstverständlich muss die Diskussion, an wen hier verkauft wird, später und extra geführt werden. Dies sollte ja nur Voraussetzung schaffen, dass die „Riebeck-Stiftung“ überhaupt in der Lage ist, Bewerber zu sein. Mehr findet ja hier nicht statt. Es hat kein Mensch geäußert, dass es da Gespräche gab und dass es Vorbereitung gibt. Warum sollten wir sonst jetzt ein Wertgutachten machen lassen. Das hat doch nie jemand irgendwo abgestritten. Es war doch alles offen. Also ich versteh gar nicht, was hier für Verdächtigungen erfunden werden. Das ist alles unnötig. Wir haben es ja alles rein geschrieben. Ich meine, offener kann man ja als Stadtverwaltung nicht auftreten. Offensichtlich hat das aber zu Irritationen geführt, und wenn das so ist, dann würde ich vorschlagen, dass wir als Begründung nur diesen ersten Absatz oben stehen lassen, wo dann eben noch mal drin steht, was passieren soll, und wo in keiner Weise auf das Psychiatrische Krankenhaus, oder doch, da oben steht es ja: zur Vorbereitung des Kaufvorhabens. Ja? **(Pause – unverständliche Zwischenrufe)** Bitte? Ja, dann ist der Satz natürlich nicht mehr vollständig. Das geht nun mal nicht einfach so. Also, vielleicht könnten wir formulieren: *die „Paul-Riebeck-Stiftung“ zu Halle ist alleiniger*, nein, Quatsch. Dann würde ich bitten, dass Du das jetzt noch mal aufschreibst, dass wir das mal haben.

Formatiert: Schriftart: Fett

Formatiert: Schriftart: Kursiv

#### **Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**

Es sind noch Wortmeldungen. Ja. Und ich lese es dann noch einmal vor. Frau Bürgermeisterin, würde Sie es noch einmal deutlich als die Begründung herausarbeiten. Jetzt habe ich weitere Wortmeldungen.

Formatiert: Schriftart: Fett

Formatiert: Schriftart: Fett

#### **Herr Scholze, Fraktionsgemeinschaft FDP + GRAUE + WG VS 90**

Herr Vorsitzender, Frau Oberbürgermeisterin, meine sehr geehrte Damen und Herren, also, ganz unabhängig davon, welche kosmetischen Operationen wir noch an der Begründung vornehmen, die ist ja in der Regel nicht Gegenstand des Beschlusses. Also wird nicht be-

Formatiert: Schriftart: Fett

geschlossen. Und unabhängig davon ist ja der Handlungsweg mit dem Beschluss und dem, was die Verwaltung in der Begründung an Intention geäußert hat, ja eh schon vorgegeben. Also, ob das nun noch mal auf Papier steht oder die Aktivitäten eh in dieser Richtung laufen, ist dann schon fast zweitrangig. Das Problem, was ich sehe, hier an dieser Stelle, dass dem Stadtrat offensichtlich strategisch überhaupt nicht klar ist, was er mit dem Psychiatrischen Krankenhaus machen möchte. Und die Frage ist ja, wollen wir in der Stadt Halle dieses Psychiatrische Krankenhaus veräußern und damit unseren Beitrag für unsere Haushaltskonsolidierung halten. Dann ist das schon mal ein wichtiger Gesichtspunkt. Und da ist natürlich schon eine sehr bemerkenswerte Aussage, der Herr Koehn hat es ja vorhin noch mal dargestellt, dass offensichtlich die „Paul-Riebeck-Stiftung“, wenn dazu käme, zu einer Ausschreibung nicht in der Lage wäre, in solche Höhen mit zu bieten, wie möglicherweise andere Anbieter, die aus strategischen Gründen sagen, zu dem was es eigentlich Wert ist, legen wir noch was drauf, weil wir uns in dieser Region etwas erhoffen, damit machen zu können. Und die machen das ja nicht, um dann hinterher die Versorgungsstrukturen kaputt zu machen, sondern selber, aufgrund ihrer Erfahrung, die sie als Krankenhausbetreiber haben, mit den Versorgungsstrukturen die Patienten auch weiterhin zu behandeln. Also die Besorgnis, dass, wenn es ausgeschrieben ist, und hinterher alles zusammenbricht, sehe ich schon mal an der Stelle überhaupt nicht. So. Und dann muss man sich fragen, wie ist es denn gut, das zu machen? Wollen wir, nachdem der Krankenhausbetreiber Stadt ausscheidet, da er ja seinen Eigenbetrieb los werden möchte, in welcher Form jetzt auch immer, dass es ein neuen Krankenhausbetreiber hier am Standort Halle gibt oder möglicherweise wollen wir als Stadt strategisch einen der Krankenhausträger, die wir an anderer Stelle in der Stadt Halle schon haben, möglicherweise dadurch, dass er sich hier mit beteiligen kann, stärken. Eins müssen wir bedenken, der Krankensektor ist inzwischen auch ein hart umkämpfter Wettbewerbsmarkt, und da müssen wir schon entscheiden, in welche Bedingungen wir uns hier rein begeben. Und für die Krankenhäuser, die jetzt am Markt sind, ist die Lage eh schon nicht einfach, weil sie diesem DRG-System unterliegen. Das ist bei den psychiatrischen Patienten noch nicht so, die werden noch nach Pflegesätzen bezahlt, so sie in der Vergangenheit. Und ich kann mir sehr gut vorstellen, dass eben ein vorhandener Krankenhausträger hier aus unserer Heimatstadt möglicherweise ein größeres Interesse hätte, diese Geschäftsfeld mit zu übernehmen, um sich strategisch auch in dieser Stadt zu positionieren. Und das denke ich, ist ein Punkt der überhaupt nicht ausdiskutiert wurde, während hier in der Begründung, ob wir die nun beschließen oder nicht, minutiös dargestellt ist, in welcher Richtung die Stadtverwaltung den Marsch vorstellt. Und da sind natürlich eigentlich alle anderen Überlegungen schon ausgeschaltet, weil klar gesagt ist, wir schaffen auf der einen Seite die Struktur, wie wir es gerne hätten, und die kümmert sich dann darum, dass es auch so kommt. Und das denke ich, kann nicht der richtige Weg sein. Da sollte auch die Verwaltung einfach noch mal mit offeneren Karten spielen. Ursache, dass wir heute so komisch diskutieren, dass möchte ich auch noch mal sagen, ist der eine Beschlusspunkt, als wir diese BMA-Liste mal beschlossen haben. Da stand ursprünglich nur ein Satz drin, „Verkauf des Psychiatrischen Krankenhauses“. Den hat auch Frau Oberbürgermeisterin damals so gut gefunden. Der ist dann durch einen Änderungsantrag abgeändert worden, damit es um die gemeindenahe psychiatrische Versorgung geht. Das hätten wir aber nach meiner Auffassung gar so rein schreiben müssen, weil nämlich, vor hundert Jahren wurden die Psychiatrischkranken weggesperrt und gemeindenahe psychiatrische Versorgung ist das, was heute Behandlungsstandard ist bzw. Behandlungsstandard sein sollte. Das ist überhaupt keine Aussage zur Trägerstruktur, sondern nur, wie die Patienten behandelt werden, das auch Versorgung im Wohngebiet ist, das sie nicht ständig im Krankenhaus rum liegen müssen, sondern, dass man sich auch um Angebote ambulanter Art usw. kümmert. Das ist gemeindenahe Versorgung, das es Sozialdienste usw. noch gibt. Und das denke ich, könnte jeder andere Träger auch machen, weil er der nämlich auch ein Interesse hat an den Patienten, dass er sie behandeln kann und dass es denen gut geht.

Formatiert: Schriftart: Kursiv

### **Herr Bartl**

Ich habe noch eine Anzahl von Wortmeldungen und bitte jetzt um gebotene Kürze.

### Frau Oberbürgermeisterin Häußler

Und ums Thema.

### Herr Misch, Fraktion der CDU

Frau Oberbürgermeisterin, Sie waren vorhin so irritiert. Ich lerne ja nun auch gerne dazu. Dann erklären Sie mir doch mal bitte eins. Sie haben gesagt, es ist noch kein Kaufbeschluss. Mit leuchtet auch ein, dass, wenn ich was verkaufe, wir verpflichtet sind, dass Unternehmen bewerten zu lassen, um, ich sag es mal ganz salopp, auch ein bisschen was raus zu holen. Aber warum bezahlt dann jemand, der sich mit dem Gedanken trägt das zu übernehmen aus seiner Kasse noch Geld dazu für ein solches Wertgutachten. Denn in der Vorlage im Finanzausschuss war so gesagt: 5 TEuro für die Untersuchung der Wertermittlung BMA und 5 TEuro zahlt das „Riebeck-Stift“. Das riecht doch gerade zu! In der Vorlage der SPD hat man das korrigiert, da stehen jetzt 10 TEuro BMA drin. Das ist doch, was dann die Alarmglocken schallen lässt!

Formatiert: Schriftart: Fett

### Herr Bartl

So, mir liegt jetzt ein *Geschäftsordnungsantrag* vor, Herr Krause bitte.

### Herr Krause, Fraktion der SPD

Verzeihung, *kein Geschäftsordnungsantrag*. Aber möchte noch darauf hinweisen, wir berühren uns sehr hart am Rand der Nichtöffentlichkeit. Bei manchen Äußerungen, die wir jetzt in den letzten beiden Redebeiträgen gehört haben.

Formatiert: Schriftart: Fett

### Herr Bartl

Das nehmen wir als Hinweis auf und jetzt ist Herr Heinrich dran.

### Herr Dr. Heinrich, Fraktion der CDU

Wenn man alle Statements zusammen nimmt, ist es doch so, dass man in der Quintessenz sagen kann, was von Herrn Scholze und Herrn Koehn kam, noch mal zusammengefasst: Die Stadtverwaltung und auch anscheinend die SPD ist interessiert an der Lösung „Paul-Riebeck-Stift“, auch unter Inkaufnahme eines minimierten oder nicht ganz maximalisierten Konsolidierungsbeitrages. Und das ist doch das entscheidende Problem des heutigen Tages, dass man sozusagen mit diesem Antrag eine Nebelkerze geworfen hat, um das, was schon geplant wurde, nicht so klar diskutieren zu wollen.

Formatiert: Schriftart: Fett

### Frau Oberbürgermeisterin Häußler

Ich bitte einfach, sich hier zu mäßigen in der Art und Weise, wie man sich hier ausdrückt. Herr Heinrich. Wissen Sie, es ist keine SPD-Geschichte. Der Herr Godenrath sitzt genau so in den Aufsichtsgremien von der „Riebeck-Stiftung“. Vielleicht unterhalten Sie sich mal in der Fraktion über diese Dinge. Vielleicht ist es doch gar nicht SPD-gesteuert. Da sitzen doch alle drin. Da kann doch jeder drüber reden und kann sich darüber unterrichten. Das ist doch wohl ein Witz, was Sie hier erfinden. Das ist ja unmöglich. Vielleicht können Sie mal Ihre Vokabeln ein bisschen sortieren.

### Herr Dr. Meerheim, Fraktion Die Linkspartei. PDS

Also, die Aufregung ist ja mal wieder groß, weil sich manche in den Hintern getreten fühlen oder zu wenig, oder zu viel informiert fühlen. Ich find es ganz stark, wie wir über Begründungen reden, wobei ich sagen muss, die Diskussion ist durchaus interessant. Und zwar in der Richtung, dass von der Verwaltung gesagt wird, manchmal sind die Begründungen also völlig sinnlos. Manchmal sagt sie aber auch, dass sie durchaus interessant sind. Und insofern denke ich, ist eine Diskussion darüber zulässig, einen Text zu ändern oder nicht. Ich halte den Vorgang dennoch für Schizophren: Wer sich die Niederschriften ansieht und die Protokolle zu den jeweiligen Sitzungen des Rates wird nicht ein Textbaustein aus einer Begründung enthalten haben, sondern jeweils nur den Beschlusstext, den eigentlichen Beschlusstext. Und darüber sollten wir uns auseinandersetzen, denn, wenn es tatsächlich zu einem

Formatiert: Schriftart: Fett

Formatiert: Schriftart: Nicht Fett

Verkauf an den „Paul-Riebeck-Stift“ kommt, dann muss es eh über den Rat gehen und dann kann man hier immer noch sagen, dass möchte ich nicht. Ich will einen anderen oder einen Dritten, oder Vierten, oder Fünften. Nur, sage ich auch für unsere Fraktion ganz klar, wir lehnen eine Privatisierung „auf Teufel komm raus“, und sozusagen einen freien Marktzugang eines Herrn Dritten, von woher er immer auch kommen mag, ab, der vielleicht hier mit Dumpingpreisen, mit strategischen Preisen, wie unser Herr Kollege das so schön gesagt hat, hier auf den Markt kommen will, um anschließen evtl. mit diesen strategischen Preisen und dem Dumpinglöhnen hier gewachsene Strukturen kaputt zu konkurrieren. **(unverständlicher Zwischenruf)** Das ist nicht wahr. Dann sehen Sie sich doch mal das an, wo das passiert. Sie haben offensichtlich noch nicht die historischen Erfahrungen der alten Bundesländer gemacht, um darüber reden zu können. Sehen Sie sich das nur an in den westdeutschen Städten, was da passiert, wenn solche Dinge geschehen sind. Wir sind dafür ein Konsolidierungsbeitrag erbracht wird, und wir sind auch dafür, dass das nicht durch eine Privatisierung „auf Teufel komm raus“, sondern, ich sag es ganz klar, durch ein kommunales Unternehmen erbracht wird. Und wir sind froh darüber, dass eine solche Lösung gesucht wird. Ob es dazu kommt, dass hängt natürlich maßgeblich auch von dem „Paul-Riebeck-Stift“ selbst ab. Wir werden dieser Vorlage, so wie sie hier liegt, zustimmen.

**Herr Bartl**

Ein Geschäftsordnungsantrag von Herrn Wehrich. Es gibt noch eine Anzahl. Ja. Vier.

Formatiert: Schriftart: Fett

Formatiert: Schriftart: Fett

**Herr Wehrich, WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Mitbürger**

Da die letzten Wortbeiträge jetzt überhaupt nicht mehr zu dem Beschlussgegenstand sich verhalten haben, beantrage ich hiermit **Abbruch der Debatte und Abstimmung**, um nicht die Diskussion noch weiter zu führen, die mit dem Beschlussgegenstand, sondern mit einem Beschluss, der viel später zu besprechen ist, zu tun hat. Deswegen jetzt bitte, Abbruch der Debatte.

Formatiert: Schriftart: Fett

**Herr Bartl**

Kann dagegen geredet werden. Ansonsten stimmen wir über den Geschäftsordnungsantrag ab. Dann bitte ich, wer kann diesem Antrag von Herrn Wehrich folgen, um ein Handzeichen.

**Abstimmungsergebnis zum GO-Antrag: mehrheitlich z u g e s t i m m t**

**Herr Bartl**

Das ist klar die Mehrheit. Damit ist die Rednerliste ausgesetzt. Jetzt hoffe ich, dass die Begründung modifiziert wurde von der Verwaltung. Vielleicht können Sie die vorlesen, Frau Bürgermeisterin?

Formatiert: Schriftart: Nicht Fett

Formatiert: Schriftart: Nicht Fett

**Frau Bürgermeisterin Szabados**

„Die Stadt Halle (Saale) hält 51 Prozent an der „Akazienhof“ gGmbH und die „Paul-Riebeck-Stiftung“ 49 Prozent. Nach Aufgabe des Geschäftsbetriebes der „Akazienhof“ gGmbH ist die Stadt Halle (Saale) gehalten. Geschäftsanteile zu veräußern, wenn damit kein öffentlicher Zweck mehr erfüllt wird. Der Verkauf erfolgt an den Mitgesellschafter „Paul-Riebeck-Stiftung“.

**Herr Bartl**

Der Antrag war auch auf Abstimmung mit dieser geänderten Begründung durch die Verwaltung. Wer jetzt so die Beschlussvorlage 5.1 passieren lassen kann, bitte ich um sein Handzeichen.

**Abstimmungsergebnis zu 5.1: mehrheitlich z u g e s t i m m t**

**Herr Bartl**

Das ist klar die Mehrheit. Damit ist sie mit der veränderten Begründung angenommen in modifizierter Form.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

**Formatiert:** Schriftart: Nicht Kursiv

**Formatiert:** Schriftart: Nicht Fett

Ende des wortwörtlichen Protokolls.

**Beschluss (in modifizierter Form/Text):**

- 1.) Der Stadtrat stimmt der Änderung des § 10 der Satzung der „Akazienhof“ – gemeinnützige Heimgesellschaft der Stadt Halle (Saale) am Melanchthonplatz mbH entsprechend dem als Anlage 1 beigefügten Protokoll einer Gesellschafterversammlung zu.
- 2.) Der Stadtrat stimmt der Veräußerung und Abtretung von 51 % der Geschäftsanteile an der „Akazienhof“ – gemeinnützige Heimgesellschaft der Stadt Halle (Saale) am Melanchthonplatz mbH an die Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle (Saale) zum Preis von 13.037, 94 € zu.
- 3.) Die Oberbürgermeisterin wird ermächtigt die zur Umsetzung erforderlichen Erklärungen abzugeben.

zu 5.2      **Feststellung Jahresabschluss 2004 der MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH**  
Vorlage: IV/2006/05854

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, wies darauf hin, dass durch den Fachbereich Recht ein Schreiben in Bezug auf das Mitwirkungsverbot einzelner Aufsichtsratsmitglieder an die Fraktionen gerichtet wurde, welche bei den Vorlagen zu den Feststellungen von Jahresabschlüssen nicht mit abstimmen dürfen. Dies betrifft die Tagesordnungspunkte 5.2 bis 5.6 und 5.8.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Folgende Mitglieder des Stadtrates haben gem. § 31 GO LSA an der Abstimmung nicht teilgenommen:

Herr Dr. Schmidt, Fraktion der SPD  
Herr El-Khalil, Fraktion der CDU

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich z u g e s t i m m t**

## Beschluss:

Der Vertreter der Gesellschafterin Stadt wird ermächtigt, folgenden Gesellschafterbeschluss zu fassen:

1. Der von der Geschäftsführerin der Mitteldeutschen Multimediazentrum Halle GmbH vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2004 wird in der von der Wirtschaftsprüferin Dipl. oec. Petra Borchers geprüften und am 20.09.2005 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresfehlbetrag beträgt	125.825,27 €
Die Bilanzsumme beträgt	16.308.988,96 €.

2. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 125.825,27 € wird auf das Jahr 2005 vorgetragen.
3. Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden für das Geschäftsjahr 2004 entlastet.

---

### zu 5.3 Feststellung Jahresabschluss 2005 der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH Vorlage: IV/2006/05878

---

Herr Prof. Schuh, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, fragte, ob noch eine Beschlussfähigkeit besteht, wenn einige Stadtratsmitglieder den Raum verlassen müssen. Er bat um Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, stellte die Beschlussfähigkeit fest. Zurzeit sind 40 Stadträtinnen und Stadträte anwesend.

Herr Prof. Schuh stellte den Antrag, dass der erzeugte Bilanzüberschuss der GWG ausgeschüttet wird, wenn keine entsprechende Begründung geliefert wird.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler erwiderte, es ist nicht so, dass die Stadt kein Geld braucht. Es geht um die Frage der Verzinsung des Kapitals, was zur Verfügung gestellt wurde. Da dies insgesamt neu geregelt werden soll, wurde in diesem Jahr nicht Einfluss auf die Unternehmen genommen. Die Stadtverwaltung ist mit den Unternehmen in Beratung, wie es in Zukunft gehandhabt wird. Sie empfiehlt nicht, schnell etwas zu ändern, weil die Gesellschaft für die nächste Zeit einige andere Vorstellungen hat. So z. B. zum Erwerb von Immobilien von der Stadtverwaltung.

Herr Prof. Schuh fragte, dass doch die HWG Immobilien von der Stadt kaufen wollte. Wenn die GWG auch Immobilien kaufen will, werde er den Antrag nicht stellen. Machte aber den Stadtrat darauf aufmerksam, dass es nicht sein kann, dass eine Firma Überschuss hat und weiter in sich investiert und die Stadt kein Geld hat.

Herr Bönisch, Fraktion der CDU, bat darum, im nächsten Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften, im September, eine Zusammenstellung vorzulegen, um wie viel Rücklagen es sich handelt, über die wir als Stadt als Gesellschafter von Unternehmen verfügen könnten und welche Konsequenzen es für die Stadt hätte.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Folgende Mitglieder des Stadtrates haben gem. § 31 GO LSA an der Abstimmung nicht teilgenommen:

Herr Misch, Fraktion der CDU  
Herr Zeidler, Fraktion der SPD  
Herr Dr. Meerheim, Fraktion Die Linkspartei. PDS  
Herr Schuster, Fraktionsgemeinschaft FDP + GRAUE + WG VS 90

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

**Beschluss:**

Die Oberbürgermeisterin als Vertreterin der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) wird ermächtigt, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der vom Geschäftsführer der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2005 wird in der von der WIBERA Wirtschaftsberatung AG geprüften und am 21.04.2006 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresüberschuss beträgt: 6.636.091,21 €  
Die Bilanzsumme beträgt: 356.664.238,10 €

2. Nach vorgenommener Einstellung von 10 % des Jahresüberschusses in die satzungsgemäßen Rücklagen wird der Bilanzgewinn in Höhe von 5.972.482,09 € der anderen Gewinnrücklage zugeführt.
3. Dem Geschäftsführer der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH, Herrn Udo Mittinger wird für das Geschäftsjahr 2005 Entlastung erteilt.
4. Dem Aufsichtsrat der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH wird für das Geschäftsjahr 2005 Entlastung erteilt.

---

zu 5.4      **Feststellung Jahresabschluss 2005 der Halleschen Wohnungsgesellschaft mbH**  
                 **Vorlage: IV/2006/05879**

---

Es gab keine Wortmeldungen.

Folgende Mitglieder des Stadtrates haben gem. § 31 GO LSA an der Abstimmung nicht teilgenommen:

Herr Bauersfeld, Fraktion der CDU  
Frau Tannenberg, Fraktion Die Linkspartei. PDS  
Herr Krause, Fraktion der SPD  
Frau Ewert, Fraktion der SPD

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

## Beschluss:

Die Oberbürgermeisterin als Vertreterin der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) wird ermächtigt, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der von der Geschäftsführung der Halleschen Wohnungsgesellschaft mbH vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2005 wird in der von der Ernst & Young AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüften und am 18.04.2006 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresüberschuss beträgt	1.865.103,95 €
Die Bilanzsumme beträgt	538.858.505,33 €

2. Der nach Einstellung in die satzungsmäßige Rücklage und die Bauerneuerungsrücklage verbleibende Teil des Jahresüberschusses 2005 in Höhe von 1.178.593,55 € wird den anderen Gewinnrücklagen zugeführt.
3. Dem Geschäftsführer der Halleschen Wohnungsgesellschaft mbH, Herrn Dr. Wahlen wird für das Geschäftsjahr 2005 Entlastung erteilt.
4. Dem Aufsichtsrat der Halleschen Wohnungsgesellschaft mbH wird für das Geschäftsjahr 2005 Entlastung erteilt.

---

zu 5.5      **Feststellung Jahresabschluss 2005 der Verwaltungsgesellschaft für Versorgungs- und Verkehrsbetriebe der Stadt Halle (Saale) mbH**  
Vorlage: IV/2006/05882

---

**Frau Weiß, Fraktion der CDU**, stellte fest, dass sich aus dem Konzernabschluss für das „Maya Mare“ ein Defizit für von 2,1 Mio./Jahr ergibt. Die Stadtwerke haben mit 1,9 Mio. Euro Betriebskostenzuschuss geleistet. Sie fragte, ob es Pläne oder Initiativen gibt, um diese Art der wirtschaftlichen Betriebsgestaltung zu ändern.

**Frau Oberbürgermeisterin Häußler** antwortete, dass es zurzeit keine Pläne gibt, mit dem „Maya Mare“ anders umzugehen. Der Aufsichtsrat erwartet vom „Maya Mare“ eine ständige Strategie zur Minderung der Defizite. Grundsätzlich gibt es keine Überlegungen, die Defizite des „Maya Mare“ überhaupt nicht mehr auszugleichen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Folgende Mitglieder des Stadtrates haben gem. § 31 GO LSA an der Abstimmung nicht teilgenommen:

Herr El-Khalil, Fraktion der CDU  
Herr Krause, Fraktion der SPD  
Herr Scholze, Fraktionsgemeinschaft FDP + GRAUE + WG VS 90

## Abstimmungsergebnis:

**mehrheitlich z u g e s t i m m t**

**Beschluss:**

Die Oberbürgermeisterin als Vertreterin der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) wird ermächtigt, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der von der Geschäftsführung der VVV vorgelegte, von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte & Touche GmbH geprüfte und am 28. April 2006 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2005 wird mit

Bilanzsumme	EUR	106.666.145,24
-------------	-----	----------------

Bilanzgewinn	EUR	5.153.214,03
--------------	-----	--------------

festgestellt.

2. Der Bilanzgewinn aus dem Geschäftsjahr 2005 in Höhe von 5.153.214,03 EUR wird in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt.

3. Der von der Geschäftsführung der VVV vorgelegte, von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte & Touche GmbH geprüfte und am 5. Mai 2006 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Konzernabschluss des Geschäftsjahres 2005 wird mit

Bilanzsumme	EUR	1.366.037.463,16
-------------	-----	------------------

Konzern-Bilanzgewinn	EUR	0,00
----------------------	-----	------

festgestellt.

4. Die Mitglieder des Aufsichtsrats werden für das Geschäftsjahr 2005 entlastet.

---

zu 5.6 Zahlung der Verwaltungsgesellschaft für Versorgungs- und Verkehrsbetriebe der Stadt Halle (Saale) mbH zum Zwecke des Abbaus des Altdefizites im städtischen Haushalt  
Vorlage: IV/2006/05883

---

Es gab keine Wortmeldungen.

Folgende Mitglieder des Stadtrates haben gem. § 31 GO LSA an der Abstimmung nicht teilgenommen:

Herr El-Khalil, Fraktion der CDU

Herr Krause, Fraktion der SPD

Herr Scholze, Fraktionsgemeinschaft FDP + GRAUE + WG VS 90

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich z u g e s t i m m t**

**Beschluss:**

Die Oberbürgermeisterin als Vertreterin der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) wird ermächtigt, folgenden Beschluss zu fassen:

Aus der Kapitalrücklage der Verwaltungsgesellschaft für Versorgung- und Verkehrsbetriebe der Stadt Halle (Saale) mbH wird ein Betrag von 5.000.000,00 EUR entnommen und im Monat August 2006 zum Abbau des Altdefizits an die Stadt Halle (Saale) gezahlt.

---

**zu 5.7 Projekt "Frauen-Nacht-Taxi" Halle (Saale)  
Vorlage: IV/2006/05568**

---

Frau Dr. Bergner, Fraktion der CDU, fragte, da mehr über 60-jährige Frauen das Frauen-Nacht-Taxi beanspruchen, ob es eine Umfrage unter den Herren dieses Alters gibt, die vielleicht auch am kulturellen Nachtleben in Halle teilnehmen wollen, wenn es ein Herren-Nacht-Taxi gäbe.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler antwortete, wenn Interesse an dieser Frage besteht, würde sie dies als Anregung aufnehmen.

Frau Dr. Haerting, WIR FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, fügte hinzu, dass dies in den Ausschüssen schon diskutiert wurde und stellte fest, dass es bei dem Frauen-Nacht-Taxi nicht darum geht, dass mehr Bürger die kulturellen Einrichtungen nutzen, sondern sie sicherer nach Hause zu bringen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich z u g e s t i m m t**

**Beschluss:**

Die Anzahl der jährlich bereitgestellten Frauen-Nacht-Taxi-Wertgutscheine wird ab dem Jahr 2006 von 10.000 auf 8.000 Stück reduziert. (Der Geldwert eines Gutscheines beträgt weiterhin 1,50 €.)

---

**zu 5.8 Fortführung der mehrjährigen Projektförderung für die Freien Komödianten in den Jahren 2007 bis 2009  
Vorlage: IV/2006/05850**

**zu 5.8.1 Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zu TOP 5.8 - Fortführung der mehrjährigen Projektförderung für die Freien Komödianten in den Jahren 2007-2009  
Vorlage: IV/2006/05932**

---

Herr Dr. Marquardt, Beigeordneter für Kultur und Bildung, sah kein Problem, den Antrag anzunehmen.

Er wies aber darauf hin, dass, wenn schon die genannten Bedingungen im Punkt 2 konkret im Beschlusstext aufgeführt werden, dann auch der 4. Punkt, nach seinem Ergänzungsvorschlag, mit aufgenommen werden sollte: *Abarbeitung der noch ausstehenden Verwendungsnachweise gegenüber dem Landesverwaltungsamt*. Dieser Punkt wurde schon im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften und Kulturausschuss benannt. Zu der dritten Bedingung unter Punkt 2: „Nachweis eines nachhaltigen Wirtschafts- und Umsetzungskonzeptes für die geplante Förderperiode 2007 - 2009“ fragte er, ob nicht der in der Anlage aufgeführte Finanzplan für die Jahre 2006 - 2009 ausreiche. Dieser erfüllt schon diese Funktion.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, fragte, ob die Änderung zum Änderungsantrag allen vorliegt.

**Dies wurde von den Anwesenden bestätigt.**

**Herr Weiland, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger**, sagte, dass er sich den Änderungsantrag angesehen und die Diskussion im letzten Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften mit Interesse zu diesem Thema verfolgt hat. Dieser gestellte Änderungsantrag steht neben der Verhältnismäßigkeit. So ist bei Punkt 2. der 3. Unterpunkt bereits realisiert. Die Kündigungsoption ist bei der Ausreichung von Fördermitteln jährlich möglich. Die Prüfung der Verwendungsnachweise ist immer Sache der Verwaltung. Für ihn verstärkt sich der Eindruck, dass es darum geht, den Verein zu gängeln, welcher sich hingegen bemüht, als Verein zu überleben. Aus diesem Grund kann er diesem Änderungsantrag nicht zustimmen.

**Frau Oberbürgermeisterin Häußler** sagte, dass sie diese Diskussion auch als überzogen empfindet. Das Land hat sich klar erklärt und einer mehrjährigen Förderung zugestimmt. Sie hält es für die Stadt für nicht erforderlich, die einzelnen Punkte noch einmal zu beschließen.

**Herr Krause, Fraktion der SPD**, fügte hinzu, dass seine Fraktion diesem Änderungsantrag auch nicht zustimmen wird, weil speziell im Punkt 2 schon die Begründung des ursprünglichen Antrages beschrieben ist und in den Beschlusstext geholt wurde. Die Verwaltung hatte zu keiner Zeit die Absicht, anders zu handeln, als in der Begründung beschrieben. Was den 1. Punkt angeht, die jährliche Kündigungsoption, werde im Rahmen einer gewissen Systematik, wenn Fördermittel ausgereicht werden, nachgesehen und so behandelt. Wenn das hier aufgeführt wird, ist das nicht unbedingt von der Stadt ein sinnvolles Signal an die Gläubiger und Sponsoren im Sinne einer sicheren Planung in der Phase bis 2009. Aus diesem Grund lehnt seine Fraktion den Änderungsantrag ab.

**Herr Bönisch, Fraktion der CDU**, sagte, dass seine Fraktion mit dem Antrag der Förderung zustimmt. Was hier als Gefährdung gesehen wird, werde seine Fraktion stärken. Den möglichen Sponsoren und weiteren Förderern soll gezeigt werden, dass man es ernst meint. Dass das zum Teil schon realisiert ist, widerspricht dem aus seiner Sicht überhaupt nicht. Es soll nicht nur ein Beschluss gefasst werden, der die Vermutung offen lässt, dass es keine klare Transparenz gibt. Seine Fraktion schließt sich dem Antrag mit der Ergänzung von Herrn Dr. Marquardt an.

**Herr Kupke, Fraktion der CDU**, begründete seine Zweifel, warum das Geld für 2007 nicht festgelegt werden darf. Er wollte dem heutigen Antrag zustimmen. Aber in einem Schreiben des Beigeordneten für Kultur und Bildung an seinen „Zeit-Geschichte-Verein“ steht geschrieben, dass die Stadt über noch keinen bestätigten Haushalt für das Jahr 2006 verfügt und kann somit für das Jahr 2007 in noch keine Verpflichtung eingehen. Er wollte den 3-Jahres-Vertrag für den Verein durch den Stadtrat verlängern lassen, weil der Nachweis gebraucht wird, dass die Stadt Halle Interesse an ihm hat. Für ihn gibt es also Unterschiede.

**Frau Oberbürgermeisterin Häußler** bestätigte dies und sagte, dass das nur getan werden kann, wenn der Stadtrat dies beschließt. Die Stadtverwaltung kann nicht sagen, dass sie mit ihm wieder den Vertrag machen, weil dies eine Vorwegnahme der Haushaltsdiskussion für 2007 ist. Wenn das gewollt ist, muss das als Beschlussvorlage in den Stadtrat eingebracht werden.

**Unverständliche Zwischenruf (ohne Ton) von Herrn Kupke.**

**Frau Oberbürgermeisterin Häußler** sagte, dass die Diskussion geführt und auf den Stand gebracht wurde. Die Theatrale hätte keine Chance weiter zu machen, wenn sie nicht die Sicherheit für diese Zeit bekäme. Hier sind Gläubiger anhängig, die ihre eigenen Forderungen auf diesen Zeitraum strecken müssen. In dieser Situation ist Herr Kupke mit seinem Verein nicht. Das hier ist ein Sonderfall, welcher in Absprache mit dem Land dem Rat vorgelegt wurde. Wenn für andere Vereine auch diese Probleme bestehen, müssen diese auch behandelt werden. Das Eine sollte man nicht mit dem Anderen in Verquickung bringen.

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion Die Linkspartei. PDS**, wunderte sich darüber, warum es wegen des Änderungsantrages eine Diskussion gibt. Bei Punkt 2 des CDU-Antrages wird aus der Begründung etwas in den Beschlusstext gezogen. Auch der Punkt 1 ist Voraussetzung für jeden Freien Träger in dieser Stadt, damit er für das nächste Jahr wieder eine Förderung bekommt. Dieser muss also den Mittelnachweis erbringen, damit er in der Förderung bleibt. Seine Fraktion wird dem Antrag zustimmen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

**Herr Dr. Marquardt** las vor der Abstimmung nochmals den Ergänzungstext vor:  
**2.4 Abarbeitung der noch ausstehenden Verwendungsnachweise gegenüber dem Landesverwaltungsamt.**

Folgendes Mitglied des Stadtrates hat gem. § 31 GO LSA an der Abstimmung nicht teilgenommen:

Herr Wolter, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger

**Abstimmungsergebnis zu 5.8.1:** **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

**Abstimmungsergebnis zu 5.8:** **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

zu 5.8.1 **Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zu TOP 5.8 - Fortführung der mehrjährigen Projektförderung für die Freien Komödianten in den Jahren 2007-2009**  
Vorlage: IV/2006/05932

---

**Beschluss (in modifizierter Form):**

- 1. Der Stadtrat stimmt unter der Voraussetzung der unter Punkt 2 genannten Bedingungen zu, dass die mehrjährige Projektförderung der Stadt Halle (Saale) für die Freien Komödianten zur Betreibung der Spielstätte theatrale und den Spielbetrieb der Freien Komödianten in den Jahren 2007 bis 2009 (mit jährlicher Kündigungsoption) in Höhe von jährlich 46.000 € fortgesetzt wird.**

2. Die Verwaltung wird beauftragt, erst dann einen rechtsverbindlichen Förderungsvertrag abzuschließen, wenn folgende Punkte von Seiten der Freien Komödianten erfüllt worden sind:
- Vorlage der Verwendungsnachweise 2004 / 2005 und entsprechende Vermerke und Stellungnahmen eines Wirtschaftsprüfers.
  - Auflistung der bestehenden Verbindlichkeiten in Verbindung mit der Vorlage eines realistischen Schuldenabbaukonzeptes.
  - Nachweis eines nachhaltigen Wirtschafts- und Umsetzungskonzeptes für die geplante Förderperiode 2007 -2009.
  - *Abarbeitung der noch ausstehenden Verwendungsnachweise gegenüber dem Landesverwaltungsamt*
- 

zu 5.8 Fortführung der mehrjährigen Projektförderung für die Freien Komödianten in den Jahren 2007 bis 2009  
Vorlage: IV/2006/05850

---

**Beschluss (in modifizierter Form):**

1. Der Stadtrat stimmt unter der Voraussetzung der unter Punkt 2 genannten Bedingungen zu, dass die mehrjährige Projektförderung der Stadt Halle (Saale) für die Freien Komödianten zur **Betreibung der Spielstätte theatrale und den Spielbetrieb der Freien Komödianten in den Jahren 2007 bis 2009 (mit jährlicher Kündigungsoption)** in Höhe von jährlich 46.000 € fortgesetzt wird.
  2. Die Verwaltung wird beauftragt, erst dann einen rechtsverbindlichen Förderungsvertrag abzuschließen, wenn folgende Punkte von Seiten der Freien Komödianten erfüllt worden sind:
    - Vorlage der Verwendungsnachweise 2004 / 2005 und entsprechende Vermerke und Stellungnahmen eines Wirtschaftsprüfers.
    - Auflistung der bestehenden Verbindlichkeiten in Verbindung mit der Vorlage eines realistischen Schuldenabbaukonzeptes.
    - Nachweis eines nachhaltigen Wirtschafts- und Umsetzungskonzeptes für die geplante Förderperiode 2007 -2009.
    - *Abarbeitung der noch ausstehenden Verwendungsnachweise gegenüber dem Landesverwaltungsamt*
- 

zu 5.9 Beitritt zu europäischen Netzwerken auf der Grundlage eines kommunalen Integrationsleitbildes  
Vorlage: IV/2006/05707

---

**Auf Antrag der Fraktion der SPD erfolgt ein wortwörtliches Protokoll:**

---

**Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE**

In den unterschiedlichen Ausschüssen haben wir über diese Vorlage ausführlich diskutiert. Was auch immer wieder zum Tragen kam, war eigentlich, dass so ein bisschen vermisst wurde, dass da eine Zeitplanung, weil man eigentlich, welche Maßnahmen wie zum Ende bringen kann oder wie weiterführen kann. Und eigentlich wurde uns von Frau Schneutzer

versprochen, dass das irgendwie in den Beschlusstext mit eingearbeitet wird, dass der zeitnahe Termin, nahe gearbeitet. Ansonsten ist das nicht sehr fassbar. Jedenfalls wurde das in fast allen Ausschüssen so gesagt und es wurde uns in fast allen Ausschüssen, da ich nun in fast allen Ausschüssen saß, die diese Vorlage behandeln, auch zugesagt, von der Verwaltung, dass das zu mindestens mit in den Beschlusstext eingearbeitet wird.

#### **Herr Dr. Heinrich, Fraktion der CDU**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, sehr Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren, wenn wir heute hier zustimmen, verpflichten wir uns auch u. a. zu diesem: *Die unterzeichnenden Städte verpflichten sich, ihren Haushalt auf solche Weise aufzustellen, dass Einnahmen und Ausgaben die Verwirklichung der in dieser Charta aufgeführten Rechte ermöglichen.* Bei unserer momentanen wirklich sehr schönen Haushaltslage würde ich die Stadtverwaltung mal fragen wollen, wie sie das realisieren möchte.

#### **Frau Oberbürgermeisterin Häußler**

Na ja, ich sag jetzt fast zu allem was, wenn es nötig ist. Selbstverständlich wissen Sie, dass wir in der Haushaltskonsolidierung sind, dass wir einen ganz klaren Plan haben, wann unser Haushalt wieder ausgeglichen ist. Und, so lang wir da eine Übersicht haben, und das darstellen können, denke ich, sind solche Maßnahmen in den Haushaltsplan einstellbar. Wir könnten dann nicht mehr so handeln, wenn wir nicht mehr in der Lage wären, der Gemeindeordnung zu entsprechen und einen Haushalt vorzulegen, der genehmigungsfähig ist. So lange wir das tun können, denke ich, sind wir in der Lage solche Maßnahmen im Haushalt vorzusehen. Wir können das hier ja beschließen, alle miteinander, ob so eine Maßnahme reinkommt oder nicht. **(Unverständliche Zwischenrufe)** Na ja, die, diese Punkte erfüllen. Dann werden die uns eben kritisieren, wenn wir das.

#### **Frau Wolff**

Also Frau Häußler, Ihre Antwort überrascht mich jetzt ein bisschen. Auch in fast allen Ausschüssen wurde gesagt, dass das kostenneutral ist und der Stadt Halle nichts kosten wird. Und deshalb finde ich es jetzt ein bisschen komisch, dass Sie jetzt sagen, dass, was es uns kosten wird. Es wurde ja immer konkret nachgefragt, was es kostet. Es wurde immer gesagt, kostenneutral. Es kostet der Stadt Halle nichts. Es geht nur um den Beitritt.

#### **Frau Bürgermeisterin Szabados**

Ich würde gerne auf Ihre erste Frage erst eingehen wollen, Frau Wolff: Konkrete Untersetzung. Ich habe immer verwiesen auf den im Stadtrat vom 29. 3. 2006 verabschiedeten Migrationsatlas und den Situationsbericht, den wir vorgelegt haben, wo Sie beschlossen haben, dass wir in unserer Migrationsarbeit Schwerpunkte zu setzen haben und mit diesen Schwerpunkten das Integrationskonzept, was schon 2002 der Stadtrat beschlossen hat, umzusetzen haben. Das heißt, wir haben die konkreten Voraussetzungen, um diesen beiden Netzwerken beitreten zu können. Ich hab das immer wieder betont, dass das eigentlich die Voraussetzungen sind, eh man überhaupt erst einmal beitreten kann. Und auf Ihre nächste Frage mit der Kostenneutralität, die Frage von Herrn Heinrich war allgemeiner, und darauf hat die Frau Oberbürgermeisterin geantwortet. Also, dass wir natürlich bei all den Maßnahmen, die wir umsetzen, dass wir da auch die Menschenrechte im Blick haben und, dass natürlich auch in Haushaltsaufstellungen mit zu berücksichtigen haben. Aber, was konkret das Menschenrechtsbüro mit der angegliederten Antidiskriminierungsstelle angeht, da haben wir gesagt, dass erfolgt mit Unterstützung von Bundeseinrichtungen und wir haben ein gut funktionierendes Netzwerk, auf was wir wirklich Stolz sein können, nämlich dieses Netzwerk für Migration, wo unterschiedliche Träger, unterschiedliche Vereine und Verbände und vor allen Dingen die ausländischen Mitbürger und Mitbürgerinnen mitarbeiten. Und auf dieses Netzwerk greifen wir zurück und ich kann mich noch gut erinnern, dass einige Stadträte gesagt haben, aber das wäre doch ganz gut, wenn wir da unmittelbarer mit eingebunden sind. Ich meine, wir haben zwar immer zu bestimmten Veranstaltungen Einladungen ausgesprochen, diesen Einladungen sind nicht alle Fraktionen gefolgt. Aber wir wollen dann für die nächsten

Tische, wenn die sich treffen, noch mal anschreiben die Fraktionen, dass sie sozusagen jemanden benennen, der dann an diesen Tischen mitarbeitet. Das wird jetzt erfolgen. Das werden wir jetzt machen für die nächsten Sitzungen. Also, alles in allem möchte ich wirklich dafür plädieren, dass diesen beiden Netzwerken beigetreten wird. Denn gerade das Netzwerk der Europäischen Konferenz, Städte für Menschenrechte. Das heißt also, dass wir die Achtung der Menschenrechte auch als Leitlinie unserer städtischen Politik sehen. Das wir nicht nur sagen, Menschenrecht, dass ist etwas, dass kann in Europa und im Bund und sonst wo gemacht werden, sondern in unserer wirklich lokalen Politik, das umzusetzen. Ich denke gerade angesichts der Vorkommnisse, die wir jetzt an einigen Stellen haben, denke ich, ist gerade so ein Signal, was aus der Stadt Halle kommt, noch dazu zu einem Jubiläumsjahr, wo wir auch sagen, die internationale Dimension Halles, finde ich, ist es ein gutes Signal und wir haben die Voraussetzungen dazu. Also ich sage es noch mal. Es ist eigentlich umgedreht. Nicht wir schaffen die, sondern wir haben sie, dass wir überhaupt erst in dieses Netzwerk aufgenommen werden können.

### **Herr Bönisch, Fraktion der CDU**

Herr Vorsitzender, Frau Oberbürgermeisterin, meine Damen und Herren, in der Begründung und in dem ganzen Kontext dieses Papiers wird ja immer wieder deutlich, dass wir einen sehr guten Stand haben, was die Anliegen betrifft, die jetzt im Großen und Ganzen da drüber stehen. Insofern war für mich nicht erkennbar, wo Handlungsbedarf besteht. Warum wir jetzt so ein weiteres Zeichen setzen müssen, sozusagen, dass ist jetzt neu, wir sind jetzt in der Lage und wir machen eine gute Politik bezüglich Migrationsproblemen, bezüglich Rassismus usw. Wenn dann an der Beschlussvorlage nicht gesagt wird zu Kosten, dann fällt mir immer so ein, was nichts kostet, ist nichts wert. Das habe ich mal irgendwann gehört. In der Regel stimmt das auch. Wenn man sich dann mal durchliest, was hier drin steht, das steht eben nicht drin, dass wir hier bei unserer Politik, oder nicht nur drin, dass wir bei unserer Politik Wert darauf legen, dass Rassismus keine Chance kriegt. Sondern, hier stehen ganz konkrete Verpflichtungen. Und jetzt können wir natürlich sagen, wir meinen das nichts so, wir meinen nur in Bezug auf Rassismus. Da sind wir gut. Aber die konkreten Verpflichtungen, nehmen wir mal nicht so ernst. haben. Ich möchte mal ein paar zitieren. Ich hab es mir herausgeschrieben, weil ich das in dem dicken Papier nicht gleich wieder finde. Es kommt mit so Kleinigkeiten, fängt es an. Die Stadtverwaltung im Artikel 3, 1: *Die Stadtverwaltungen sorgen in Zusammenarbeit mit anderen Verwaltungsorganen dafür, dass Kinder, die zu sprachlichen Minderheiten gehören, ihre Muttersprache lernen können.* Nicht schlecht. Das klingt nicht schlecht. Aber, wie machen wir das? Wer bezahlt das? Was kostet das? Wir haben, wie gesagt, viele Nationen hier. Wahrscheinlich viele Sprachen. Einzelunterricht oder wie? Artikel 6, 2.: *Die unterzeichnenden Städte verpflichten sich zur Zusammenarbeit mit Gebietskörperschaften in Entwicklungsländern, in den Bereichen Infrastruktur, Umweltschutz, Gesundheit, Bildung und Kultur und beteiligen daran möglichst viele Bürgerinnen und Bürger.* Wie soll das gehen ohne Geld? Artikel 9 Absatz 3: *Die Stadt stellt öffentliche Räume zur Abhaltung von offenen Versammlungen und informellen Treffen zur Verfügung. Sie gewährleistet den freien Zugang aller zu diesen Räumen, unter Beachtung der jeweiligen Vorschriften.* Was machen wir jetzt, wenn die DVU eine Parteiversammlung in der Schule machen will? Steht das hier drin, oder nicht. Es steht drin.

Allen, allen, ungeachtet, wer es ist, steht hier drin. Artikel 11: *Die Bürgerinnen und Bürger haben das Recht über alle Fragen des sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens sowie der Stadtverwaltung informiert zu werden. Hier gelten als einzige Einschränkungen, als einzige Einschränkungen steht hier: der Schutz der Privatsphäre des Einzelnen und Schutz von Kindern und Jugendlichen.* Und unter Punkt 2, da kommt es dann dicke: *Die Stadtverwaltung gewährleistet den Bürgerinnen und Bürgern, und wirklich das im Absatz 1 im Auge habend: den freien und reibungslosen Zugang zu Informationen in transparenter Form.* Da, Prost Mahlzeit.

Wie soll denn das funktionieren, wenn wir wirklich allen Bürgern alle Informationen geben wollen, die nicht gerade durch einzelne Rechte. **(Unverständliche Zwischenrufe)**

Na, dass heißt aber, die können in die Verwaltung gehen und Akteneinsicht nehmen. Das steht hier. Das steht hier. Und wer will denn das gewährleisten? Also das ist doch „Wolkenkuckucksheim“. Stellen Sie sich das mal vor, dass tatsächlich jemand davon Gebrauch macht und sagt, sie haben sich dazu verpflichtet. **(Unverständliche Zwischenrufe)** Ja, da kann man jetzt sagen, ach. **(unverständliche Äußerung von Frau Häußler)** Aber in Wirklichkeit steht das da drin. Als Letztes steht noch drin: *Die unterzeichnenden Städte, das ist Artikel 25, das ist nur eine Auswahl, die unterzeichnenden Städte fördern die außergerichtliche Lösung von zivil-, verwaltungs- und arbeitsrechtlichen Konflikten, in denen sie öffentliche Mechanismen, wie für Mediation, Schlichtungs- und Schiedsverfahren einrichten.* Und das alles ohne Kosten? **(Unverständliche Zwischenrufe)** In allen gerichtlichen Verfahren gibt es diese Schiedsstellen. Wir richten die ein und wir verpflichten uns, diese durchzusetzen. Also, ehrlich gesagt, wir sollten dann, wenn wir schon solche härenen Ansätze verfolgen, aber auch ehrlich bleiben. Und dann sollten wir, wenn wir schon solche Verpflichtungen eingehen wollen, wenn Sie das alle mit Bewusstsein tun wollen, auch angeben, was es kostet.

#### **Frau Oberbürgermeisterin Häußler**

Also, ich bin sehr der Auffassung, dass man das genau überlegen muss, ob man so einem Netzwerk beiträgt und was man damit macht. Aber ich bin sehr dagegen, dass man dieses Papier jetzt einfach nimmt und daraus Schlüsse zieht, die überhaupt nicht zulässig sind. Denn es wird nämlich nicht durch dieses Papier die Gesetzgebung der Bundesrepublik ausgehebelt. Und alles das, was für unsere normalen Regularien gilt, gilt auch danach noch. Wenn das so wäre, würde die ganzen anderen Städte, die schon drin, nicht eingetreten sein und offensichtlich kommen die auch gut damit zurecht. Also, was jetzt hier für eine Polemik entwickelt wird, da muss ich mal ehrlich sagen, kann mich nur wundern. Was soll denn das für ein Ziel haben, Herr Bönisch?

#### **Frau Ewert, Fraktion der SPD**

Herr Bönisch, ich möchte noch einen wichtigen Punkt für uns hinzufügen, warum wir gerade dem zustimmen. Wir, der Ausländerbeirat, hat das empfohlen und wir nehmen diesen Ausländerbeirat sehr, sehr ernst. Der ist für uns nicht nur eine Staffage, sondern der ist für ein Gremium, das wir ernst nehmen, und dessen Empfehlung wir also wirklich bedenken. Wenn Sie das nicht tun, dann sollten Sie sich das überlegen. Was Sie hier für eine Politik machen.

#### **Herr Heinrich**

Meine Frage von vorhin ist leider noch nicht beantwortet worden. In diesem Papier verpflichtet sich die Stadt dafür, für Vollbeschäftigung zu sorgen im Rahmen ihrer Möglichkeiten. In diesem Papier verpflichtet sich die Stadt dazu: *Die Bürgerinnen und Bürger der Stadt genießen den ungehinderten Zugang zu allen städtischen Dienstleistungen von allgemeinem Interesse.* Erst mal eine Definition. Bitte, was ist das? In diesem Papier verpflichtet sich die Stadt Halle, und damit auch die Stadtverwaltung dazu, *die Bürgerinnen und Bürger haben das Recht auf eine geordnete Stadtentwicklung, die ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Wohngebieten, öffentlichen Einrichtungen, Dienstleistungen sowie Grünflächen garantiert.* Frau Oberbürgermeisterin, ich finde das alles sehr schön. Die Formulierungen gefallen mir sehr. Und ich bin auch bereit, zuzustimmen, wenn Sie mir hier die Versicherung geben, dass das dieses, nächstes und übernächstes Jahr finanzierbar ist.

#### **Herr Bönisch**

Frau Ewert, ich gehe ganz konkret auf Sie ein. Sie haben ja den Eindruck erweckt, als würden Sie uns nicht unterstellen wollen, dass wir diese Politik mitgehen würden. Nur geht doch bitte irgendjemand auf die Kostenfrage ein. Und hier steht eindeutig drin in dieser Charta für die Menschenrechte, dass es eine Verpflichtung, die Städte verpflichten sich. Jetzt können wir natürlich anfangen mit heucheln und können sagen: „Na ja, mein Gott, wird ja keiner kontrollieren.“ Aber dann brauchen wir solchen Kokolores nicht zu machen, weil wir dann nämlich genau das gute Anliegen ad absurdum führen.

### **Frau Oberbürgermeisterin Häußler**

Ich würde mal die Charta für Menschenrecht nicht als Kokolores bezeichnen. Und ich will mal eins sagen, wir verpflichten uns, Grundsätzen zu folgen. Bei unserer Stadtpolitik. Und das diese Grundsätze, Grundsätze sind, denen man sich verpflichtet fühlen sollte. Ich glaube, das teilt hier sogar dieser ganze Saal. Und weshalb sollten wir das dann nicht auch öffentlich bekennen. Das heißt ja nicht, dass wir in zwei Jahren alles das 100-%ig erfüllen können. Ich glaube, die ganze Welt denkt darüber nach, ob Vollbeschäftigung noch ein Ziel ist, was wir heute noch ernsthaft formulieren können. Aber das wir dahin streben und alles dafür tun, was wir als Stadt tun können, ich glaube, dass ist unser oberstes Ziel bei unseren allen strategischen Maßnahmen, die wir uns vornehmen. Und deshalb denke ich nicht, dass wir uns in Schwierigkeiten begeben, wenn wir diese Grundsätze zum Grundsatz unseres Handelns machen, ohne dabei ein Bekenntnis abzugeben, dass wir es in den nächsten zwei Jahren tatsächlich erfüllt haben wollen. Aber ich denke, dass geht auch allen anderen so, die dieser Charta beigetreten sind.

### **Herr Krause, Fraktion der CDU**

Also ich staune sowieso, wenn ich die Agenda der Ausschüsse sehe, die dieses Papier passiert hat, was hier für eine Diskussion stattfindet. Aber wenn Sie schon so fleißig daraus zitieren, möchte ich auch ein ganz kurzes Zitat bringen. Hier steht nämlich: *Das Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlichen sozialen und kulturellem Hintergrund ist nicht immer einfach und konfliktfrei. Es gibt ein Klima der Toleranz. Es gilt ein Klima der Toleranz auf allen Seiten zu fördern, in dem Unterschiede nicht nur wahrgenommen, sondern auch ausgehalten werden. Für diese Bemühungen soll das Integrationsleitbild für kulturelle Vielfalt in der Stadt Halle einen orientierenden Rahmen bilden.* Und nichts anderes, Herr Bönisch, soll das sein. – All inklusive aller Verpflichtungen, die da drin stehen. Selbstverständlich.

### **Herr Godenrath, Fraktion der CDU**

Ja, Herr Krause, es ist durch die Ausschüsse durch. Und ich sag mal, bei der ganzen Diskussion, Sie haben es gerade auf den Punkt gebracht, wir beschließen auch ein Integrationsleitbild. Und ich habe im Sozialausschuss darum gebeten, das als erste Lesung erst mal zu behandeln, weil das ist für mich eigentlich neben dem, was jetzt schon genannt wurde, auch ein Knackpunkt. Dieses Leitbild. Wir haben einen Integrationsgipfel, wo eine Diskussion in Gang kommt, mit vielen Gruppen, auch bei Ihnen in der SPD, ist eine bestimmte Diskussion im Gang, wo ich eigentlich sage, wir sollten eigentlich diesen Prozess, der jetzt auf Bundesebene stattfindet, begleiten, ja, die Ergebnisse dort auswerten, auf die Stadt Halle runter brechen und dann ein Integrationsleitbild verfassen. Das ist auch ein Grund, warum ich heute hier nicht zustimmen werde, weil ich glaube, dass Integrationsleitbild, was jetzt vorliegt, ich denke, dass werden wir vielleicht nach der großen bundesweiten Diskussion und auch der Diskussion, die bei Ihnen in der Partei stattfindet, z. B. bei uns, bei Ihnen. Ich habe einen interessanten Artikel in der „Welt“ von Herrn Heil, Ihrem Generalsekretär, gelesen, wo ich wirklich beim Lesen unseres Integrationsleitbildes gedacht habe, also hier sind Bewegungen im Gange, da müssten wir unser Leitbild vielleicht doch in dem einen oder anderen Punkt noch überarbeiten. Also, dass ist für mich, neben den ganzen Beitritten, die hier beschlossen werden, eines mit der Knackpunkte, warum ich sage, heute kann ich dem so nicht zustimmen.

### **Herr Bönisch**

Ich möchte darauf verweisen, dass ich, nur noch mal wiederholen, weil niemand darauf eingeht, bei uns ist es üblich in jeder Beschlussvorlage, die finanziellen Konsequenzen mindestens zu erwähnen. Bei der Psychiatrieplanung steht geschrieben: Können wir jetzt nicht sagen, ist alles ein bisschen unklar. Aber sie werden wenigstens erwähnt. Hier wird überhaupt kein Bezug darauf genommen und so können wir eine Vorlage nicht durchlassen.

### **Herr Dr. Schmidt, Fraktion der SPD**

Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr verehrte Damen und Herren, ich will das Problem vielleicht an einem Beispiel, nämlich einer Wortmeldung von Herrn Heinrich, illustrieren. Herr Heinrich hat drei Ziele dieser Charta genannt, nämlich für Vollbeschäftigung sorgen im Rahmen der Möglichkeiten der Stadt, freien Zugang zu öffentlich interessierenden Informationen geben und geordnete Entwicklung der räumlichen Struktur des Stadtgebietes. Diese drei Dinge sind durch Bundes- und Landesgesetzgebung sowie durch Institutionen, ich nenne die Agentur für Arbeit hier als Beispiel, eine gewaltige Institution des Strebens nach Vollbeschäftigung, 90 000 Beschäftigten, umfassend in der Rechtsordnung der Bundesrepublik beschrieben. Umfassend. Alles, was da drin steht, in diesem Papier, ist Arbeitsaufgabe und es ist darüber hinaus - komme ich auf die drei Beispiele zurück - Inhalt aller Wahlprogramme aller hier im Stadtrat vertretenen Fraktionen gewesen. Wir sind alle selbstverständlich dafür, dass wir einen Flächennutzungsplan haben und, dass bei uns nicht wild gebaut wird. Selbstverständlich steht in jedem Wahlprogramm, jeder hier vertretenen Partei, ganz oben, Arbeit, ganz deutlich drin, und es gibt eine Bundesgesetzgebung zum Zugang auf Informationen, auf die wir alle heftig hingewirkt haben. Die wird in den Verwaltungen der Bundesrepublik, kann man gelegentlich in der Presse nachlesen, unterschiedlich nachlesen, aber die ist - die gilt für die Bundesverwaltung, **(Unverständliche Zwischenrufe)** Dass ist aber nicht gut, weil in der selbst verwalteten Kommune, und so lese ich die Gemeindeordnung, wo die Mitglieder der Gemeinde sich selber verwalten, haben sie selbstverständlich Zugang zu den entsprechenden Informationen und die Verwaltung immer eine Auskunftspflicht, wo es sich um öffentlich interessierende Informationen handelt. Und ich denke, dass wird auch in der Verwaltung so gehandhabt. Diese, darauf will ich nur hinweisen, natürlich, da können Sie drunter schreiben, die Kosten betragen im Jahr ungefähr 450 Millionen. Nämlich den städtischen Haushalt. 450 Mio. Euro. Weil nämlich die Kosten, die Kosten, dessen ist, was wir tun. Verwaltung einer Gemeinde zum Wohle der Menschen.

### **Herr Wehrich, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger**

Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte lediglich noch einmal auf zwei Dinge hinweisen. Einmal, wir beschließen hier heute lediglich über den Beitritt zu diesen Netzwerken. Wir beschließen noch nicht über das Integrationsleitbild. Wir sagen nur, auf der Grundlage des Integrationsleitbildes treten wir dem Netzwerk bei. Das ist was anderes, als über das Integrationsleitbild an sich zu beschließen. Das können Sie ja durchaus noch mal zur Diskussion stellen. Das ist ja absolut Ihr gutes Recht. Aber das ist jetzt nicht hier Sinn und Zweck dieser Beschlussvorlage. Und dann noch mal zu der Vorlage an sich. Wir reden hier über diese Selbstverpflichtung und ich muss doch noch mal deutlich darauf hinweisen, dass alles, was wir hier beschließen, lediglich eine Absichtserklärung ist. Die Stadt Halle macht eine Selbstverpflichtung und sagt, wir werden alles dafür tun, diese Punkte zu erfüllen, diesen Punkten zu entsprechen, die hier in diesem Papier stehen. Aber niemand hat dadurch ein einklagbares Recht, dass, wenn wir einzelne Punkte nicht erfüllen. Ich. **(Zwischenruf)** Nein, dass ist keine Heuchelei. **(Unverständlicher Zwischenruf des Herrn Heinrich)**

Herr Heinrich, auch Ihnen muss ich die Angst durchaus nehmen, dass Irgendjemand kommt und dann einklagt, irgendwelche Dinge, die Sie hier vorgetragen haben. Wir müssen es, brauchen es doch, wir müssen es beschließen, weil wir einfach ein Zeichen setzen. Wir setzen ein Zeichen, dass wir diesen, dass wir unsere Arbeit gegen Rassismus einfach ernst nehmen und deswegen in diesem Netzwerken, auf dieser Grundlage dieses Papiers, beitreten. Nichts anderes beschließen wir doch hier. Und das ist doch das, was wir nach außen setzen. Im Übrigen will ich darauf hinweisen, das auch den finanziellen Aspekt betreffend, dass wir auf der Grundlage dieser Beschlüsse durchaus auch an Mittel rankommen. Das es leichter wird, bestimmte Fördermittel zu beantragen, dass ist hier der entscheidende Punkt. Und nicht, dass es uns irgendwelche Gelder kostet. Und deswegen möchte ich noch mal nachdrücklich dafür plädieren, diesem Beschlussvorschlag zuzustimmen. Dankeschön.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**

Gut. Viele Meinungen liegen auf dem Tisch. Ich denke, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor und Sie sind abstimmungsbereit. Wer dieser Beschlussvorlage 5.9. **(Mehrere Zwischenrufe** Offensichtlich wird über... Frau Bürgermeisterin?

**Frau Bürgermeisterin Szabados**

Ich muss es noch einmal sagen. Es bestehen keine unmittelbaren finanziellen Konsequenzen mit dem Beitritt zu den beiden Netzwerken. Das heißt, man muss dort keine Mitgliedsbeiträge zahlen oder ähnliches. Und diese Integrationsleitstelle, dieses Menschenrechtsbüro, was wir hier einrichten wollen, das wird mitgetragen über die Migrationsbeauftragte. Also, das heißt, hier steht Menschenrechtsbüro mit angegliederter Antidiskriminierungsstelle. Das wird dort mit angegliedert. Das heißt, es bestehen keine unmittelbaren Kosten. Was Sie jetzt meinen mit Umsetzungen in einzelnen Bereichen, das muss dann jedes mal dann diskutiert werden, wenn wir in der Haushaltsdiskussion sind, wenn bestimmte Beschlüsse gefasst werden. Dann, mit dieser Selbstverpflichtung muss man darüber reden, ob dann irgendwelche Folgekosten entstehen. Aber erst mal mit dem Beitritt nicht.

**Herr Bartl**

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wer dieser Beschlussvorlage folgen kann, den bitte ich um sein Handzeichen. Das sieht nach klarer Mehrheit aus. Damit ist die Beschlussvorlage angenommen. **(Unverständlicher Zwischenruf)** Die Nein-Stimmen bitte! Herr Lange, sehen Sie. Und jetzt die Enthaltungen. Die Enthaltungen. Alles gesehen? Gut? Damit ist die Beschlussvorlage angenommen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

---

**Ende des wortwörtlichen Protokolls**

---

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich z u g e s t i m m t**

**Beschluss:**

1. Die Stadt tritt dem „Netzwerk der Europäischen Konferenz Städte für Menschenrechte“ bei.
  2. Die Stadt tritt auf Grundlage des Integrationsleitbildes für kulturelle Vielfalt dem Netzwerk der „Europäischen Koalition Städte gegen Rassismus“ bei.
- 

**zu 5.10 Fortschreibung Psychiatrieplanung der Stadt Halle 2006  
Vorlage: IV/2006/05713**

---

**Frau Bürgermeisterin Szabados**, gab Herrn Bönisch den Hinweis, dass auf der Seite 9, unter intensiv betreutem Wohnen für psychisch Kranke, die „Paul-Riebeck-Stiftung“ erwähnt wird.

**Herr Bönisch, Fraktion der CDU**, wies auf die Begründung, 3. Absatz, hin, wo steht, *basierend auf der großen Vielfalt der Psychiatrieangebote*. Das habe nichts damit zu tun, wer der Träger ist.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich z u g e s t i m m t**

**Beschluss:**

1. Der Stadtrat beschließt die vorliegende Fortschreibung der Psychiatrieplanung der Stadt Halle.
  2. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, die aufgezeigten Handlungsempfehlungen umzusetzen.
  3. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, das gegenwärtige psychiatrische Hilfesystem zu optimieren und es effizienter auf die Erfordernisse von chronisch psychisch Kranken mit komplexem Hilfebedarf auszurichten. Angestrebt wird die Form von Leistungserbringer-Verbänden mit vertraglich gesicherter Versorgungsverpflichtung. Die Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft (PSAG) Halle/Saalkreis soll die Verwaltung als fachliches Gremium unterstützen.
  4. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung als Rehabilitationsträger im Sinne des SGB IX Verhandlungen mit den anderen Rehabilitationsträgern zur Bildung einer regionalen Arbeitsgemeinschaft zu führen. Beispielhaft erprobt werden soll dies durch das Equal-Teilprojekt der TSE gGmbH „Beratung, personenzentrierte Betreuung und Planung“.
  5. Die Verwaltung soll dem Stadtrat 2010 über den aktuellen Entwicklungsstand berichten.
- 

**zu 5.11    Beschluss zur Bildung eines Zweckverbandes für die gemeinsame Flächennutzungsplanung im Stadtumland Halle  
Vorlage: IV/2006/05874**

---

**Herr Dr. Köck, Fraktion Die Linkspartei, PDS**, sagte, dass seine Fraktion ausdrücklich den Vorbemerkungen der Vorlage zustimmt. Seine Fraktion hat aber andere Vorstellungen, wie die Probleme auch gelöst werden können, was auch versucht wurde, im Landtag offen zu halten. Zur Verbandssatzung und Zweckverbandssatzung sagte er, dass hier deutlich wird, dass wiederum die zentrale Kraft der Stadt Halle von den Umlandgemeinden in Anspruch genommen wird.

Bei den anfallenden Kosten würden 65 Prozent auf die Umlandgemeinden fallen und 35 Prozent auf die Stadt Halle. Nur 50 Prozent der Kosten nach den Stimmanteilen werden von der Stadt Halle getragen. Bei diesen Stimmanteilen ist es selbstverständlich, dass die Stadt Halle dem Umland entgegenkommt und auf 15 Prozent ihrer Stimmanteile, die ihr nach Bevölkerungszahl zustehen würden, verzichtet. Er bekenne sich dazu.

Aber bei Stimmgleichheit gilt eine Vorlage als abgelehnt. Das heißt, eine Allianz gegen die Stadt Halle braucht nur die Umlandgemeinden hinter sich zu versammeln. Dies fällt nach der heutigen Lage leicht. Aus diesem Grunde ist besonders wichtig, dass diese Satzung Angaben zu der Rechtsgrundlage, also des kommunalen Neugliederungsgesetzes, enthält. Dies ist die eigentliche Grundlage, warum dieser Zweckverband überhaupt gebildet werden muss. Abgeschrieben wurde, dass die Übertragung weiterer Aufgaben angestrebt werden soll. Diese haben mit dieser Satzung nichts zu tun. Hier geht es um die gemeinsame Bauleitplanung. Jede weitere Aufgabe in diesem Zweckverband bedarf einer neuen Satzung. Die Verbandsorgane sind nicht ausgerichtet, diese Arbeit zu machen. Es müsste ein Verbandsausschuss gebildet werden, in dem ein kleiner Kreis über strittige Fragen diskutiert. Bei den Verbandsversammlungen fehlen die Festlegungen zum Status der Vertreter. Aus dem Kontext ergibt sich, dass dies gewählte Abgeordnete sind. Aber dies steht nirgendwo. Bei den Aufgaben

der Verbandsversammlung sind viele enthalten, die nicht in diesen Aufgabenbereich fallen. Weiterhin wäre es notwendig, für den Verbandsführer und die Geschäftsstelle einen hauptamtlichen Geschäftsführer einzustellen. Diese müssten den Ausgleich zwischen den Partnern herbeiführen. Auch eine Vergabe an Dritte ist nicht geregelt. Auf Grund dieser aufgeführten Fehler müsste die Verbandsversammlung abgelehnt werden. Da man vom Land aber unter Druck gesetzt wurde, bleibe nichts anderes übrig, als für eine großflächige Eingemeindung zu stimmen.

**Herr Wehrich, WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger**, brachte für sich ganz persönlich zum Ausdruck, dass er dieser Beschlussvorlage nicht zustimmen kann, weil neben den inhaltlichen Schwächen der Satzung an sich die Zweckverbände generell ein untaugliches Mittel dafür sind, die Stadtumlandprobleme in Halle zu lösen. Er plädierte dafür, dass sich die Stadt Halle dahinter stellt. Seiner Meinung nach muss das Land dazu gezwungen werden, diesen Zweckverband einzurichten und die Stadt Halle erst einmal prüfen lässt, ob es zulässig ist, dass in die verfassungsmäßig garantierten Rechte der Stadt Halle eingegriffen wird. Die kommunale Selbstverwaltungsgarantie ist eins der höchsten grundsätzlichen Rechte, die das Grundgesetz garantiert. Mit diesem kommunalen Neugliederungsgesetz wird in einer Art und Weise eingegriffen, die verfassungsmäßig nicht zulässig ist.

**Herr Bönisch, Fraktion der CDU**, sagte, dass das nicht die Lösung der Stadtumlandproblematik ist. Es gab nur die Alternative, die Gesetzgebung zu erfüllen. Die Satzung ist Verhandlungsgegenstand und Verhandlungslösung mit denen umgegangen werden kann. Wenn es zu Aussagen über Zwangseingemeindungen, dann im Resultat dieser Verfahrensweise.

**Herr Scholze, Fraktionsgemeinschaft FDP + GRAUE + WG VS 90**, meinte, genau an dieser Stelle hat die Stadt die Möglichkeit, Kommunalpolitik zu machen. Die Vorschreibung des Gesetzes ist keine Optimallösung, sondern eine Hilfskonstruktion, um zu Eingemeindungen zu kommen. Fakt ist, dass Umlandgemeinden durch einen Zweckverband wertvolle kommunale Selbstverwaltung in den Verband geben. In vielen Umlandgemeinden gibt es nicht die Erkenntnis, dass man mit der Stadt Halle zusammen arbeiten kann und muss. Diese lassen alles auf sich zukommen, damit sie sich in ihrer Gemeinde darüber rechtfertigen können, dass sie nie so einen Beschluss gefasst haben. Es ist gut, dass sich die Stadt Halle entschlossen hat, das Gesetz umzusetzen und das Handeln nicht aus der Hand zu geben.

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion Die Linkspartei. PDS**, bemerkte, dass auf die Fragen von Herrn Dr. Köck bisher nicht geantwortet wurde. Es gab Hinweise dazu, dass manches in der Satzung gar nicht rechtlich zulässig ist.

**Frau Oberbürgermeisterin Häußler** antwortete, dass die Satzung durch einen Rechtsanwalt, den die kleineren Gemeinden beauftragt hatten, erarbeitet wurde. Nach einer Diskussion hat das Ministerium die Satzung auch noch begutachtet. Die Stadtverwaltung hat ihre Position in der Satzung für den Fall gesichert, dass diese zur Anwendung kommt. Die ursprüngliche Kostenbeteiligung sollte nach der Bevölkerungsanzahl gehen. Das hat sich zu unseren Gunsten geändert. Weiterhin sagte sie, dass es so aussehe, dass das Ministerium ein Gesetz für den Zwangsverband vorbereite, welcher im 2. Halbjahr sicherlich kommt. Sie bat Herrn Dr. Köck, wenn er Einzelheiten sehe, welche aus seiner Sicht nicht richtig sind, schriftlich aufzuführen. Wenn diese rechtens sind, werden sie in die Satzung noch eingearbeitet.

**Herr Wehrich** wies ergänzend darauf hin, dass in dieser Beschlussvorlage die finanziellen Folgen noch nicht absehbar sind. Nach der vorhergegangenen Diskussion müsste die Fraktion der CDU diese auch ablehnen.

**Herr Dr. Köck** sagte, dass man dem Stadtumlandverband Frankfurt naheifer. Dort ist das Gesetz vor 5 Jahren, ausdrücklich mit dem Ziel der gemeinsamen Flächennutzungsplanung, verabschiedet worden. Es wurde auf unbestimmte Zeit verlängert. Er stimmte den Worten von **Herrn Wehrich** zu, dass versucht werden sollte umzugestalten, bevor viel Zeit und Geld investiert wird.

**Herr Koehn, Fraktion der SPD**, betonte, dass seine Fraktion diesen Beschluss für notwendig, aber auch für überflüssig hält, weil keine andere Chance gesehen wird, da das Land nicht in der Schiene fährt, wo die Stadt hinkommen will. Nämlich, die tatsächliche Stärkung der Stadt Halle durch Eingemeindungen. Da vom Gesetzgeber dieser Weg aufgezeigt ist mit den Mehrheiten, die im Landtag sind, könne man sich nicht dagegen stemmen, weil damit die Zukunft auf der anderen Seite verbaut wird. Aus diesem Grund wird seine Fraktion der Vorlage zustimmen.

**Herr Dr. Eigenfeld, Fraktion der SPD**, bemerkte, dass es schon in den 90-er Jahren im Stadtrat eine große Mehrheit gab, die dafür war, dass Land zu bitten, eine Lösung zu finden, die auch eine finanzielle Stärkung der Stadt Halle beinhaltet. Bisher bezahlte die Stadt vieles, was auch durch das Umfeld genutzt wird. Seit Jahren bezahlen wir diese Gelder und die Folgen sehen wir am Haushalt, da wir an die Grenzen kommen, ohne, dass wir bisher einen Ausgleich gehabt haben. In der vorliegenden Vorlage sind keine finanziellen Inhalte und sie bringt uns keinerlei Vorteile in diesem Sinne. Er kann der Vorlage nicht zustimmen, da dies keine optimale Lösung für die Stadt ist.

**Herr Weiland, WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger**, sagte, dass er die Vorgehensweise und die Vorlage für unfug hält. Es muss aber zur Kenntnis genommen werden, dass ein nicht geeignetes Mittel vorgeschlagen wurde, um die Stadtumlandproblematik zu lösen. Die dazugehörenden Gutachten sind offensichtlich nicht zur Kenntnis genommen worden und die eindeutigen Stellungnahmen der Stadt wurden nicht berücksichtigt. Es gibt das Gesetz, was jetzt zu diesem Zweckverband führen soll. Die Stadtumlandproblematik in Halle hängt aber schon seit der ersten Gemeindereform 1993 in Sachsen-Anhalt. Das Nachbarland Sachsen hat bereits die zweite Gebietsreform durchgeführt und die Stadt Leipzig wurde dabei ausreichend bedacht. Diese ist unmittelbarer Gegenpart zu Halle. Die jetzige Situation ist in der Konkurrenz zum Nachbarland und der Stadt Leipzig einfach unproduktiv für unsere Stadt und wird für das Land Sachsen-Anhalt negative Folgen haben. Es bleibt uns nichts weiter übrig, als diesem Zweckverband als anerkannt untaugliches Mittel erst einmal zuzustimmen, um letztendlich in der Diskussion zu erreichen, dass bei dem Gesetzgeber im Land eine Einsicht entsteht, die sich letztendlich zu Gunsten unserer Stadt bei weiteren Beschlussfassungen auswirken wird.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich z u g e s t i m m t**

**Beschluss:**

**Der Stadtrat stimmt der Gründung des Zweckverbandes „Region Halle“ mit der als Anlage 1 beigefügten Verbandssatzung zu.**

---

**zu 5.12 Vergabe von zwei Straßennamen**  
**Vorlage: IV/2006/05885**

---

Es gab keine Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

**Beschluss:**

**Die Straßennamen Malachitweg und Onyxweg für die beiden Straßen im Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 32.9 in Heide-Süd werden bestätigt.**

---

**zu 5.13 Umbenennung von Straßenbahnhaltstellen**  
**Vorlage: IV/2006/05918**

---

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, informierte nochmals über die vorliegende Austauschvorlage.

**Frau Dr. Haerting, WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger**, fand es unzureichend, dass diese Vorlage nur in der Beigeordnetenkonferenz behandelt wurde und jetzt dem Stadtrat vorliegt. Im Ausschuss für Planungsangelegenheiten hätte es dazu lediglich nur eine Information gegeben. Sie fragte die Verwaltung, was die Kriterien für die herausragenden öffentlichen Einrichtungen sind. Aus der Begründung sehe sie, dass das Einrichtungen sind, die den Antrag gestellt haben und mit einem Titel bedacht wurden, der zu einer eigenen Haltestelle führt. Wie werde mit den weiteren Antragstellern umgegangen?

**Herr Dr. Pohlack, Beigeordneter für Planen, Bauen und Straßenverkehr**, sagte, dass man die heutige Vorlage nicht ohne Zusammenhang zu dem schon Beschlossenen sehen darf. Der Rat hat sich im Januar auf die Verfahrensweise verständigt, dass von den Interessenten an uns Anträge gestellt und diese im Ausschuss für Planungsangelegenheiten beraten werden. Man stehe insofern unter zeitlichem Engpass, weil sich darauf geeinigt wurde, dass eine Umbenennung von Straßenhaltstellennamen nur zur Fahrplanänderung erfolgen kann. Es gab keine Anträge, die im Ausschuss für Planungsangelegenheiten diskutiert werden konnten. So wurden die bekannten Antragsteller noch einmal zu einem Antrag aufgefordert, so dass diese Vorlage zustande kam. Es ist ohne weiteres möglich, dass sich in der nächsten Fahrplanperiode weitere Antragsteller zu diesem Anliegen melden. In der vorhergehenden Beschlussfassung verständigte man sich darauf, dass die HAVAG mit den Antragstellern verhandelt, in welcher Höhe sie die Kosten für die Umbenennung ihrer Einrichtungen tragen. Das ist der nächste Schritt, nach dem der Stadtrat die beabsichtigten Namensänderungen akzeptiert, unter dem Gesichtspunkt, dass es Namen und Einrichtungen sind, die für den Kunden, der sich in der Straßenbahn bewegt, eine besondere informative Bedeutung hat.

**Herr Bönisch, Fraktion der CDU**, griff die Frage auf, wie entschieden wird, wenn sich für eine Haltestelle mehrere Bewerber interessieren. Gibt es da Vorgaben?

**Herr Dr. Pohlack** antwortete, dass dies im Einzelfall einer Abwägung durch die Stadt und den Stadtrat bedarf. Im Moment ist das nicht der Fall und habe deshalb keine Bedeutung, darüber zu spekulieren. Vielleicht bei der nächsten Änderung des Fahrplanes.

**Frau Dr. Haerting** fand, dass es für die nächste Fahrplanperiode von Bedeutung ist, wer seine Haltestelle bekommt und wer nicht. Genau aus diesem Grund sollte über diese Prinzipien diskutiert werden. Sie fand es nicht verkehrt, dass der Stadtrat entscheidet, welche Einrichtungen die herausragend öffentlichen sind. Da keine Zeit zur Beratung da ist, schlug sie vor, den Weinbergcampus, das Universitätsklinikum, das Landesmuseum und die Franckeschen Stiftungen zu beschließen und bis zur nächsten Fahrplanperiode die weiteren Einrichtungen zu beraten.

**Frau Bürgermeisterin Szabados** erinnerte daran, dass es einen langen Verfahrensweg, bevor es im Stadtrat beschlossen wird, gegeben hat. Die ersten, die einen solchen Antrag stellten und schon lange in der Wartekette sind, sind die Kliniken Bergmannstrost. Sie wehrt sich dagegen, wenn diese Einrichtung nochmals ein Jahr warten soll. Die, die hier auf der Liste stehen, sind die, die sich gemeldet haben. Dass das Kommende in den Ausschüssen ausdiskutiert wird, ist unbenommen.

**Herr El-Khalil, Fraktion der CDU**, stellte den **Geschäftsordnungsantrag** zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis zum GO-Antrag:**                      **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

**Abstimmungsergebnis zum TOP:**                      **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

**Beschluss:**

**Der Stadtrat stellt fest, dass es sich bei den Einrichtungen**

- Diakoniewerk
- Klinik Bergmannstrost
- Böllberger Kirche
- Weinberg campus
- Universitätsklinikum-Heide
- Landesmuseum für Vorgeschichte
- Franckesche Stiftungen

um herausragende öffentliche Einrichtungen im Stadtgebiet von Halle gemäß Stadtratsbeschluss Nr. IV/2005/0561 vom 14.12.2005 handelt und bestätigt die Namensregelung dieser Haltestellen.

---

**zu 5.14    Information zu Mehrausgaben für die Baumaßnahme Ausbau Weststraße  
              einschl. Brückenbauwerk  
              Antrag auf überplanmäßige Haushaltsmittel  
              Vorlage: IV/2006/05598**

---

**Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE**, fragte, wie eine Gutachterplanung im Planungsamt abläuft, wenn ein Grunderwerb und eine Entschädigungsleistung von 15 TEuro auf 297,5 TEuro ansteigen. Auf Nachfragen in den Ausschüssen war man nicht in der Lage, die Zahlen aus den Beschlussvorlagen zu begründen. Es sollte in der Öffentlichkeit etwas zu den Zahlen gesagt werden.

**Herr Wehrich, WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger**, fragte, ob der Gutachter in Regress genommen wurde, wegen des falschen Bodengutachtens. Hierbei sind Mehrkosten entstanden. Weiterhin zitierte er, dass erst im Zuge der Bauausführung die festgestellte Kontamination im Bereich des Straßenkörpers eine massive Kostenerhöhung war. Er fragte, ob es nicht im Altlastenvertrag enthalten ist und warum dies erst im Zuge der Bauausführung festgestellt wurde.

**Herr Dr. Pohlack, Beigeordneter für Planen, Bauen und Straßenverkehr**, ging auf die beiden unterschiedlichen Fragen zusammenhängend und grundsätzlich ein. Gegenstand der Beschlussvorlage ist eine Information über das Zustandekommen. In den Ausschüssen wurde darüber sehr ausführlich berichtet. Was beschlossen werden soll, ist der Antrag auf überplanmäßige Haushaltsmittel in der Größenordnung, wie unter Punkt 1 und im Deckungsvorschlag zu Punkt 2 benannt. Auf die Fragen von Frau Wolff eingehend, antwortete er, dass das hier vorliegende Problem eine ganz andere Struktur hat. Das Stadtplanungsamt plane dies nicht, sondern es ist Sache des Tiefbauamtes. Der wesentliche Punkt in der Begründung ist der, dass es sich hier um eine attraktive, hoch geförderte Baumaßnahmen gehandelt hat, wo die Stadt das Angebot erhalten hat, davon zu profitieren. Die zu engen zeitlichen Rahmenvorgaben von Seiten des Fördermittelgebers sollten eingehalten werden. Also war von vornherein klar, was in der damaligen Diskussion im Stadtrat von Seiten des Tiefbauamtes gesagt wurde, dass unter diesen zeitlichen Rahmenbedingungen eine Baumaßnahme nicht ausreichend vorbereitet werden konnte. Eine fast logische Konsequenz daraus ist, dass das Bodengutachten auch Lücken hat. Die Tatsache, dass die Stadt keine unangemessenen Mehrkosten hatte, ergibt sich daraus, dass bei solchen geförderten Maßnahmen, die Überprüfung dem Landesbaubetrieb unterliegt. Dieser hat im Zuge der Überprüfung der Kostenerhöhung festgestellt, dass diese für diese Situation angemessen sind. Deshalb wurden wir in der Förderung nachträglich so ausgestattet, als wären diese Kosten von vornherein bekannt gewesen.

**Herr Wolter, WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger**, bezog sich, wie **Frau Wolff** darauf, dass in den Ausschüssen nicht grundsätzlich und endgültig Antworten vorgelegt wurden. Er hätte erwartet, dass heute, vielleicht als Tischvorlage, eine Finanzierung der letzten vier Jahre, in Jahresscheiben aufgelistet, nachvollziehbar nach Haushaltsstellen, vorliegt. Am 4.8.2006 stand im Amtsblatt auf der Tagesordnung der TOP „Nachträge Weststraße“ des Ausschusses für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben. Er fragte, ob es denn noch mehr Ausgaben gibt, die im Haushalt eingestellt werden müssen.

**Herr Dr. Pohlack** antwortete, dass es eine Davon-Position ist. Er erinnerte an die Diskussion im Ausschuss, wo dargestellt wurde, dass im Laufe der Haushaltsplanungen der Jahre 2003-2005 die Planansätze entsprechend der zunehmend bekannt werdenden Kostenveränderungen korrigiert wurden. Hier liegt jetzt die Gegenüberstellung vor, von den ursprünglichen veranschlagten Kosten zu dem, was tatsächlich am Ende steht.

**Frau Wolff** betonte, dass die vorgelegten Zahlen nicht nachvollziehbar sind. Es ist nicht Aufgabe der Stadträte, die Zahlen zusätzlich herauszusuchen, die in der Begründung genannt werden. Diese müssen vorliegen.

**Herr Dr. Pohlack** hielt dagegen, dass dieser Vorwurf auch schon im letzten Ausschuss kam. Daraufhin wurden die Zahlen mit allen Haushaltsansätzen überprüft. Wenn gewünscht, werden diese Zahlen exakt im nächsten Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben erläutert.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich z u g e s t i m m t**

**Beschluss:**

**1. Der Stadtrat beschließt:**

die überplanmäßige Mehrausgabe für die Baumaßnahme Ausbau Weststraße einschl. Brückenbauwerk in Höhe von 594.900 EUR.

**2. Die Deckung der Mehrausgaben erfolgt durch Zuweisungen vom Land in Höhe von 158.100 EUR und Minderausgaben in Höhe von 436.800 EUR.**

---

zu 5.15    **Bebauungsplan Nr. 50 Opernhaus/Unterberg - Abwägungsbeschluss  
Vorlage: IV/2006/05837**

---

Wortmeldungen gab es nicht.

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich z u g e s t i m m t**

**Beschluss:**

- 1. Den Entscheidungsvorschlägen der Verwaltung über die Behandlung der vorgebrachten Anregungen zum Bebauungsplan Nr. 50 Opernhaus/ Unterplan wird zugestimmt**
  - 2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, in diesem Sinne den Trägern öffentlicher Belange die Anregungen vorgebracht haben, zu antworten und die Entscheidung unter Angabe der Gründe mitzuteilen.**
- 

zu 5.16    **Bebauungsplan Nr. 50 Opernhaus/Unterberg - Satzungsbeschluss  
Vorlage: IV/2006/05838**

---

Wortmeldungen gab es nicht.

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich z u g e s t i m m t**

**Beschluss:**

- 1. Der Bebauungsplan Nr. 50 Opernhaus / Unterberg, bestehend aus Planzeichnung und den textlichen Festsetzungen wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen.**
  - 2. Die Begründung wird gebilligt.**
-



**zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

- zu 7.1 Antrag der Stadträte Milad El-Khalil (CDU), Andreas Hajek (Fraktionsgemeinschaft FDP + Graue + WG VS 90) und Ute Haupt (Die Linkspartei. PDS Fraktion im Stadtrat Halle) - zur zusätzlichen Öffnung der Freibäder der Stadt Halle (Saale) für Trainingsmöglichkeiten der Mitglieder der Schwimmvereine während der Schwimmhallenschließung  
Vorlage: IV/2006/05912**
- 

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt:

1. Die Stadtverwaltung ermöglicht den Mitgliedern der Vereine
    - SV Schwimmen, Triathlon, Wasserball, Wasserspringen
    - USV Halle Schwimmen, Triathlon, Reha
    - SSV 70 Halle-Neustadt Schwimmen
    - SV Rotation Halle Schwimmen
    - PSV Halle Schwimmen
    - GSBV
    - Post- und Telekommunikationsverein
    - DLRG BV Halle

*in der Zeit vom 20. Juli 2006 bis 19. August 2006 montags bis samstags Trainingsmöglichkeiten von 7:15 Uhr bis 8:45 Uhr im Freibad „Saline“ bzw. im Freibad „Nordbad“.*
  
  2. Den Ein- und Auslass sowie die Wasseraufsicht und Reinigungsarbeiten übernehmen die Vereine in Eigenregie.  
*Entsprechende Nutzungsvereinbarungen sind abzuschließen.*
- 

Herr Hajek, Fraktionsgemeinschaft FDP + GRAUE + WG VS 90, zog im Namen seiner Fraktion den Antrag zurück.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

**Abstimmungsergebnis:**

**zurückgezogen**

- zu 7.2 Antrag der Fraktion Die Linkspartei. PDS im Stadtrat Halle (Saale) - zur Entsendung eines Mitgliedes in den Aufsichtsrat der Energieversorgung Halle GmbH (EVH)  
Vorlage: IV/2006/05908**
- 

Wortmeldungen gab es nicht.

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich z u g e s t i m m t**

**Beschluss:**

Die Oberbürgermeisterin wird ermächtigt, der Gesellschafterversammlung der Energieversorgung Halle GmbH (EVH) Herrn Dr. Uwe-Volkmar Köck zur Wahl in den Aufsichtsrat vorzuschlagen.

---

zu 7.3 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Umbesetzung eines Mitgliedes der Fraktion im Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften  
Vorlage: IV/2006/05890

---

Wortmeldungen gab es nicht.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

**Beschluss:**

Herr Thomas Felke scheidet aus dem Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften aus.

Der Stadtrat entsendet Herrn Dr. Andreas Schmidt in den Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften.

---

zu 7.4 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Beteiligung der Stadt Halle (Saale) an der Initiative "SolarLokal"  
Vorlage: IV/2006/05891

---

Wortmeldungen gab es nicht.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

**Beschluss:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Beteiligung der Stadt Halle (Saale) an der Kampagne der Deutschen Umwelthilfe „SolarLokal“ mit dem Servicepaket „Standard“ in die Wege zu leiten.

---

**zu 7.5 Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - zur Verlängerung der Nutzungsvereinbarung an der Charlotte II  
Vorlage: IV/2006/05910**

---

Beschlussvorschlag:

*Der Stadtrat möge beschließen,  
die Eigentümer-Nutzungsvereinbarung zwischen der Stadt Halle (Saale) und den privaten Eigentümern an der unbebauten Fläche im Charlottenviertel - auch Charlotte II genannt - über das Stadtjubiläumsjahr hinaus zu verlängern.  
Den Privateigentümern sind die öffentlichen Lasten für diesen Zeitraum zu erlassen.*

---

**Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE**, sah in der Beantwortung auf die Anfrage, welche städtebaulichen Entwicklungen für die Charlotte II vorgesehen sind, dass die Fachbereiche der Stadtverwaltung nicht miteinander arbeiten. In der Antwort stand, dass dieses Gebiet seit 15 Jahren verwahrlost und jetzt eine Aufwertung gemacht wurde, um Investoren anzuziehen. Durch den Antrag der Fraktion sollte diese Wertung aufrechterhalten werden. Eine ablehnende Antwort wurde gegeben. Dies kann nicht nachvollzogen werden. Sie hätte gern gewusst, wie die einzelnen Fachverwaltungen es untereinander sehen, wie mit dem Gebiet umzugehen ist.

**Herr Dr. Pohlack, Beigeordneter für Planen, Bauen und Straßenverkehr**, korrigierte Frau Wolff. Sie habe keine Ablehnung erhalten. Aufgrund der finanziellen Größenordnung, um die es bei der beantragten Vertragsverlängerung geht, ist kein Stadtratsbeschluss notwendig. Bei der Charlotte II handelt es sich um eine temporäre Begrünung, die im Rahmen des Festjahres und der Baulückenaktion in der Stadt Halle stattfindet. So wurde auch geantwortet, dass es eine Bebauungskonzeption gibt, worüber sich im Ausschuss für Planungsangelegenheiten verständigt werden kann. Diese bewegt sich aber weit im Vorfeld der verbindlichen Planung, weil das eigentliche Problem bei den unterschiedlichen Interessenlagen der Eigentümer liegt.

**Herr Prof. Schuh, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE**, sieht aus der Antwort der Verwaltung, dass dem Antrag nicht gefolgt werden soll. Sicher braucht es dazu keinen Stadtratsbeschluss. Der Rat kann jede Angelegenheit in diesem Bereich an sich ziehen. Dies ist mit dem Antrag erfolgt. Er würde den Antrag zurückziehen, wenn der Intention gefolgt und versucht wird, den Zustand aufrecht zu erhalten.

**Herr Dr. Pohlack** antwortete, dass ein Stadtratsbeschluss nicht schaden könne. Dieser werde nicht gebraucht, weil eine weitere Gestaltung mit Grün vorgesehen ist. Das Ziel einer Wiederbebauung ist in greifbarer Nähe. Es fehle aber bisher die Zustimmung der Eigentümer.

**Herr Prof. Schuh** bedankte sich und zog den Antrag zurück.

Weitere Anfragen gab es nicht.

**Abstimmungsergebnis:**

**zurückgezogen**

zu 7.6      **Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur Präsentation der Arbeiten des Zürcher Forums zum Projekt "Phänomena" in Halle (Saale)**  
**Vorlage: IV/2006/05913**

---

Beschlussvorschlag:

*Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die im Rahmen der Entwicklung des Projektes „Phänomena“ in Halle (Saale) durch die Stiftung Zürcher Forum erstellten Materialien in geeigneter Form öffentlich zu präsentieren.*

---

**Herr Wolter, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger**, bat, dem Antrag seiner Fraktion Folge zu leisten und zu unterstützen.

**Frau Oberbürgermeisterin Häußler** erwiderte, dass der Intention der Verwaltung zugestimmt werden soll. Diese stand ständig unter Kritik, bezogen auf die ausgegebenen Gelder. Jetzt werde sie aufgefordert, hierzu eine Ausstellung zu machen, die Geld kostet. Das Interesse einer Präsentation liege doch allein hier im Rat. Die Öffentlichkeit, die interessiert war und an der Gestaltung mitgearbeitet hat, resignierte am Ende. Sie schlug vor, erst zu prüfen, in welcher Form die Präsentation erfolgen könnte und was sie kosten würde. Eine Antwort erfolgt dann im Stadtrat im September.

**Herr Krause, Fraktion der SPD**, stellte im Namen seiner Fraktion den **Geschäftsordnungsantrag**, den Antrag in den Kulturausschuss, Ausschuss für Planungsangelegenheiten und Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung zu verweisen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

**Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion der SPD in den**

- **Kulturausschuss**
- **Ausschuss für Planungsangelegenheiten**
- **Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung**

**v e r w i e s e n.**

---

- zu 7.7 Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur Erstellung eines Baulücken- und Leerstandskatasters für Halle (Saale)**  
**Vorlage: IV/2006/05916**
- 

Beschlussvorschlag:

*Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für das Stadtgebiet der Stadt Halle (Saale) alle Baulücken und leer stehenden Immobilien nach Art, Größe, Nutzung im Umfeld, bestehendem Baurecht sowie Eigentumsverhältnissen zu erheben und mit Angaben zur vorhandenen Infrastruktur und zu potenziellen Altlasten in ein zu erstellendes Baulücken- und Leerstandskataster aufzunehmen. Das Kataster umfasst eine Datenbank mit den genannten Informationen sowie eine digitale kartographische Darstellung in einem geographischen Informationssystem. Unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Vorschriften ist eine Veröffentlichung des Baulücken- und Leerstandskatasters im Internet zu realisieren.*

---

**Herr Wehrich, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger,** bemerkte zu diesem Antrag, dass es Sinn und Zweck dieses Baulandkatasters ist, nicht nur den Flächenverbrauch zu begrenzen, sondern dafür zu sorgen, dass unsere Stadtstruktur so erhalten bleibt, wie sie im Moment ist. Mit diesem Kataster könnten die Baulücken zukünftig besser vermarktet werden. Für die Stadt Halle ist es wichtig, dass ein Baulandkataster eingerichtet und geführt wird. Er bat um Zustimmung und verwies ihn im Auftrag seiner Fraktion in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

**Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag in die Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger in den**

**- Ausschuss für Planungsangelegenheiten**

**v e r w i e s e n.**

---

**zu 8 Anfragen von Stadträten**

**zu 8.1 Anfrage des Stadtrates Dr. Mohamed Yousif - Die Linkspartei. PDS Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) - über die Integration von AusländerInnen in der Stadt Halle (Saale)**  
**Vorlage: IV/2006/05792**

---

In der Stadt Halle (Saale) leben 9.415 AusländerInnen per 31.03.2006 (Quelle: Fachbereich Bürgerservice) - davon 43,0 % weiblich und 57,0 % männlich.

Die Gesamtzahl der AusländerInnen entspricht einer Quote von 4,0 % der halleschen Bevölkerung. Die Integration von AusländerInnen ist eine bedeutende Frage im Leben der AusländerInnen in Deutschland und eine wichtige Aufgabe der deutschen Gesellschaft.

Zur Integration gehören u. a.:

- a) Lernen der deutschen Sprache (Sprachkurse) als Schlüsselfrage der Integration,
- b) Vermittlung von Kenntnissen der Rechtsordnung, der Kultur und der Geschichte in Deutschland (Orientierungskurse),
- c) Gleichberechtigter Zugang zur Bildung (Schulen, Universitäten etc.) und Beschäftigung (Arbeitsmöglichkeiten für die AusländerInnen und Lehrstellen für ihre Kinder),
- d) Gesicherter Aufenthalt (Niederlassungserlaubnis, Möglichkeit der Einbürgerung etc.),
- e) Freiheit von Diskriminierung und Schutz gegen Rassismus und Gewalt gegen AusländerInnen,
- f) Unterstützung der kulturellen und nationalen Vereine von AusländerInnen etc.

Ich frage die Stadtverwaltung:

1. **Wo werden Deutschsprachkurse in der Stadt Halle (Saale) durchgeführt (Bildungsstätte, Vereine, etc. mit Adressen)?**
2. **Wie viele AusländerInnen nehmen zurzeit (per 30.04.2006) an den Deutschsprachkursen teil (nach Geschlecht)?**
3. **Gibt es extra Deutschsprachkurse für ausländische Frauen und Mütter, wenn ja, wo? Werden diese Kurse gut besucht?**
4. **Wer trägt die Kosten der gesamten Deutschsprachkurse in der Stadt Halle (Saale) (EU, Bund, Land, Stadt, Kursteilnehmer etc.)?**
5. **Wie hoch ist die Anzahl der arbeitsfähigen AusländerInnen in der Stadt Halle (Saale) per 31.03.2006 und wie hoch ist die Arbeitslosenquote?**
6. **Wie viele Bedarfsgemeinschaften bzw. Personen (nach Geschlecht) von AusländerInnen sind in der ARGE SGB II registriert (per 30.04.2006)?**
7. **Wie viele AusländerInnen nehmen an 1-Euro-Jobs, Arbeitsbeschaffungs- sowie Fortbildungsmaßnahmen etc. per 30.04.2006 teil?**
8. **Wie hoch ist die Anzahl der AsylbewerberInnen und geduldeten Personen per 30.03.2006 in der Stadt Halle (Saale)?**
9. **Wie hoch (in %) war die Anerkennungsquote der Asylanträge im Jahre 2004/2005?**
10. **Wie viele geduldete Personen mit langjährigem Aufenthalt in Halle (Saale) haben in den letzten 5 Jahren einen gesicherten Aufenthalt erhalten? (Aufenthaltserlaubnis, Niederlassungserlaubnis)**
11. **Besteht die Möglichkeit der Erteilung der Arbeitserlaubnis für AsylbewerberInnen und geduldete Personen gesetzlich oder als Sondergenehmigung?**
12. **Wie viele Einbürgerungsanträge wurden im Jahre 2004/2005 gestellt?**
13. **Wie viele AusländerInnen wurden im Jahre 2005 eingebürgert? (Angaben nach Herkunftsland und Geschlecht)**
14. **Wie viele und an welchen Schulen (Grundschulen, Sekundarschulen, Gymnasien, Berufsschulen etc.) gibt es ausländische und Aussiedler-Schüler in der Stadt Halle (Saale)?**
15. **Gibt es Probleme bzw. Konfliktsituationen in den o. g. Schulen mit den o. g. SchülerInnen? Wenn ja, welcher Art?**
16. **Wie werden die Probleme gelöst und wie wird den ausländischen SchülerInnen geholfen (z.B. zusätzliche Deutschsprachkurse, Gespräche mit den SchülerInnen und mit den Eltern, Hilfe bei der Gestaltung der Freizeit)?**
17. **Wie viele ausländische Kinder haben eine Lehrstelle in den letzten 5 Jahren (2001 – 2005) bekommen?**
18. **Wie lautet die Statistik über Straftaten und Gewaltangriffe mit fremdenfeindlichem Hintergrund gegen AusländerInnen in der Stadt Halle (Saale) in den letzten 5 Jahren (2001 – 2005)?**

### Antwort der Verwaltung

Mit den achtzehn Fragen sind mehrere Geschäftsbereiche der Stadt und externe Dienststellen, wie die ARGE, die IHK Halle-Dessau, die Polizeidirektion Halle und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, betroffen.

Aufgrund der umfassenden Fragestellungen und der notwendigen Einbeziehung weiterer Dienststellen erfolgt die Beantwortung der Anfrage in der Stadtratssitzung am 19. Juli 2006. Sollten bis zu diesem Zeitpunkt externe Zuarbeiten noch nicht vorliegen, werden die betreffenden Fragen zum nächstmöglichen Zeitpunkt beantwortet.

Eberhard Doege  
Beigeordneter

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.2      Anfrage des Stadtrates Dr. Mohamed Yousif - Die Linkspartei. PDS Fraktion  
im Stadtrat Halle (Saale) - zu Aussiedler- und Flüchtlingsheimen in der Stadt  
Halle (Saale)  
Vorlage: IV/2006/05898**

---

Laut Presseinformationen ist die Anzahl der neuen Aussiedler und Asylbewerber in Deutschland in den letzten 5 Jahren jährlich rückläufig.

Ich frage die Stadtverwaltung:

1. **Wie ist die Entwicklung der Anzahl der Aussiedler, Asylbewerber und geduldeten Flüchtlinge in den letzten 5 Jahren in der Stadt Halle (per 30.06.2006)?**
2. **Wie ist die Auslastung der einzelnen Wohnheime per 30.06.2006 aufgeschlüsselt – nach Aussiedlern und Flüchtlingen sowie nach Alter und Geschlecht?**
3. **Die Aufschlüsselung der Flüchtlinge nach Aufenthaltsstatus und Herkunftsland ist anzugeben!**
4. **Welche Kosten entstehen im Jahr 2006 der Stadt Halle (Saale) für die Unterbringung in den Wohnheimen zusätzlich zu der Finanzierung durch das Land?**
5. **Wie hoch sind die Kosten je belegten bzw. nicht belegten Heimplatzes?**
6. **Wie schätzt die Stadtverwaltung die Wohn- und Betreuungssituation in den Wohnheimen ein? Wie und wann erfolgt die Kontrolle der Einhaltung der Qualitätsvorgaben der Unterbringung durch die Stadtverwaltung?**
7. **Ist im Zusammenhang mit dem stetigen Rückgang der Anzahl der neuen Aussiedler und Asylbewerber eine Reduzierung an Heimen und Heimplätzen vorgesehen?**

### Antwort der Verwaltung:

**zu 1.**

In den letzten Jahren ist ein kontinuierlicher Rückgang der Zuweisungen von Aussiedlern, Kontingentflüchtlings und Asylbewerbern zu verzeichnen. Lediglich die Zahl der geduldeten Personen stagniert, da in vielen Fällen nach dem Abschluss des Asylverfahrens eine Ausreise nicht erfolgen kann und dieser Personenkreis in der Stadt verweilt.

<b>Zuweisungen</b>	<b>2001</b>	<b>2006 (Stand 30.06.06)</b>
Aussiedler	121	26
Kontingentflüchtlinge	74	19
Asylbewerber	316	32

### **zu 2./3.**

Kapazität/Auslastung der Wohnheime( Stand 30.06.06)

Dölauer Str. 91	105/85- 81%
Raffineriestraße 43 b	68/51 - 75%
Ludwig- Wucherer- Str. 40	84/14 - 16%
Wilhelm- Külz- Str. 22	51/15 - 30%

In den Wohnheimen Dölauer Str. und Raffineriestraße leben Asylbewerber und geduldete Personen, wobei sich im Heim des DRK vorwiegend Familien aufhalten. Die Raffineriestraße wird von allein stehenden Männern bewohnt.

Ludwig-Wucherer-Straße und Wilhelm-Külz-Straße sind Aussiedler- und Kontingentflüchtlingsfamilien vorbehalten.

In allen Heimen sind insgesamt 31 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren wohnhaft.

Asylbewerber und geduldete Bewohner stammen aus den folgenden Herkunftsländern:

Liberia	01
Mongolei	01
Kamerun	04
Sonstige Asiaten	13
Irak	19
Russ. Föderation	14
Eritrea	17
Syrien	06
Vietnam	17
Äthiopien	09
Türkei	05
Ghana	03
Togo	01
Zaire	01
ehem. Jugosl.	03
Afghanistan	01
Sudan	02
Algerien	02
Burkina Faso	03
China	01
Niger	01
Sierra Leone	01
Ungeklärt	11

**zu 4.**

Die Zuweisungen für den Wohnheimbetrieb erfolgen seit 2004 nicht mehr für die unmittelbaren Wohnheimplätze, sondern im Rahmen des Finanzausgleichsgesetzes. Die Zuweisungen für diesen Personenkreis ermitteln sich auf der Basis der tatsächlich aufgewendeten Kosten (einschließlich der Kosten für nicht belegte Heimplätze) anhand der tatsächlichen Zuweisungszahlen. Dabei werden maximal 90 % der aufgewendeten Kosten erstattet.

Aufgrund des veränderten Verteilungssystems nach dem FAG können die Aufwendungen für den Wohnheimbetrieb nicht mehr separat dargestellt werden. Die tatsächlichen Aufwendungen, die dem oben erwähnten Verteilungsschlüssel zugrunde liegen, umfassen nicht nur die Wohnheimkosten, sondern auch alle anderen Leistungen an den Personenkreis (Hilfe zum Lebensunterhalt, Krankenhilfe, Heimkosten, KdU bei dezentraler Unterbringung usw.). Die Zuweisungen in den Jahren 2004 und 2005 beliefen sich jeweils auf rund 90 % der im gleichen Jahr erforderlichen Gesamtaufwendungen. Es kann deshalb davon ausgegangen werden, dass die Heimkosten im gleichen Umfang davon profitieren.

Bei vollständiger Auslastung aller Heimplätze würden in 2006 Kosten in Höhe von 828.000 € entstehen. Da die Kapazitäten jedoch nicht ausgelastet sind, dürfte der tatsächliche Betrag zum Jahresende deutlich niedriger liegen.

**zu 5.**

Die Kosten für belegte und unbelegte Plätze sind in den Verträgen über die Unterbringung und Betreuung von Personen nach § 1 Abs. 1 Aufnahmegesetz LSA geregelt. Für belegte Plätze werden im Durchschnitt 7,50 € gezahlt, für unbelegte Plätze im Durchschnitt 5,03 € pro Tag.

	belegte Plätze	unbelegte Plätze
Döläuer Str. 91	7, 50 €	6, 10 €
Raffineriestr. 43 b	7, 50 €	4, 50 €
Ludwig- Wucherer- Str. 40	7, 40 €	4, 70 €
Wilhelm- Külz- Str. 22	7, 50 €	4, 80 €

Bei den €- Beträgen handelt es sich um die jeweiligen Tagessätze.

**zu 6.**

Für alle Wohnheimbetreiber gelten die Grundsätze über die Unterbringung von Personen nach § 1 Abs. 1 Aufnahmegesetz LSA in Gemeinschaftsunterkünften. Die hier festgeschriebenen Standards werden von allen Betreibern eingehalten. Die Stadtverwaltung ist durch das Ressort 50. 4 in ständigem Kontakt zu den Betreibern und Mitarbeitern der vertraglich gebundenen Wohnheime. Kontrollen vor Ort werden regelmäßig( ca. alle 1 - 2 Monate) von den Mitarbeitern des Ressort 50.4 durchgeführt. Soweit Mängel zu erkennen sind, ergeht die Aufforderung, dass diese abzustellen sind. Nachhaltige Verstöße gegen die Unterbringungsgrundsätze waren in der Vergangenheit jedoch nicht festzustellen. Die Einhaltung der, in der Bundesrepublik Deutschland geltenden, hygienischen Voraussetzungen wird regelmäßig vom Fachbereich 53 überwacht.

**zu 7.**

Wie von den Stadträten beschlossen, werden die Verträge jeweils für die Laufzeit von einem Jahr vereinbart. Bei Bedarf hat die Stadt die Möglichkeit, eine Option für ein weiteres Jahr zu ziehen. Hier gibt der Vertrag die Möglichkeit, neu über die Kapazitäten zu verhandeln. Somit kann auf Schwankungen reagiert werden.

Für das laufende Jahr wurden die Kapazitäten um 25 % reduziert.

Für 2007 wird die Möglichkeit der Option nicht genutzt. Augenblicklich läuft ein neues Vergabeverfahren, bei diesem sollen, entsprechend der veränderten Zuweisungen, wiederum weniger Wohnheimplätze vertraglich gebunden werden.

Szabados  
Bürgermeisterin

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.3      Anfrage des Stadtrates Uwe Heft - Die Linkspartei. PDS Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) - zu Investitionen im Kurt-Wabbel-Stadion  
Vorlage: IV/2006/05899**

---

- 1. In welchem Umfang werden durch das zuständige Fachamt Investitionen in das Kurt-Wabbel-Stadion vorbereitet?**
- 2. In welche Bestandteile des Kurt-Wabbel-Stadions beabsichtigt das zuständige Fachamt zu investieren?**
- 3. Ist die Information, wonach ca. 200.000 € in eine neue Flutlichtanlage des Kurt-Wabbel-Stadions investiert werden sollen, korrekt?**

**Antwort der Verwaltung:**

Das Kurt-Wabbel-Stadion wird als Spielstätte für den HFC benötigt – im Falle des Stadionneubaus am Hufeisensee – mindestens bis zur Saison 2008 / 2009.

**zu 1.**

Investitionsmaßnahmen werden für das Stadion nicht vorbereitet.  
Der Einsatz finanzieller Mittel beschränkt sich auf Schadensbehebung sowie die Gewährleistung der Funktions- und Nutzungsfähigkeit der Einrichtung einschl. der Verkehrssicherung.

**zu 2.**

Wie unter Ziffer 1 beantwortet, werden keine Investitionen vorbereitet.  
Die Maßnahmen der Bauunterhaltung konzentrieren sich auf die Maststationen der Flutlichtanlage, den Traversenbereich einschl. Zuschauerabgänge sowie die Besuchertoiletten.

**zu 3.**

Für das Kurt-Wabbel-Stadion sind im Haushalt der Stadt keine Mittel für Investitionen geplant. Derzeit wird mit Mitteln aus dem Verwaltungshaushalt nur die Betriebsfähigkeit des Stadions gewährleistet. 2006 sind dafür 193.500,00 € geplant.

Die Maßnahmen umfassen:

- die Reparatur der Schaltschränke für die Flutlichtanlage;
- die Sanierung des Baukörpers der Schaltschränke gegen Wassereinbruch;
- die Herstellung der Betriebssicherheit in den Zuschauertraversen und Zuschauertreppen.

Eberhard Doege  
Beigeordneter

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.4 Anfrage des Stadtrates Uwe Heft - Die Linkspartei. PDS im Stadtrat Halle (Saale) - zur Auenschule  
Vorlage: IV/2006/05900**

---

- 1. Welche konkreten Planungen zur Sanierung der Auenschule bestehen seitens der zuständigen Fachämter?  
Wenn keine Planungen existieren, bitte umfassende Begründung für die Unterlassung der Planungen zur Sanierung des Schulgebäudes.**
- 2. Wer ist Eigentümer des Schulgeländes und –gebäudes?  
Wenn beides an Dritte verkauft wurde, in welchem Umfang wurden die zuständigen Ausschüsse des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) beteiligt, für welchen Betrag wurden Gelände und Gebäude verkauft?**

**Antwort der Verwaltung:**

Zu 1.:

Fachbereiche der Stadt Halle (Saale) haben für die Sanierung der Auenschule keine Planungen veranlasst.

Im Rahmen der Schulentwicklungsplanung 2006/2007 wurde als Kostenvergleich eine detaillierte Kostenauflistung durch das ZGM erstellt.

Die Planung zur Sanierung des Schulgebäudes Auenschule konnte nicht vergeben werden, weil bisher dafür keine investiven Haushaltsmittel zur Verfügung standen. Die verfügbaren Investitionsmittel sind für die Co-Finanzierung der IZBB-Förderprojekte (Ganztagsschulen) bereitzustellen.

Zu 2.:

Eigentümer des Gebäudes Auenschule ist die Stadt Halle (Saale). Das Objekt ist Bestandteil des Sondervermögens ZGM.

Kaufanträge liegen im Geschäftsbereich Zentraler Service nicht vor.

Dr. habil. Hans-Jochen Marquardt  
Beigeordneter für Kultur und Bildung

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.5 Anfrage des Stadtrates Uwe Heft - Die Linkspartei. PDS Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) - zu sicheren Schulwegen für Grundschüler  
Vorlage: IV/2006/05902**

---

Durch die Entwicklung des Wohngebietes Wörlitz/Kirschberg erhöhte sich die Zahl schulpflichtiger Kinder im Südwesten der Stadt Halle (Saale).  
Diese Kinder besuchen die Bertolt-Brecht-Schule in der Hanoier Straße.  
Der kürzeste Weg führt über Karlsruher Allee in Höhe Erich-Kästner-Straße/Theodor-Weber-Straße.  
Der in diesem Bereich vorhandene Fußgängerüberweg wird jedoch vom MIV weitgehend **AUCH** bei wartenden Kindern ignoriert!

Deshalb bitte ich um Beantwortung folgender Fragen:

- 1. Wie schätzt die Oberbürgermeisterin die Situation zur Querung der Karlsruher Allee für Grundschüler vor Ort ein?**
- 2. Welche Möglichkeiten sieht die Oberbürgermeisterin der Stadt Halle (Saale) die Querung der v. g. Straße im Bereich Erich-Kästner-Straße/Theodor-Weber-Straße oder in der Nähe für Kinder sicherer zu gestalten?**
- 3. Welche Möglichkeiten sieht die Oberbürgermeisterin der Stadt Halle (Saale) zur Errichtung einer Bedarfsampel, um Grundschulern das sichere Queren der Karlsruher Allee zu ermöglichen?  
Wenn „nein“, weshalb nicht?**
- 4. Welche Möglichkeiten bestehen, aus dem benannten Wohngebiet einen Rufbus zur Sicherung des Schülerverkehrs zu organisieren?  
Wenn „nein“, weshalb nicht?**

**Antwort der Verwaltung:**

Zu 1. Die Verwaltung strebt im gesamten Stadtgebiet Halle an, in zumutbaren Abständen sichere und den örtlichen und verkehrlichen Gegebenheiten angepasste Querungsmöglichkeiten anzubieten. In der Karlsruher Allee wurden deshalb zur Quersicherung im Bereich zwischen der Freyburger Straße und der Endschleife der Strassenbahn (Länge ca. 1600 m) in den letzten Jahren 2 Fußgängerlichtsignalanlagen und 4 Fußgängerüberwege eingerichtet. Alle Fußgängerüberwege entsprechen den Richtlinien für die Anlage und Ausstattung von Fußgängerüberwegen. Die Grundschulkinder können sicher die Karlsruher Allee queren, indem sie eine der 6 vorhandenen Querungsmöglichkeiten nutzen.

Zu 2. Die Querungsstelle Karlsruher Allee Höhe Erich-Kästner-Straße ist seit 1992 mit einem Fußgängerüberweg gesichert. 1998 wurde dieser Fußgängerüberweg entsprechend der Richtlinien für die Anlage und Ausstattung von Fußgängerüberwegen saniert und mit beleuchteten Auslegern versehen. Dadurch ist der Fußgängerüberweg auch bei Dunkelheit gut erkennbar. Die Verwaltung kann nicht bestätigen, dass dieser Fußgängerüberweg vom fließenden Verkehr auch bei wartenden Kindern ignoriert wird. Das Unfallgeschehen ist im Beobachtungszeitraum vom 01.01.2000 bis zum 30.04.2006 als unauffällig zu bewerten. Die Verwaltung schätzt ein, dass der Fußgängerüberweg Karlsruher Allee Höhe Erich-Kästner-Straße geeignet und ausreichend diese Querungsstelle sichert.

Zu 3. Das sichere Queren der Karlsruher Allee ist durch die vorhandenen 6 Querungsmöglichkeiten (siehe 1.) gewährleistet.

Fußgängerlichtsignalanlagen werden an solchen Querungsstellen angeordnet, an denen andere Sicherungsmaßnahmen, wie Fußgängerüberwege, ungeeignet oder aus verkehrsrechtlichen Gründen ausgeschlossen sind (z. B. bei Querung von Gleisen oder zwei Richtungsfahrbahnen). Die Sicherung von Querungsstellen im Verlauf von Schulwegen mit Fußgängerüberwegen hat sich in der Stadt Halle bewährt. Bisherige Schulschließungen haben nicht zu einer Erhöhung der Anzahl der Schulwegeunfälle geführt. Die Schulwegeunfälle sind seit dem Jahre 2000 in der Tendenz sowohl absolut als auch prozentual zu den Unfällen gesamt rückläufig.

Zu 4. Die Buserschließung im gesamten Bereich Halle-Süd - Wörmlitz wird neu organisiert. Die Bereitstellung eines Rufbusses ist im Wohngebiet nicht vorgesehen. Die Schulkinder des Bereiches Eierweg/Pfingstanger können den vorhandenen Linienverkehr bis zur Karlsruher Allee nutzen. Im Wohngebiet Kirschberg ist aufgrund der Straßenquerschnitte eine Buserschließung nicht durchführbar.

Dr. Thomas Pohlack  
Beigeordneter

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.6      Anfrage der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - zum eventuell vorzeitigen Baubeginn des Abschnittes 3b2 der HES  
Vorlage: IV/2006/05909**

---

Wir wurden von Bewohnern darauf aufmerksam gemacht, dass an der Trasse zwischen Knoten 8 und 9 auf dem Abschnitt 3b2 der HES mit dem Bau begonnen wurde.

Wir fragen daher:

- 1. Ist es richtig dass mit dem Bau an der Trasse zwischen Knoten 8 und 9 auf dem Abschnitt 3b2 der HES begonnen wurde?**
- 2. Wenn ja, möchten wir die Stadtverwaltung bitten, uns folgenden Sachverhalt zu erklären:  
Die Klage der Bewohner aus dem Hochweg hat eine aufschiebende Wirkung und außerdem wurde für diesen Abschnitt auch keine sofortige Vollziehung angeordnet.  
Damit liegt nach Verwaltungsverfahrensgesetz/Verwaltungsgerichtsordnung ein Rechtsverstoß vor.  
Wie geht die Stadtverwaltung mit diesen Sachverhalten um?**

**Antwort der Verwaltung:**

Mit dem Bau der Trasse im Abschnitt 3b2 wurde nicht begonnen.

Gegenstand der Ausschreibungen seit Anfang des Jahres und somit der zurzeit laufenden Bauarbeiten ist nicht der Abschnitt 3b2 (westlicher Ast), sondern Abschnitt 3b1 (östlicher Ast). Dabei handelt es sich um den Bau der notwendigen Straßenentwässerung gemäß Planfeststellungsunterlagen.

Die Herstellung der Vorflut aus dem Abschnitt 3b1 bis zu dem Anschluss an den Abwassersammler der HWA im Hochweg ist für die Funktionsfähigkeit des Abschnittes unumgänglich. Hierfür wird eine Betonrohrleitung vom Knoten 8 (DN 300-DN 500) zum Hochweg auf einer Länge von ca. 750 m realisiert. Weiterhin sind Arbeiten an dem Anschlussschacht der HWA im Hochweg vorzunehmen. Die Einleitstelle im Hochweg und die zugehörige Leitung sind in den Planfeststellungsunterlagen enthalten. Darüber hinaus werden keine Arbeiten (Straßenbau) zwischen Knoten 8 und 10 ausgeführt. Ein funktionaler Zusammenhang zu dem Abschnitt 3b2 besteht nicht. Es liegt gegenüber dem Planfeststellungsbeschluss kein Rechtsverstoß vor, in das anhängige Verfahren wird nicht eingegriffen.

Dr. Thomas Pohlack  
Beigeordneter

**Herr Dr. Pohlack, Beigeordneter für Planen, Bauen und Straßenverkehr**, gab eine redaktionelle Änderung in der Stellungnahme bekannt und bat in der Antwort zu korrigieren: ... zurzeit laufenden Bauarbeiten ist nicht der Abschnitt *3b2 (östlicher Ast)*, sondern Abschnitt *3b1(westlicher Ast)*.

**Die Antwort der Verwaltung wurde mit der redaktionellen Änderung zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.7      Anfrage der Stadträtin Elke Schwabe - WIR. FÜR HALLE. - zur Gestaltung des Umfeldes am Händeldenkmal  
Vorlage: IV/2006/05911**

---

Für den Zeitraum der Händelfestspiele in Halle (Saale) wurde auch in diesem Jahr das Umfeld des Händeldenkmals auf dem halleschen Marktplatz temporär mit Blumen aufgewertet. Aufgrund der zahlreichen positiven Meinungsbekundungen sowohl von Besuchern der Stadt als auch seitens der halleschen Bürger frage ich:

**Welche Vorstellungen hat die Stadtverwaltung bezüglich einer dauerhaften Gestaltung des Umfeldes am Händeldenkmal?**

**Antwort der Verwaltung:**

Der Verwaltung ist bemüht, die temporäre Begrünung bis Ende Juli und ggfls. länger zu belassen. Der Aufwand ist nicht unerheblich (wässern, Unrat entfernen, beschädigte Pflanzen ersetzen). Wenn die Begrünung in den nächsten Jahren dauerhaft - im Sommerzeitraum - fortgeführt werden soll, müssen die Pflanzkübel ersetzt werden. Um diese wirklich standfest aufzustellen sind schwerere Kübel erforderlich, die sich in Farbe und Form der Neugestaltung des Platzes anpassen. Dafür stehen im Moment keine finanziellen Mittel zur Verfügung. Die Verwaltung wird sich bemühen, eine Finanzierung der jährlichen Bepflanzung und den Austausch der Kübel über Sponsoring ein zu werben.

Dr. Thomas Pohlack  
Beigeordneter

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.8      Anfrage des Stadtrates Tom Wolter - MitBürger - zum Kröllwitzer Gänsebrunnen**  
**Vorlage: IV/2006/05917**

---

In Kröllwitz gab es vor vielen Jahren einmal einen Gänsebrunnen. Dieser wurde, so berichten ältere Einwohner, in einer Nacht- und Nebelaktion zerstört. Die Bronzeplastik „Gänse“ von Gustav Weidanz wurde auf die Wiese vor dem heutigen Landesmuseum für Vorgeschichte versetzt, um ein nationalsozialistisches Denkmal zu ersetzen.

Ich frage daher die Stadtverwaltung:

- 1. Gibt es Überlegungen den Gänsebrunnen an der Kröllwitzer Kirche wieder in seinem alten Zustand zu errichten?**
- 2. Welche Kosten würden der Stadt Halle entstehen, wenn der Gänsebrunnen wieder hergerichtet werden würde?**

**Antwort der Verwaltung:**

1. Der noch vorhandene Rest des Brunnens ist nicht mehr funktionsfähig, die Brunnentechnik fehlt vollständig. Es müsste ein kompletter Neubau errichtet werden.
2. Eine Kostenschätzung für einen Neubau liegt nicht vor. Problematisch sind aber nicht nur die Baukosten, sondern auch die Betriebskosten des Brunnens. Zum Zwecke der Konsolidierung des städtischen Haushaltes werden bereits einige Brunnen im Stadtgebiet außer Betrieb gesetzt, die Brunnenlaufzeiten wurden reduziert. Aus diesem Grund wird derzeit dieses Projekt nicht verfolgt.

Dr. Thomas Pohlack  
Beigeordneter

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.9      Anfrage des Stadtrates Oliver Christoph Klaus - CDU - zur nichtkommerziellen und politischen Plakatierung**  
**Vorlage: IV/2006/05914**

---

Immer wieder ist es im Stadtgebiet festzustellen, dass finanziell anscheinend sehr gut ausgestattete politische Vereinigungen und Gruppierungen eine Vielzahl von Plakaten mit politischen Inhalten an allen erreichbaren und irgendwie zur Verfügung stehenden Orten und Stellen anbringen.

Auf Nachfrage habe ich erfahren, dass solche Aktionen gar nicht bzw. nicht bei der Stadtverwaltung angemeldet gewesen sind und mithin dort auch nicht bekannt waren.

Ich frage die Verwaltung:

- 1. Darf jeder bzw. jede politische Vereinigung unangemeldet und ohne sich vorher bei der Stadtverwaltung zu melden, Plakate in unbegrenzter Anzahl im öffentlichen Raum anbringen?**  
**Welche gesetzlichen Regelungen gelten für eine solches, nach meiner Auffassung als wildes Plakatieren zu bezeichnendes Verhalten?**

**2. Welche Handlungsempfehlung gibt die Stadtverwaltung für das im Folgenden dargestellte Szenario?**

**Eine Schule oder ein Verein führt am Sonntag ein angemeldetes und öffentlich bekannt gegebenes Fest im öffentlichen für jeden zugänglichen Raum durch. Beim Ankommen der ersten Teilnehmer wird festgestellt, dass jeder mögliche und gut sichtbare Ort mit Plakaten einer (nicht verbotenen) politischen Vereinigung oder Partei mit deren rechts- oder linksextremen teilweise ausländischerfeindlichen und undemokratischen Aussagen behangen ist.**

**Wäre ein solches Verhalten rechtlich zulässig und gar weiterhin während des ganzen Festes zu dulden?**

**Welche konkreten Schritte könnten an einem Sonntag unternommen werden?**

**Antwort der Verwaltung:**

**Zu 1.:**

Das Aufstellen von Schildern und Plakaten im öffentlichen Verkehrsraum sowie das Anbringen von Plakaten und Schildern an Bestandteilen des Straßenkörpers (wie etwa Brücken, Pfeilern, Stützmauern oder Bäumen) ist nach § 18 Abs. 1 S. 1 Straßengesetz Land Sachsen-Anhalt (StrG LSA) eine Sondernutzung, die nach § 18 Abs. 1 S. 2 StrG LSA einer Erlaubnis bedarf. Eine Erlaubnispflicht für eine solche Sondernutzung gilt auch für das Aufstellen z. B. von Plakaten aus Anlass von Wahlen, Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden, mit dem Unterschied, dass eine Gebührenerhebung in diesen Fällen nicht statthaft ist. Soweit ohne Erlaubnis die Straße über den Gemeingebrauch hinaus genutzt wird, handelt es sich um eine Ordnungswidrigkeit nach § 48 Abs. 1 Ziff. 3 StrG LSA. Diese Ordnungswidrigkeit kann mangels anderer spezieller gesetzlicher Regelungen nach § 17 Abs. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten mit einer Geldbuße von 5,00 EUR bis höchstens 1.000,00 EUR belegt werden.

Soweit das Anbringen von Plakaten eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellt, z. B. bei Gefährdungen des Verkehrs, können diese auf der Grundlage des § 13 des Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung des Landes Sachsen-Anhalt (SOG LSA) von der Ordnungsbehörde im Wege der Ersatzvornahme nach § 55 Abs. 1 SOG LSA, die gemäß § 53 Abs. 2 SOG LSA im Wege der unmittelbaren Ausführung zur Abwehr einer Gefahr auch ohne vorherigen Verwaltungsakt durchgeführt werden kann, entfernt werden.

**Zu 2.:**

Die Anfrage wird von der Verwaltung nicht beantwortet, weil die Fragestellung vom Anfragerecht des § 44 Abs. 6 GO LSA nicht erfasst ist.

Das Anfragerecht gilt nicht schrankenlos, sondern ist auf einzelne Angelegenheiten der Gemeinde und ihrer Verwaltung begrenzt. Unter einzelne Angelegenheiten sind nach dem allgemeinen Sprachgebrauch nur bestimmte Angelegenheiten zu verstehen, die sich auf einen konkreten (nicht fiktiven) Lebenssachverhalt der Gemeinde beziehen (Wiegand/Grimberg, Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt, § 44 Rdnr. 12, Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg, Urteil vom 30.03.1992, Die öffentliche Verwaltung, 1992. S. 838, für die insoweit identische Formulierung in der Gemeindeordnung Baden-Württemberg). Eindeutige Meinung in Literatur und Rechtsprechung ist auch, dass allgemeine Anfragen, die ohne konkreten Bezug auf einzelne Vorgänge oder Gegenstände der Klärung abstrakter Rechtsfragen dienen, keinen Anspruch auf Beantwortung im Rahmen des Fragerechtes auslösen können.

Die Fragestellung stellt einen hypothetischen Sachverhalt dar, der ohne Bezug auf eine konkrete Begebenheit ist. Es soll eine Handlungsempfehlung durch die Stadtverwaltung für einen Sachverhalt gegeben werden, der fiktiv ist.

Daraus abgeleitet sollte eine rechtliche Prüfung im Rahmen einer Begutachtung erfolgen. Eine derartige abstrakte Rechtsprüfung ist nach den dargestellten Grundsätzen nicht mehr vom Fragerecht gedeckt. Im Übrigen ist auch nicht erkennbar, in welchem nachvollziehbaren Zusammenhang eine derartige Prüfung mit der Mandatsausübung und der Kontrollaufgabe des Gemeinderates steht.

Egbert Geier  
Beigeordneter  
Zentraler Service

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

## **zu 9 mündliche Anfragen von Stadträten**

---

**Herr Misch, Fraktion der CDU**, hatte Fragen zum Thema Graffiti. Seine erste Frage war, ob es Festlegungen im ZGM gibt, wie bei Schmierereien an städtischen Objekten, er sprach die Auenschule an, zu verfahren ist.

Seine zweite Frage bezog sich auf die neu errichtete Rampe im Waisenhausring, welche mit Graffiti beschmiert war. Hier hat sich die HAVAG an die Stadtverwaltung gewandt, welche die Burg Giebichenstein mit einbezog. Nach der Auslobung eines Wettbewerbes wurde sich für einen Entwurf entschieden. Dieser Gewinner hat sich über die Zeitung „AHA“ geäußert. Herr Misch zitierte: „Auf der Wand war zuvor Graffiti und mir war wichtig, dass das nicht verloren geht.“ Man hat also eine Galerie der Straftäter errichtet, die jetzt auch noch einen Bestandsschutz von 5 Jahren hat. Er fragte die Verwaltung, wie diese so etwas bewertet. Weiter bezog er sich auf ein zu veranstaltendes Festival der HIP-HOP-Szene, wo u. a. zu einem Graffiti-Wettbewerb aufgerufen wird, der als Ausscheid für Internationale Graffiti-Wettbewerbe dienen soll. Diese Veranstaltung wird von der Sparkasse Halle gesponsert, was auf illegalen Plakaten zu sehen ist. Er fragte, wie die Stadtverwaltung diesen Vorgang bewertet, in welcher Weise sie in die Vorbereitung solcher Aktivitäten eingebunden war und wie das Ganze mit einem Dank an einen Verein übereinkommt, der im vergangenen Jahr über 10 TEuro für die Beseitigung von Graffiti zur Verfügung gestellt hat.

**Frau Oberbürgermeisterin Häußler** antwortete, dass es zum Thema Graffiti unterschiedliche Auffassungen gibt. **Zwischenruf Herr Misch (ohne Tonaufnahmen)**

Sie fragte, warum er das so schwierig mache. Er habe drei Fragen gestellt. Die erste Frage war, wie das ZGM reagiert, wenn es angesprochen wird. Es sei aber dargestellt worden, dass die Schulleiterin das ZGM nicht angesprochen hat. **Zwischenruf Herr Misch (ohne Tonaufnahmen)** Eine Schulleiterin, die Wert auf ihre Schule legt, sollte von selbst in dieser Angelegenheit aktiv werden. Nachdem sie auf Hinweis von Herrn Misch das ZGM selbst angesprochen hat, hat dieses doch reagiert.

Zur Verfahrensweise des Projektes der HAVAG sagte sie, dass ihre Bewertung der von Herrn Misch nahe ist. Sie hob jedoch die unterschiedlichsten Einstellungen quer durch die Gesellschaft zum Graffiti hervor. Über die Beweggründe, gerade dieses Motiv zu wählen, würde sie mit der HAVAG reden und in der nächsten Stadtratssitzung dazu berichten.

**Frau Bürgermeisterin Szabados** antwortete zur dritten Frage, dass es sich hier um ein Jugendzentrum in der Zeppelinstraße handelt, wo die Biker-Szene seit Jahren eine Einrichtung betreibt. Es bestehe eine Verbindung zum Jugendamt. Zu dem stattfindenden Rahmenprogramm hat eine Streetworkerin den Antrag gestellt, Beschallungstechnik zu betreiben. Dies habe in dem Zusammenhang nichts mit der Graffiti-Aktion zu tun. Das ist eine Privataktion, bei welcher u. a. die Sparkasse als Sponsor gefragt wurde. Der Stadt stehe es nicht zu, zu bewerten, von wem dieses Jugendzentrum die Unterstützung erhält.

**Herr Misch** fragte, was es für eine Außenwirkung bei der illegalen Plakatierung gibt, wo steht, dass der Sponsor die Sparkasse Halle ist.

**Frau Oberbürgermeisterin Häußler** antwortete, dass es ganz egal ist, wer der Sponsor ist. Illegale Plakatierung ist verboten und gegen den Verein muss vorgegangen werden. Sie fügte hinzu, dass Herr Meyer-Mertel vom Stadtmarketing versucht, eine Initiative in der Stadt ins Leben zu rufen, um illegales Plakatieren zu verhindern.

---

**Auf Antrag der Fraktion der SPD erfolgt ein wortwörtliches Protokoll.**

---

**Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE**

Ich hab vier Fragen. Eine zu einem Komplex und vier Fragen zum anderen. Und zwar. An uns wurde die Bitte herangetragen zu fragen, ob es nicht eine Möglichkeit gäbe, die Freibäder, hier vor allem das Nordbad, zu den Abendstunden erneut zu öffnen. Also mit neuem Eintritt und mit neuer Öffnungszeiten. Etwa in der Zeit von 21.00 Uhr bis 23.00 Uhr. Vor allen Dingen Freitag bis Sonntag. Die Bewohner würden den Service zusätzlich bezahlen. Das wurde uns so gesagt und die Trothaer Initiative hat sich wohl damit auseinandergesetzt. Das ist eine Anfrage an die Stadtverwaltung, ob man das nicht tatsächlich zusätzlich einrichten könnte. Ich gebe das einfach so weiter.

Dann die nächsten Fragen. Möchte da jetzt jemand darauf antworten? Oder nicht? Gut. Also, die Fachkonzepte der Kulturinsel und des Thalia-Theaters sollten im Mai dem Lenkungsausschuss vorliegen. Mittlerweile lagen beide Fachkonzepte den Ausschüssen vor. Das Fachkonzept vom Thalia-Theater wurde bis auf weiteres verschoben, sprich, ohne Terminierung für den nächsten Eigenbetriebsausschuss. Wir fragen, wie gedenkt die Stadtverwaltung, mit diesem Problem weiter zu verfahren, zumal das Fachkonzept ein wichtiger Bestandteil der Haushaltskonsolidierung ist und des Wirtschaftsplanes des Thalia-Theaters. Wird die Einbringung des Haushaltes durch solche Verzögerungen beeinträchtigt? Zweite Frage: Bei den Problemen, die sich in den letzten Monaten mit den Theatern aufgetan haben, stellt sich die Frage, warum wurden die Eigenbetriebsausschüsse in dieser Spielzeit nicht anlassbezogen eingeladen, z. B. Dachkonstruktion, Fachkonzepte u. ä.? Dritte Frage: Für die Einwertung von Drittmitteln über das Land hinaus bedarf es der ideellen Unterstützung der Stadt. In Gesprächen mit der Theaterleitung wurde uns mitgeteilt, dass Sie Herrn Dr. Marquardt diese ideelle Unterstützung für ein beantragtes Projekt nicht geben wollten. Wir können das nicht nachvollziehen und wollten Sie fragen, ob Sie das genau so sehen und ob Sie uns da eine Antwort geben könnten.

**Frau Oberbürgermeisterin Häußler**

Herr Dr. Marquardt, Sie gehen vielleicht auf die ersten Dinge ein und ich gehe auf den letzten Punkt ein.

**Herr Dr. Marquardt, Beigeordneter für Kultur und Bildung**

Ja, Frau Wolff, zur ersten Frage: Es ist richtig, dass das Thalia-Fachkonzept noch nicht bestätigt wurde im Thalia-Ausschuss. Das wird, ich hoffe, im September geschehen können. Da gibt es noch einen Prüfauftrag, der erfüllt werden muss. Wenn das geschehen ist, werden beide Fachkonzepte, wie vereinbart, auch in der Lenkungsgruppe vorgestellt. Das soll aber zusammen geschehen, weil beide aufeinander bezogen sind, aufgrund des, die Grundlage für beide Fachkonzept ist ja, das wissen Sie ja, das Kienbaum-Gutachten, das die gesamte Sprech-Theaterlandschaft betrachtet hat. Deshalb kann das auch nur im Zusammenhang dann betrachtet werden. Also, es wird geschehen, sobald beide Fachkonzepte in den Fachausschüssen bestätigt worden sind.

Zur Frage Zwei. Sie haben konkret als Anlass genannt die Dachgeschichte bei der Kulturinsel. Das war im April. Ich hab das soweit alles in die Wege geleitet, was ich noch tun konnte

vor meiner Kur, die im Mai gewesen ist, und danach allerdings hat es noch eine Weile gedauert, bis dann, ich weiß nicht mehr genau, wann wir den Ausschuss hatten, ich glaube im Juni war das, deshalb hat es sich aus meiner Sicht nicht mehr gelohnt, deswegen einen Sonderausschuss einzuberufen, um über diese Frage zu informieren. Das war da der Hintergrund. Aber im Grundsatz ist es natürlich richtig, dass bei solchen wichtigen Angelegenheiten die Theaterausschüsse einzubeziehen sind, auch, um es mit diesem Modewort zu formulieren, zeitnah. Die Frage ist übrigens im Ausschuss selber angesprochen worden, auch entsprechend beantwortet worden. Und bei der dritten Frage handelt es sich nicht um einen Antrag, sondern um eine, ja, einen Mittelbegehrt, so würde ich es eher bezeichnen, des Thalia-Theaters, das also angemeldet worden ist, bei dem Kultusministerium. Das Kultusministerium hat aber seinerseits klar und deutlich darauf hingewiesen, dass es zur Präzisierung natürlich eines entsprechenden Finanzplanes bedarf, welcher aber der Stadtverwaltung nicht vorliegt. Es liegt ein Brief vor an die Oberbürgermeisterin, an die Frau Bürgermeisterin. In diesem Brief wird ein inhaltliches Konzept in groben Zügen dargestellt. Aber keine Zeile zur Finanzierung. Da aber klar ist, dass es sich bei diesem Objekt um ein Gebäude handelt, dass nicht der Stadt Halle gehört, demzufolge auch klar ist, dass keine öffentlichen Mittel dort ohne weiteres rein fließen können, zugleich aber von der Leitung des Thalia-Theaters auch gesagt wird, dass es auch gar nicht beabsichtigt ist, muss an dieser Stelle der Förderverein, der Freundeskreis, ein entsprechendes Finanzierungskonzept vorlegen. Da gab es auch ein paar Verfahrensfehler. Jedenfalls aus meiner Sicht. Weil die Sache z. B. nicht über meinen Tisch gegangen ist, sondern direkt dem Kultusministerium zugegangen ist. Wohl auch danach erst der Frau Oberbürgermeisterin und der Frau Bürgermeisterin. Das habe ich auch mitgeteilt, dass das vom Verfahren her nicht in Ordnung war. Ich habe auch nur per Zufall von der ganzen Geschichte erfahren. Nämlich von dem Antwortschreiben des Kultusministeriums an Frau Hahn, das mir per Durchschlag zugestellt worden ist. Und da sind die konkreten Fragen formuliert, die die Voraussetzung bilden, für eine Anerkennung durch das Land Sachsen-Anhalt, wenn eben ein solcher Finanzierungsplan vorgelegt wird, der sich deutlich auch auf die Frage bezieht, wie sollen nachhaltig die Folgekosten aufgebracht werden. Von wem und wie exakt, usw. Dazu liegt kein Konzept vor. Es wird aber in der nächsten Beigeordnetenkonferenz wird der Verein und das Thalia-Theater Gelegenheit haben, dieses Konzept inhaltlich vorstellen, auch ein entsprechendes Finanzkonzept vorzulegen. So ist der Sachstand.

#### **Frau Wolff**

Die ideelle Unterstützung der Stadt bedeutet ja, und das haben die ja wohl auch ganz klar gesagt, dass sie keine öffentlichen Mittel beantragen wollen. Und, soweit ich das gehört hab, und nicht aus Thalia-Kreisen, sondern aus dem Land, stehen die auch auf der Liste drauf. Und bis zum 15. muss diese Unterstützung, eine Unterstützung für einen Verein, der Drittmittel erwirbt, gar nicht unseren Haushalt belastet, auch nicht nachhaltig, da denke ich, muss so ein Finanzierungskonzept erst mal noch gar nicht so vorliegen, wenn man sich die Richtlinien, EFRE, genau anguckt. Das ist Ihre Meinung. Sie müssen da gar nicht. Ich kenne diese Beantragung der EFRE-Mittel ganz genau. Und das kann ich nicht nachvollziehen.

#### **Herr Dr. Marquardt**

Es tut mir Leid, ich hab Ihnen gerade ausgeführt, dass das Land Sachsen-Anhalt, Kultusministerium, einen Brief geschrieben hat an die Leitung des Thalia-Theaters, wo exakt diese Formulierung drin steht, dass man ein Finanzierungskonzept braucht. Als Voraussetzung. Ende.

#### **Frau Oberbürgermeisterin Häußler**

Also, Frau Wolff, eins will ich Ihnen noch mal dazu sagen. Wenn unsere Kultureinrichtungen so tolle Einfälle haben, und das alles immer schon soweit auf den Weg gebracht haben, und dann in letzter Minute kommen und sagen, jetzt müsst ihr mal in einer Woche oder in 14 Tagen schon noch eine Stellungnahme dazu abgeben. Da arbeiten die nicht gut mit uns zusammen. Sollten sie uns doch von Anfang an mit einbeziehen, da können wir uns ein Bild

machen, und da können wir auch sehr schnell das Ganze positiv begleiten. Aber wenn man das immer schon alles eintütet und dann sagt, und jetzt sagt doch noch schnell mal dazu Ja, genau das provoziert die Frage, dass ich sage, das gucke ich mir jetzt erst einmal genauer an. Denn es ist ja im engen Zusammenhang zu sehen zwischen dem Spielbetrieb des Thalia-Theaters und im Puschkinhaus. Das ist ja nichts anderes als Thalia-Theater weitestgehend. Und ich möchte nicht genau hinsehen, also will ich mich jetzt gar nicht äußern, wie das alles jetzt so zustande gekommen ist. Woraus schöpfen die denn so? Und deshalb, ich unterstütze das, aber, offene Karten auf den Tisch. Was wollt ihr und was kostet es hinterher? Und wie soll der Spielbetrieb dort finanziert werden und wer spielt denn dort? Und bei wem sind die denn angestellt? Bei uns wahrscheinlich. Und deswegen ist die Frage, was mit dem Haus dann geschehen soll, und ob das nicht finanzielle Auswirkungen hat auf das Thalia-Theater an sich, denke ich eine sehr berechtigte Frage. Deshalb denke ich, müssen wir uns schon vorher mal ein Bild machen, bevor wir einfach so locker sagen, ja macht ma. Natürlich sehe ich, dass die Mittel einwerben, die das Puschkinhaus aufwerten, die Bausubstanz verbessern. Das ist am Ende was Positives. Aber es geht ja nicht nur um das Haus. Es geht ja auch um die Verwendung des Hauses. Da sehe ich einen engen Zusammenhang zum Thalia-Theater. Da sollten sie einfach mal ein bisschen eher zu uns kommen und nicht erst auf den letzten Pfiff.

---

### Ende des wortwörtlichen Protokolls

---

**Herr Bauersfeld, Fraktion der CDU**, fragte betreffend des HERMES-Areals, ob die Klageschrift eingereicht wurde und wann der erste Gerichtstermin ist. Was wird von Seiten der Verwaltung unternommen, um dieses Vorhaben zu verwirklichen?

**Frau Oberbürgermeisterin Häußler** fragte **Herrn Willecke, FB Recht**, ob er dazu etwas sagen könne.

**Herr Willecke** antwortete, dass der Geschäftsbereich Planen, Bauen und Straßenverkehr, einen Anwalt beauftragt hat, eine entsprechende Klageschrift zu erstellen.

**Herr Bauersfeld** erwiderte, dass auf seine schriftliche Anfrage im Frühjahr geantwortet wurde, eine Klageschrift ist erstellt worden.

**Frau Oberbürgermeisterin Häußler** antwortete, dass es nicht so schnell geht. Die Stadtverwaltung hat einen Termin zur Antwort. Um eine Erwiderung zu erarbeiten, wurde ein Anwalt beauftragt. Sie werde zum Terminablauf schriftlich Stellung nehmen.

**Herr Bauersfeld** warf ein, wie viele Jahre das Verfahren noch dauern soll und ob es nicht andere Möglichkeiten, wie die des Klageweges gibt.

**Frau Oberbürgermeisterin Häußler** fragte, was für andere Wege die Stadt denn beschreiten sollte. Es wurde ein Beschluss gefasst, dem das Landesverwaltungsamt widerspricht. Die Stadt hat geklagt und die Begründung wird im Sinne des Investors erstellt.

**Herr Bauersfeld** entgegnete, dass es im Sinne des Investors ist, das Verfahren bald zu Ende zu bringen, um zu bauen. Das ist auch im Interesse der Stadt, welche hierzu wenig tut.

**Frau Dr. Bergner, Fraktion der CDU**, fragte **Herrn Dr. Marquardt** nach der schriftlichen Stellungnahme in Bezug auf die künstlerische Leitung des Händelfestspielorchesters und wie es mit diesem weiter gehen soll.

Sie wandte sich an **Frau Bürgermeisterin Szabados**, ob ihr bekannt ist, dass der Stadtrat zu Beginn dieser Legislaturperiode extra beschlossen hat, dass der Bildungsausschuss zwei sachkundige Einwohner, einen Stadtelternrat und einen Stadtschülerrat, in sein Gremium einbezieht. Wieso erhält der Stadtschülerrat als Gast ein Rederecht in der Bürgerstunde, dem Stadtrat bzw. im Ausschuss.

**Herr Dr. Marquardt** antwortete, dass er von Herrn König eine schriftliche Stellungnahme hat. Aus dieser geht hervor, dass die künstlerische Arbeit des Händelfestspielorchesters nicht nur anerkannt wird, sondern auch gefördert werden soll. Nur nicht unter den formulierten Vorstellungen und Bedingungen, die aus guten Gründen auch gegenüber dem Herrn Generalmusikdirektor formuliert worden war und abgelehnt wurden. Eine weitere Beantwortung könne er nicht geben, da dieses teilweise in den nichtöffentlichen Teil gehört.

**Frau Bürgermeisterin Szabados** antwortete, dass sie vom Stadtschülerrat gefragt wurde, da diese keine Einladungen erhalten haben zur Teilnahme am Jugendhilfeausschuss. Sie wies den Stadtschülerrat darauf hin, dass diese die Möglichkeiten haben, an der Bürger-sprechstunde im Stadtrat teilzunehmen. Im Jugendhilfeausschuss gibt es die Kinder- und Jugendsprechstunde. Sie habe sie nur auf die Möglichkeiten der Mitwirkung hingewiesen. Aus diesem Grunde bat sie darum, diesen zukünftig immer eine ordentliche Einladung zuzustellen.

**Frau Dr. Haerting, WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger**, sagte, dass aus dem Stadtschülerrat über ihre Fraktion eine sachkundige Einwohnerin im Bildungsausschuss einen Sitz hat. Die Kontaktaufnahme hat nicht geklappt. Warum das jetzt diesen Weg gegangen ist und nicht über den Bildungsausschuss gegangen ist, muss auf der anderen Seite geklärt werden.

**Herr Kupke, Fraktion der CDU**, fragte, warum Mütter mit Babys, die im Krankenhaus Martha-Maria/Dölau geboren wurden, in der Mitteldeutschen Zeitung abgebildet sind und wer dies bezahlt.

Weiterhin fragte er, warum keine Bänke an verschiedenen Straßenbahnhaltestellen stehen. Er sprach hier besonders die Haltestelle Saline an. Auf Nachfrage bei der HAVAG wurde ihm geantwortet, dass sich diese Haltestelle im öffentlichen Raum befindet, wofür die Stadt zuständig ist. Auf Nachfrage bei **Herrn Dr. Pohlack, Beigeordneter für Planen, Bauen und Straßenverkehr** erhielt er keine Antwort.

**Frau Bürgermeisterin Szabados** antwortete zu den Anzeigen mit den Müttern, dass hier darauf hingewiesen werden soll, welche Kinder im städtischen Krankenhaus Martha-Maria/Dölau geboren werden. Das ist eine Strategie der Geschäftsführung, die begrüßt wird. Wenn dazu der Sponsor Sparkasse gefunden wurde, könne nicht bei der Stadt nachgefragt werden.

**Herr Schiller, Fraktion Die Linkspartei. PDS**, erläuterte, dass mit der Schließung der Stadtteilbüros die Stadt an Transparenz für die Kommunalpolitik verliert. Zugleich gibt es ein Mehr an normativer Demokratie und ein Weniger an partizipativer Demokratie. Die ehrenamtlichen Bürger, welche sich jahrelang für die Stadt engagierten, wissen davon noch nichts.

**Frau Oberbürgermeisterin Häußler** antwortete, dass ihr nichts bekannt ist, dass die Stadtteilbüros in der Silberhöhe und in Neustadt geschlossen werden sollen.

**Herr Schiller** fügte hinzu, dass in der Redaktionssitzung „Silberblick“ gesagt wurde, dass der Druck der Bürgerzeitung nicht mehr gewährleistet wird, wenn die 8000 Euro nicht mehr bereitgestellt werden. Das Stadtteilbüro werde wahrscheinlich auch geschlossen. Das betrifft im Zuge von Projekt URBAN 21, welches am 31.12.2006 ausläuft, auch Neustadt.

**Frau Oberbürgermeisterin Häußler** antwortete, dass nur der Vertrag ausläuft. Sie bat die Stadträte, um ein vernünftiges Vorgehen zu werben, damit die Einwohner nicht unnötig beunruhigt werden. Es muss zum Ende des Jahres darüber entschieden werden, wie die Stadtteilbüros weiter geführt werden. Sie werde sich erkundigen und eine Antwort geben.

**Herr Krause, Fraktion der SPD**, fragte, ob die Treppe zwischen Hansering und Wilhelm-Külz-Straße in dem jetzigen Zustand so beendet ist oder ob noch Maßnahmen vorgesehen sind.

**Herr Dr. Pohlack, Beigeordneter für Planen, Bauen und Straßenverkehr**, sagte, dass nur noch die Schrift fehle.

**Herr Prof. Ehrler, WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger**, bedankte sich bei der Stadtverwaltung, dass die Treppe fertig gestellt worden ist.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

**zu 10      Mitteilungen**

**zu 10.1      Ergebnisse aus der Überprüfung des Wirtschaftsplanes 2006-2010 der Hall-  
eschen Verkehrs-AG  
Vorlage: IV/2006/05844**

---

**Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 10.2      Information des Projektsteuerers IPM an den Stadtrat der Stadt Halle (Saale)  
"34. Quartalsbericht Straßenbahnneubaumaßnahme Riebeckplatz/ Haupt-  
bahnhof"  
Vorlage: IV/2006/05871**

---

**Die Information wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 10.3      Jahresrechnung 2005 und Haushaltsplan 2007 der Oelhafe-Zeysesche-  
Stiftung  
Vorlage: IV/2006/05894**

---

**Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 10.4 Jahresrechnung 2005 und Haushaltsplan 2007 der Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung**  
**Vorlage: IV/2006/05895**

---

**Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.**

**10.5 Information zum Antrag der Stadträte Wolff/Schuh – Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE – zur Erarbeitung eines Raum- und Gebäudekonzeptes**  
**Vorlage: IV/2006/05685)**

---

**Die Information wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 11 Anträge auf Akteneinsicht**

---

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, informierte dass zwei Anträge zur Akteneinsicht der Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Mitbürger

- Zur Integration des ZGM der Stadt Halle in die HWG und
- Prüfung eines Beteiligungsmodells an die Stadtwerke Halle GmbH vorliegen.

Der Vorsitzende des Stadtrates beendete die 24. öffentliche Tagung des Stadtrates.

**Harald Bartl**  
Vorsitzender des Stadtrates

**Ingrid Häußler**  
Oberbürgermeisterin

Kraft  
Protokollführerin